

APRIL 1985

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

17

Institut der Zollverwaltung der DDR

„HEINRICH RAU“

1301 Flötzin, Ortsteil Plessow 2

Postfach 600

Fachbibliothek

AFGHANISTAN: KAMPF UND AUFBAU



PLIES

1500 9003 1529

ZGDLVBRW-BI

14159 17 151 364 347



Der Umschlag der ersten Ausgabe von Leninschrift „Die große Initiative“

Fotos: W. Panow und TASS

LENINSCHER KOMMUNISTISCHER SUBBOTNIK

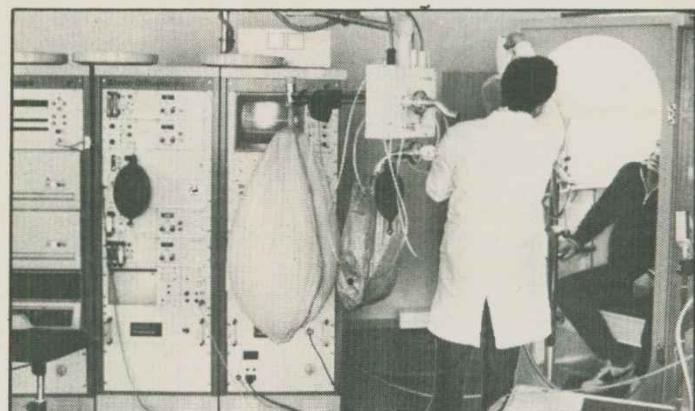
Er ist das Fest der befreiten Arbeit. Seine Geschichte geht auf den 12. April des harten Jahres 1919 zurück, als 13 Kommunisten und zwei Sympathisanten des Bahnbetriebswerks Moskwa-Sortiowotschnaja nach der Schicht unentgeltlich drei Lokomotiven reparierten.

Früher kannte der Mensch nur zwei Anreize zur Arbeit: den persönlichen Vorteil oder den Zwang. Die Teilnehmer des ersten Subbotniks hoben das Fest der befreiten Arbeit aus der Taufe. Im Artikel „Die große Initiative“ schrieb Lenin dazu: „Der Kommunismus beginnt dort, wo einfache Arbeiter in selbstloser Weise, harte Arbeit bewältigend, sich Sorgen machen um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, um den Schutz eines jeden Puds Getreide, Kohle, Eisen und anderer Produkte, die nicht den Arbeitenden persönlich und nicht den ihnen ‚Nahestehenden‘ zugute kommen, sondern ‚Fernstehenden‘, d. h. der ganzen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit.“

Diese Initiative wurde zur volksweiten Bewegung für die kommunistische Arbeit. Im vergangenen Jahr beteiligten sich 157 Millionen Menschen am kommunistischen Subbotnik. Ein großer Teil der

dabei erarbeiteten Mittel wird traditionsgemäß zum Bau wichtiger Objekte verwendet.

Modell des Gedenkkomplexes für den Sieg am Poklonnaja Gora



Ein Labor des Kardiologischen Zentrums der UdSSR, erbaut aus Mitteln kommunistischer Subbotniks



In diesem Bahnbetriebswerk entstand der „rote Subbotnik“



Gebäude des Onkologischen Zentrums der UdSSR in Moskau



DAS STARKE VORBILD

"Indem die Imperialisten bald ihre unversöhnliche Stellung gegenüber Sowjetrußland und die Unmöglichkeit betonen, mit ihm irgendwelche Verhandlungen aufzunehmen, bald die Blockade gegen Sowjetrußland aufheben und feierliche Erklärungen darüber abgeben..., bald von neuem zu einer Politik des Schwankens übergehen, geben sie uns nach wie vor die Möglichkeit, zu beweisen, daß wir eine Politik des Friedens treiben... Wir haben vor der ganzen Welt bewiesen, daß unsere Außenpolitik nicht das geringste gemein hat mit jener Politik, die uns ständig von allen bürgerlichen Zeitungen zugeschrieben wird..."

65 Jahre alt sind diese Worte Lenins und klingen doch höchst aktuell. Man erinnert sich dabei an die unter Präsident Nixon gezeigte Bereitschaft der USA, die Beziehungen zu unserem Land zu verbessern, an die Handels- und Wirtschaftsblokade unter Carter und den "Kreuzzug" Reagans gegen "die Verkörperung des Bösen in der heutigen Welt" sowie an eine leicht veränderte Ausdrucksweise des Weißen Hauses zur Aufnahme der Genfer Verhandlungen.

Der Mann, von dem diese Worte stammen, besaß die unübertroffene Fähigkeit, das Wesen der Dinge zu erkennen, aus Vorgängen und Fakten seiner Zeit Schlüsse zu ziehen, die auch für die noch immer mit dem Imperialismus zu tun habenden Nachfahren lehrreich sind. In diesen Apriltagen, da wir alle zu Ehren des 115. Geburtstags Lenins einen Subbotnik veranstalten, der den Triumph der von der Ausbeutung befreiten Arbeit kennzeichnet, haben wir zusätzlichen Anlaß, optimistisch die gegenwärtige, wenn auch komplizierte und alarmierende Weltlage zu betrachten.

1985 ist das 40. Jahr ohne Krieg in Europa, das 40. Jahr der UNO, das Jahr der Massendemonstrationen für den Frieden in aller Welt als Reaktion auf die wahnwitzige Erpressung mit "Sternenkriegen". Erpressung mit Krieg ist — wie der Krieg selbst — ebenfalls ein Mittel der Politik. Daher sollte man sich an den Leninschen Gedanken erinnern, daß der Krieg von der politischen Ordnung, von der er hervorgebracht wird, nicht zu trennen ist. Die Erpressung mit Krieg ist schließlich

auch Ausdruck für "dieselbe Politik, die eine bestimmte Großmacht, eine bestimmte Klasse innerhalb dieser Großmacht lange Zeit hindurch vor dem Krieg verfolgte..." Lenin lehrt uns, der Politik der Länder an die Wurzel zu gehen, mit denen wir in den internationalen Beziehungen kontaktieren. Er fordert uns auf, ständig die unausbleiblichen Veränderungen in der Lage der Klassen sowohl innerhalb einzelner Länder als auch auf dem Weltschauplatz, die Evolution ihrer Interessen, die klarer als Meinungen und Standpunkte sind, zu berücksichtigen. Die Interessen des Imperialismus aber widersprechen überall denen der Bevölkerungsmehrheit und lösen soziale Spannungen aus. Diese Spannungen sind in den USA unvermeidlich, wo die jetzige wirtschaftliche Belebung daraus resultiert, daß die Unternehmer drei Worte parat haben: "Sie sind entlassen!". Sie existieren in allen kapitalistischen Industrieländern, die ihre Wirtschaft ebenfalls auf Kosten der Werktätigen "gesundschrumpfen". Am drastischsten sind sie in der von Schulden und vom Diktat der internationalen Finanzkreise verstrickten dritten Welt.

Das und nicht die imaginäre "sowjetische militärische Bedrohung" beunruhigt die imperialistischen Kreise. Man läßt uns nicht in Ruhe leben, weil man sich über den Einfluß der Ideen des Sozialismus auf die werktätigen Massen im klaren ist. Nur in den sozialistischen Ländern werden die lebenswichtigen Probleme allein im Interesse der sozialen Gerechtigkeit, der realen Rechte, des materiellen und geistigen Wohlstands des Volkes gelöst. Und zwar von der gesamten Bevölkerung. Unsere Hauptaufgabe ist heute ebenso friedlich wie in allen Jahren der Sowjetmacht: Wohlstand der Werktätigen. Ihre heutige Spezifik besteht lediglich in der Suche nach den effektivsten Wegen der Verbindung der Vorteile der sozialistischen Gesellschaftsordnung mit der heute besonders reiche Früchte tragenden wissenschaftlich-technischen Revolution, die in bisher einmaligem Ausmaß die Automatisierung der Arbeit und die Steigerung ihrer Produktivität gestaltet. Die Wissenschaft wird zur unmittelbaren Produktivkraft. Sie kann den Menschen Zeit zur Entwicklung ihrer schöpferischen Fähigkeiten geben. Unser Gesellschaftssystem bietet ausnahmslos allen Werktätigen die Möglichkeit, sich das zunutze zu machen. Unsere Pläne sind friedlich. Erstens, weil sie Schöpfertum für den Wohlstand des Volkes voraussetzen, und zweitens, weil sie sich nur im Frieden verwirklichen lassen. Daher hat auch unsere Außenpolitik, um noch einmal mit Lenin zu sprechen, nicht das geringste gemein mit jener Politik, die uns ständig von allen bürgerlichen Zeitungen zugeschrieben wird.

Während der Vorbereitungen auf die Feierlichkeiten zum Tag des Sieges sind bei uns in Frankreich Stimmen lauter geworden (sie waren übrigens niemals verstummt), die den Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR vom August 1939 kritisieren. Nach Ansicht des reaktionären Journalisten Amouroux hat der Vertrag zur Entfesselung des zweiten Weltkriegs geführt. So werden Tatsachen bewußt entstellt. Keiner unserer Pseudohistoriker spricht jedoch ernsthaft vom 1938 von Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier unterzeichneten Münchner Abkommen. Der Held der Resistance Gabriel Peri hatte sie damals als "die vier Schlächter" bezeichnet. Alle nüchtern denkenden Menschen wissen seit langem, daß gerade das Münchner Abkommen den Krieg unausbleiblich machte, da dadurch die Tschechoslowakei Hitler ausgeliefert und faktisch die zwischen der UdSSR, Frankreich und der Tschechoslowakei bestehenden Verträge gebrochen wurden.

John BROWNE

Vitrolles, Frankreich

Ich begrüße das Telegramm des Antizionistischen Komitees der sowjetischen Öffentlichkeit an den Kongreß der USA (NZ, 10/85). Die UdSSR ist mit ihrer Leninschen Politik des proletarischen Internationalismus zum wahren Interessenverteidiger aller Nationen, darunter auch der Juden, geworden. Israel hat niemals die Interessen der Juden vertreten oder gar verteidigt. Es verteidigt lediglich die Interessen des internationalen Kapitals, von dem es ausgehalten wird. Der Antisemitismus in den westlichen Ländern ist Israel nicht nur genehm, sondern wird häufig insgeheim von dessen Agenten inspiriert, da er zur Einschüchterung der einfachen Juden beiträgt. Was die Juden in der Sowjetunion angeht, wissen wir jetzt sehr gut, daß die israelische "Sorge" um sie durch und durch heuchlerisch ist.

Abraham INSELMANN

Wien, Österreich

Ich möchte der Antwort an Herrn Gardiner in der "Diskussion mit dem Leser" (NZ 9/85) noch etwas hinzufügen. Ich habe meine 67 Lebensjahre in der sozialistischen Gesellschaft verbracht, die überwiegend aus Atheisten besteht. Ich kann Herrn Gardiner versichern, daß wir Atheisten keineswegs gegen moralische oder geistige Entwicklung sind. Dagegen bin ich sicher, daß wir die uns von der sozialistischen Gesellschaft gebotenen geistigen Reichtümer in keiner anderen finden. Bei uns sind solche Auswüchse der Ausbeutergesellschaft wie Elend, Hunger, Kinderarbeit, Prostitution und Pornographie ausgerottet. Schon allein das reicht, glaube ich, aus, um festzustellen, wer die höhere Moral hat. Dazu der von unserem Volk während des Krieges bewiesene Heldenmut, die heutigen Arbeitsleistungen, der Kollektivismus, der Bruderbund der Völker? Meiner Meinung nach spricht das alles sehr deutlich für sich selbst.

S. LITWINOW

Togliatti, Gebiet Kuibyschew, RSFSR

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 17 APRIL 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIJODOROW

Redaktsionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GUITSCHIN, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:
R. KRESTANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Das starke Vorbild (Wort des Redakteurs)	1
W. Kusnezow — Wohin weiter?	5
W. Boikov — Die Verführung Europas	8
S. Borissow — Dialog Moskau—Den Haag (Kommentar)	9
J. Botschkarjow — Sudan. Nimeiri ausgeschaltet	10
D. Wolski — USA—Libyen. König Idris nachgefräut	10
Zum 40. Jahrestag des Sieges. Im Frühjahr 1945	12
V. Gustschin — Keine Terminologiefrage (NZ-Standpunkt)	14
L. Mironow — Afghanistan. Ein Aul nahe der pakistanschen Grenze	14
Notizen • Glossen	16
A. Lebedew — Im Sinne aller	18
Sagt mir, wie Du den Sieg begehst... und ich sag Dir, wer Du bist	20
A. Archipow — ...Am Potomac	
N. Jermakow — ...An der Seine	
M. Bogdanow — ...An der Themse	
A. Tolpegin — ...Und am Rhein	
D. Lewin — Italien. Verhöhnung der Justiz	23
A. Legtschajew — UdSSR—VR Polen. Unverbrüchliches Fundament	24
Biographisches: Ramiz Alia	25
R. Tuschmchedow — Der Geist von Bandung	26
B. Sarizki — Diskussion mit dem Leser	28
Dokumente:	
Pressekonferenz des Antizionistischen Komitees der sowjetischen Öffentlichkeit	29



Trotz der Diversionen der inneren Reaktion und des nichterklärten Krieges der Imperialisten festigt sich die legitime Macht in Afghanistan weiter, die sich die Sorge um das Wohl des Volkes, die Überwindung der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit des Landes und die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit zum Ziel gesetzt hat (S. 14).

Titelbild: N. Stscherbakow

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschad, Moskau.

IN KÜRZE

Am 12. April veröffentlichte die sowjetische Presse eine Mitteilung über die jüngste Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU. Es debattierte die Mitteilung über die Unterredung Michail Gorbatschows mit dem Sprecher des US-Repräsentantenhauses Thomas O'Neill und das Gespräch Andrej Gromykos mit der Delegation des Repräsentantenhauses sowie über den Meinungsaustausch mit dieser Delegation im Obersten Sowjet der UdSSR. Dabei wurde die positive Bedeutung des aktiven politischen Dialogs mit der Delegation und die wesentliche Bedeutung der parlamentarischen Kontakte als Element der Intensivierung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen festgestellt. Das Politbüro betonte die erstrangige Bedeutung der Festigung der Sicherheit des sowjetischen Volkes und der anderen Völker der Welt, der Einstellung des nuklearen Wettrüstens und der Vermeidung seiner Ausdehnung auf den Weltraum. Erörtert wurden die Ergebnisse der Gespräche Andrej Gromykos und Vitali Worochnikows mit dem kanadischen Außenminister Joseph Clark. Dabei wurde festgestellt, daß sich die beiderseits vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Kanada in Handel und Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie in anderen Bereichen erfolgreich entwickelt und gute Tendenzen zum weiteren Ausbau und zur Vertiefung der gutnachbarlichen Beziehungen bestehen. Bei der Debatte der Ergebnisse der Gespräche Andrej Gromykos mit dem niederländischen Außenminister Hans van den Broek wurde festgestellt, daß die Niederlande wie auch andere westeuropäische Länder in der gegenwärtigen Weltlage eine konstruktivere Rolle bei der Verringerung der nuklearen Bedrohung spielen könnten.

Am 9. April empfing Andrej Gromyko die Delegation des US-Repräsentantenhauses unter dessen Sprecher Thomas O'Neill. Gromyko erläuterte die Ursachen für die fortwährenden Spannungen zwischen beiden Ländern. Besondere Aufmerksamkeit galt der Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum, seiner Einstellung auf der Erde sowie einer radikalen Reduzierung der Kernwaffen. O'Neill wurde am 10.

April von Michail Gorbatschow empfangen (S. 5).

Am 9. und 10. April weilte der niederländische Außenminister Hans van den Broek zu einem Besuch in Moskau, wo er mit Andrej Gromyko konferierte (S. 5).

Andrej Gromyko richtete anlässlich des Beschlusses der UNO-Vollversammlung über die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der UNO und über die Veranstaltung eines Internationalen Friedensjahrs ein Schreiben an den UNO-Generalsekretär. Darin wird mitgeteilt, daß in der UdSSR eine Kommission für die entsprechenden Veranstaltungen gebildet wurde. "Der Beschuß, 1985 als Jahr der UNO und 1986 als Internationales Friedensjahr zu begehen, gewinnt besondere Bedeutung im Zusammenhang mit dem von allen Völkern der Welt begangenen 40. Jahrestag des historischen Sieges über den Faschismus, der die Voraussetzungen für die Gründung der UNO geschaffen hat, die dazu berufen ist, künftige Generationen vor den Schrecken des Krieges zu bewahren."

Am 15. April empfing Vitali Worochnikow den Vorsitzenden des Präsidiums der Sozialistischen Republik Serbien (SFRJ) Dusan Ckrbic zu einer freundschaftlichen Unterredung.

Am 15. April begab sich eine Delegation unter Pjotr Demitschew zur Teilnahme an den Tagen der sowjetischen Kultur anlässlich des 40. Jahrestags des Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen der UdSSR und VR Polen und des 40. Jahrestags des Sieges über den Faschismus nach Warschau.

Am 15. April begab sich eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR unter dem stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR und Sekretär des ZK der KPdSU, Michail Simjanin, in die BRD. In Hamburg besuchte die Delegation die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte. Am Abend gab der Senatspräsident und Oberbürgermeister von Ham-

burg, Klaus von Dohnanyi, einen Empfang für die sowjetischen Gäste.

Am 13. April veröffentlichte die sowjetische Presse die Aufrufe des ZK der KPdSU zum 1. Mai 1985, dem Tag der Internationalen Solidarität der Werktätigen.

Am 11. April veröffentlichte die sowjetische Presse eine TASS-Erklärung zu der verstärkten israelischen Terror- und Gewaltkampagne im Süden Libanons. "Der Staatsterrorismus Israels enthüllt den wahren Sinn seiner Vorhaben in Libanon. Tel Aviv will mit Gewalt und Terror den gerechten Kampf des Volkes dieses Landes für die vollständige und bedingungslose Befreiung seines Landes von den Okkupanten unterdrücken... Die Verantwortung für die Aktionen Israels trägt in vollem Maße auch die US-Administration, da die Greueln auf libanesischem Boden mit amerikanischen Waffen verübt werden. Es ist auch kein Zufall, daß Tel Aviv ähnlich wie die faschistischen Bestien zu handeln begann, nachdem die USA im UNO-Sicherheitsrat einen Beschuß blockierten, der die Beendigung des israelischen Terrors in Libanon forderte", heißt es in der TASS-Erklärung.

Am 9. April veranstaltete das Antizionistische Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit in Moskau eine Pressekonferenz (S. 30).

Vom 9. bis zum 13. April weilte Marschall der Sowjetunion Sergei Sokolow, Mitglied des ZK der KPdSU und Verteidigungsminister der UdSSR, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Polen. Dabei kam es zu einer Begegnung mit dem Kandidaten des Politbüros des ZK der PVAP und Verteidigungsminister der VR Polen, Armeegeneral Florian Siwicki. Am 13. April wurde Sokolow vom Ersten Sekretär des ZK der PVAP und Ministerpräsidenten der VR Polen, Armeegeneral Wojciech Jaruzelski, empfangen.

Am 15. April traf in Moskau eine Delegation der niederländischen Partei der Arbeit mit dem Parteivorsitzenden von den Berg und Generalsekretär von Velzen ein.

Völker aller Länder! Verstärkt den Kampf für die Beseitigung der Gefahr eines nuklearen Weltkriegs, für die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und seine Beendigung auf der Erde!

Aus den Aufrufen des ZK der KPdSU zum 1. Mai 1985

Rechtsruck

Das Weiße Haus nahm am 11. April eine Reorganisierung des "Beschlußfassungsapparats" vor. Statt der sieben Räte auf Kabinettsebene wurden lediglich zwei — zur Wirtschaft und zur Innenpolitik — eingerichtet. Auf diese Weise werden alle Fragen der Regierungspolitik von einem Triumvirat — den beiden neu geschaffenen Räten und dem Rat für Nationale Sicherheit — entschieden.

Nach Ansicht von US-Kommentatoren stärkt die Reorganisation wesentlich die Stellung des Stabschefs des Weißen Hauses, Donald Regan, der die Verantwortung für die vollständige Koordinierung der drei Räte tragen wird. Regan, ehemaliger

Finanzminister, ein Mann des Großkapitals mit Unterstützung der Wall Street und ausgemacht konservativen Anschauungen, wurde die einflußreichste Figur nach dem Präsidenten. Der Rechtsruck kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß als einflußreichster Mann nach Regan jetzt der Direktor der Kontaktabteilung des Weißen Hauses, Patrick J. Buchanan, gilt, der ebenfalls ein Verfechter der "Politik der Stärke" ist.

Zuspitzung der Lage

Die Situation in Mittelamerika spitzt sich weiter zu. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums der Republik wurde dieser Tage der US-Söldner R. Patterson, bei dem eine Erkennungsmerke der US Army gefun-

den wurde, auf dem Gebiet Nikaraguas getötet. Kaum waren die amerikanisch-honduranischen Manöver "Big Pine 3" an der Grenze zu Nikaragua beendet, als das Pentagon mit der Vorbereitung neuer Manöver begann, die die Landung starker Marinetruppen in unmittelbarer Nähe der nikaraguanischen Grenze vorsehen.

Am 13. April veröffentlichte TASS eine Erklärung zu der zugesetzten Lage in der Region: Die Ursache dafür sei die weitere Eskalation der gefährlichen Aktivitäten der US-Administration gegen Nikaragua. Auf das Territorium des unabhängigen Landes werden verstärkt bewaffnete Söldnerbanden eingeschleust, die Territorien einiger Nachbarstaaten werden zu Aufmarschgebieten gegen Nikaragua gemacht, das Ausmaß der bewaffneten Einsätze der Somoza-Banden und ihrer Verbündeten wird verstärkt.

ERINNERN UM DER ZUKUNFT WILLEN

Manche Kräfte in der Welt würden die Vorkriegs- und Kriegsgeschichte zu gerne verzerren, die Wahrheit über die Ursachen und Ergebnisse des vergangenen Krieges entstellen. Die Wissenschaftler haben die Pflicht, diesen Fälschern, die unsere Gesellschaftsordnung sowie die Friedenspolitik der UdSSR und der anderen Länder des Sozialismus verleumden wollen, Argumente entgegenzustellen. Damit beschäftigte sich eine wissenschaftliche Konferenz anlässlich des 40. Jahrestages des Sieges am 9. und 10. April in Moskau. Veranstaltet wurde sie von der AdW der UdSSR, vom Verteidigungsministerium der UdSSR, von der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetarmee und der Kriegsflotte, vom Institut für Marxismus-Leninismus und von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU.

Die wichtigste Lehre des vergangenen Krieges sei, daß man heute für die Bewahrung des Friedens, gegen die Kriegsgefahr kämpfen müsse, betonte der Präsident der AdW der UdSSR, Akademiemitglied Anatoli Alexandrow bei der Konferenzeröffnung.

"Der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg wurde vom sowjetischen Volk für den Frieden und das Leben auf der Erde errungen. Unbeirrt dem Leninschen Kurs der friedlichen Koexistenz folgend, betreibt die Sowjetunion konsequent eine Politik der Entspannung und der internationalen Zusammenarbeit, der Verhütung eines neuen Krieges", heißt es in der Grüßbotschaft des ZK der KPdSU an die

Bei der Konferenzeröffnung

Foto: TASS



Konferenztteilnehmer, die der Sekretär des ZK der KPdSU, Michail Simjanin, verlas.

Akademiemitglied Viktor Afanassjew, Chefredakteur der "Prawda", sagte, der Sieg der UdSSR sei der Sieg der sozialistischen Gesellschaftsordnung über den Kapitalismus, der Sieg der Wirtschaft des Sozialismus, seines sozialpolitischen Systems, seiner sozialistischen, marxistischen Ideologie.

Die entscheidende Rolle der Streitkräfte der UdSSR bei der Zerschlagung des faschistischen Deutschland wurde im Referat des Ersten Stellvertreters des Verteidigungsministers der UdSSR Marschall der UdSSR Wassili Petrow, verdeutlicht. In der Schlacht an der Hauptfront des zweiten Weltkriegs gegen die Hauptkräfte des faschistischen Staatenblocks hat die Sowjetarmee 607 Divisionen aufgerieben, gefangen genommen und vernichtet, die anglo-amerikanischen Alliierten dagegen 176 Divisionen.

Die Grundlagen für den Sieg waren von der Führung der KPdSU bereits vor dem Krieg geschaffen worden, äußerte der Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Akademiemitglied Anatoli Jegorow. In der Kriegszeit habe die KPdSU alles getan, um das Land zu einem kampfbereiten Lager zu machen, mit einer organischen Verbindung von Front und Hinterland, bewaffnetem Kampf und Wirtschaft, Politik und Ideologie.

WOHIN WEITER?

Wladlen KUSNEZOW

Man weiß nicht recht, wie man die gegenwärtigen internationalen Beziehungen definieren soll. Manche Leute gebrauchen den Ausdruck "neuer kalter Krieg". Doch der alte hat ein zu übles Andenken hinterlassen, als daß die Menschen — die "Falken" mal ausgenommen — dessen Rückkehr wünschten. Die jetzigen internationalen Spannungen sind zweifellos nicht geringer Art, doch vom Anbruch eines "neuen kalten Krieges" spricht nur, wer den Wunsch für die Wirklichkeit ausgeben möchte.

In jüngster Zeit hört man hie und da auch von einer "neuen Entspannung", und zwar nicht nur von Leuten, die die Erfahrungen der 70er Jahre zu schätzen wissen, als es den Staaten in Ost und West gelang, die Europäische Sicherheitskonferenz abzuhalten und eine ganze Reihe von Abkommen zur Rüstungsbegrenzung zu schließen. Von einer "neuen Entspannung" sprechen auch Herrschaften, denen die "alte" nicht ins Konzept paßte und die ihr nicht wenig geschadet haben, obwohl sie den Völkern nichts Besseres als politische und militärische Konfrontation anzubieten haben, die sich in jedem Augenblick zu etwas Schlimmerem auswachsen kann.

Die Entspannungspolitik in den Augen der friedliebenden Öffentlichkeit zu diskreditieren, gelang nicht. Zu Detente gab und gibt es keine vernünftige Alternative. Spricht man vielleicht deshalb von einer "neuen Entspannung"? Die gute "alte" Entspannung lebt nicht nur im Bewußtsein der Völker. Wer sie aus dem internationalen Leben eliminieren wollte, kam damit nicht durch. Als Präsident Reagan gefragt wurde, ob eine "neue Entspannungssära" möglich sei, antwortete er: "Ja, wir würden das begrüßen, wenn das eine

Zweibahnstraße wäre". Ein äußerst bemerkenswertes Eingeständnis, und natürlich eine weitere Bestätigung der Vitalität und Popularität der Entspannungspolitik, obwohl sie als

Die Kluft zwischen der UdSSR und den USA ist nicht so groß, als daß sie nicht durch einen Brückenschlag zum dauerhaften Frieden zu überwinden wäre.

"Einbahnstraße" kompromittiert werden soll, was sie nicht war und nicht sein konnte, da sie allen nutzte, die sich für sie engagierten.

Überall in der Welt spricht man heute noch eindringlicher von der Notwendigkeit, zur Entspannungspolitik zurückzukehren. Die Sowjetunion ist gar nicht erst von ihr abgerückt, und daher müßten die Rückkehr jene vollziehen, die von ihr abkamen und zur Konfrontation fanden.

Wie wird es nun weitergehen?

"Wir stehen vor der Wahl: Entweder ein Wettrüsten in allen Richtungen und das Anwachsen der Kriegsgefahr oder die Festigung der allgemeinen Sicherheit und ein stabiler Frieden für alle", sagte Michail Gorbatschow in seinem "Prawda"-Interview. Es ist klar, welcher Weg vorzuziehen ist, und die Sowjetunion tut alles, damit er Realität werde.

Nach ihrer Ansicht müssen vor allem Anstrengungen im Bereich der Sicherheit unternommen werden, wozu zunächst einmal der Rüstungswettlauf zu bremsen und dessen Ausdehnung auf den Kosmos zu verhindern wäre. Damit die Genfer Verhandlungen zu beiderseits akzeptablen Vereinbarungen führen, schlägt die UdSSR den USA vor, während der gesamten Verhandlungszeit

— ein Moratorium für die Entwicklung, einschließlich der Forschungsarbeiten, sowie für die Tests und die Einführung von Weltraumwaffen zu verhängen;

— die strategischen Offensivwaffen beider Seiten einzufrieren;
— die Stationierung der US-amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa und die Gegenmaßnahmen der UdSSR und ihrer Verbündeten einzustellen.

Wie bereits mehrfach in der Vergangenheit hat die Sowjetunion in dieser für die internationale Entwicklung äußerst verantwortlichen Phase guten Willen gezeigt. Sie hat ein Moratorium für die Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen verhängt und andere Gegenmaßnahmen in Europa ausgesetzt. Das gilt bis zum November d. J. Ob das Moratorium verlängert oder aufgehoben wird, hängt von den

USA ab, davon, ob Washington dem sowjetischen Beispiel folgt und die weitere Stationierung seiner Mittelstreckenraketen in Europa beendet.

Die neuen Initiativen der UdSSR fordern dazu auf, bei den Genfer Verhandlungen sobald als möglich Resultate zu erzielen und beiderseits akzeptable Vereinbarungen näher zu bringen. Die UdSSR sucht bei diesen Verhandlungen nicht einseitige Vorteile, sondern ein ehrliches Ergebnis, das sowohl sie selbst und ihre sozialistischen Verbündeten als auch die USA mit ihren NATO-Partnern befriedigen würde, sowie alle, die eine Minderung der Kriegsgefahr herbeisehn. Moskau will seinem Verhandlungspartner nichts abgewinnen, sondern möchte, daß der allgemeine Frieden gewinnt.

Die UdSSR ist jedoch nicht nach Genf gekommen, um einen zu nichts verpflichtenden "philosophischen Disput" zu abstrakten, praxisfernen Abrüstungsthemen zu führen. Umso weniger zu Vorlesungen über die angeblichen Vorteile zweifelhafter strategischer "Initiativen". Die sowjetische Delegation ist beauftragt, innerhalb einer annehmbaren, vernünftigen Frist Abkommen im Geiste prinzipieller Vereinbarungen über das komplexe Herangehen an die Lösung der Probleme der nuklearen und Weltraumwaffen zu erzielen u. zw. grundsätzlich auf der Basis der Gleichheit und der gleichen Sicherheit.

Die sowjetischen Initiativen wurden in aller Welt mit tiefer Befriedigung und der Hoffnung auf einen Lichtschein in der internationalen Politik aufgenommen. Nur das offizielle Washington versucht den konkreten Ausdruck des guten Willens als "Propaganda" hinzustellen. Wenn man in den USA bzw. in offiziellen Kreisen des Westens überhaupt tatsächlich wie behauptet wünscht, etwas Nützliches für den allgemeinen Frieden zu tun, dann sollte man seine eindeutig negative Haltung zu den Vorschlägen der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten einer grundlegenden Prüfung unterziehen. Bislang jedenfalls werden die Anregungen der Sowjetunion in den Wind geschlagen. Die Weltöffentlichkeit aber fordert von den Regierungen der NATO-Länder und vor allem von den USA, die sowjetischen Vorschläge

endlich ernstzunehmen und mit Geleistungen zu beantworten.

Im Bewußtsein der Bedeutung ihrer Beziehungen zu den USA für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit hat die Sowjetunion vorgeschlagen, diese darauf zu orientieren, nach gegenseitigem Verständnis, nach friedlicher Entwicklung ohne Feindschaft und Konfrontation zu suchen. Zu diesem Zweck hält Moskau auch ein Gipfeltreffen für nützlich, das den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen einen soliden Impuls verleihen könnte.

Die Kluft zwischen der UdSSR und den USA ist nicht so groß, als daß sie nicht durch einen Brückenschlag zum dauerhaften Frieden zu überwinden wäre. Der Brückenbau muß jedoch von beiden Seiten beginnen. Alles liegt also am politischen good will — ob er vorhanden ist oder nicht. Gegenüber dem Sprecher des US-Repräsentantenhauses betonte Michail Gorbatschow: "Sowjetischerseits besteht dieser Wille. Wenn auch die amerikanische Seite ihn zeigt, werden viele konkrete Fragen, die unsere Länder jetzt trennen, allmählich zu einer Lösung gelangen".

Der Sowjetunion wird dauernd vorgeworfen, ihre Außenpolitik sei "ideologisch durchsetzt" und ziele fast auf eine "Weltrevolution" ab. Wie aber sieht es in Wirklichkeit aus?

Die UdSSR hat klipp und klar erklärt, daß sie gegen ein Eindringen der ideologischen Differenzen in den zwischenstaatlichen Bereich ist. Die sozialistische Ideologie hindert sie keineswegs daran, ihre Beziehungen zu den USA auf der Basis des gemeinsamen Interesses an der Bewahrung und Sicherung des Friedens aufzubauen. Keine Unterschiede in den sozialen Systemen und keine gegensätzlichen Ideologien können daran hindern.

Dagegen wird die Außenpolitik mehrerer westlicher Staaten, vor allem der USA, immer weniger von den Interessen der Friedensbewahrung, sondern von der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Sozialismus bestimmt. Manche Staatsmänner haben sich dem "Kreuzzug" gegen den Sozialismus so weit verschrieben, daß ihnen anscheinend manchmal der Selbsterhaltungstrieb

auch versagt. In diesem Milieu braviert man mit der Formel: "Lieber tot als rot".

Die Sowjetunion ist im Gegenteil an einer echten politischen Aussöhnung mit den USA und den anderen NATO-Ländern interessiert, u. zw. auf der Basis des Verzichts auf Konfrontation und Gewaltanwendung, der Gleichheit und der gleichen Sicherheit, der gemeinsamen Bemühungen um die Einstellung des Wettrüstens.

Außerordentlich akut ist in jüngster Zeit die Frage, ob der Weltraum friedlich bleibt oder zu einem militärischen Aufmarschgebiet wird. In seinem "Prawda"-Interview und gegenüber dem Sprecher des US-Repräsentantenhauses, Thomas O'Neill, hat Michail Gorbatschow in aller Deutlichkeit die Notwendigkeit betont, Washington müsse dem provokatorischen Gedanken der Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum entsagen.

Doch Washington bleibt störrisch. Offiziell forderte es 17 Staaten — Partner aus der NATO und anderen Militärbündnissen — auf, sich an den Forschungen im SDI-Rahmen zu beteiligen. Der Vorschlag kam fast schon in Form eines Ultimatums.

Vielleicht gestattet Washington das Recht der freien Wahl in einer so ernsthaften Frage, die eine selbständige verantwortliche Entscheidung erfordert? Irrtum. Für die Verbündeten, aus denen man moderne Technologie und Finanzmittel herauspressen will, werden das Weiße Haus, das State Department und das Pentagon selbst denken. Man läßt ihnen keine Zeit zum Atemholen, nimmt sie unter harten Propagandabeschuß und setzt seine erfahrensten Durchpeitscher wie Weinberger, Burt, Perle, Rogers, Abrahamsen, Scowcroft, Nitze und andere in Marsch. Sie versuchen dem Westen die Reagansche SDI als allgemeine Plattform aufzuzwingen, mit der man sich selbst einen "hermetischen, vollständigen Schutz" sichern will, um die Möglichkeit zu erlangen, ungestraft, wie man meint, den nuklearen Erstschlag zu führen.

Bei den Genfer Verhandlungen diskutiert die US-Delegation nur ungern das Weltraumthema, das vor zwei Jahren durch Verschulden der USA entstand. Da erhebt sich die Frage, ob man dort nicht deshalb auf die Militarisierung des Weltraums setzt, weil man von vornherein

gegenseitig akzeptable Vereinbarungen gar nicht will?

Man muß einem wesentlichen Teil der Weltöffentlichkeit Achtung zollen, der die wahren Ziele Washingtons erkannt hat, was deren Urheber natürlich nicht gefällt. Kein Tag vergeht, ohne daß die Vertreter des offiziellen Washington ihr Projekt in den höchsten Tönen preisen und es als Wohltat für die gesamte Menschheit ausgeben.

Dazu wird die tollste Wortklaubelei getrieben. So wird behauptet, man plane ja nur die Entwicklung eines reinen Verteidigungssystems — und stockt das Potential zum Erstschlag, zur Aggression auf. Man wolle, wird weiter behauptet, "Raketen vernichten" und "Millionen Menschen schützen" — und holt aus dem Kongreß Bewilligungen für die Herstellung der Massenvernichtungswaffe MX heraus. Man beweist, die "strategische Verteidigungsinitiative" bedeute gerade "die Rüstungskontrolle" — und drängt auf die Eskalation des lebensgefährlichen Wettrüstens, das keinerlei Beschränkungen unterworfen wird und zu unvorhersehbaren Folgen führen kann. Man verlangt den Glauben an den eigenen Friedenswillen und ruft zum Vertrauen auf — und weigert sich dem Beispiel der UdSSR zu folgen, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen. Die einen will man überzeugen, den anderen etwas einreden, die dritten widerlegen, alle zusammen aber um den Finger wickeln. Man versucht die Tatsache zu verschleiern, daß es von einer solchen, mit Verlaub gesagten, Verteidigung, nur ein Schritt bis zur Aggression ist. Kurz, die Falken wollen sich als Tauben einfärben. Doch selbst die raffinierteste Propaganda ist nicht in der Lage, Schandfalten zu maskieren.

Es ist nicht zu übersehen: die Beteiligung an den "technologischen Programmen" der USA, zu der die NATO-Partner jetzt gedrängt werden, ist die Beteiligung an einem zweifelhaften, riskanten Vorhaben, deutlich gesagt, an einem Abenteuer. Wenn jene Leute, die sich jetzt an der Aussicht auf einen "Schutz" vor sowjetischen Kernwaffen, darunter den SS-20-Raketen, delectieren und unter dem "Weltraumschild" unterkommen wollen, nur nicht selbst unter das an einem sehr dünnen Faden hängende Schwert geraten.

Ein Argument Washingtons lautet, die Sowjetunion tue das gleiche wie die USA. Wir wollen uns hier nicht auf ein Dementi einlassen, sondern sagen: Die UdSSR wird den gefährlichen Plänen etwas entgegenzustellen haben. Aber sie möchte die Rivalität im militärischen Bereich nicht auch noch auf den Weltraum ausdehnen. Die Sowjetunion bietet den USA an, schon jetzt auf beiderseitiger Grundlage ein Verbot aller Arten von Weltraumwaffen zu vereinbaren. Den USA werden nur jene Verpflichtungen vorgeschlagen, die die UdSSR selbst zu übernehmen bereit ist. Ist das nicht die beste Lösung? Jene Leute, denen es um technologische und militärische Überlegenheit geht, werden schließlich weder das eine noch das andere erlangen. Dafür wird die Sowjetunion zu sorgen wissen.

Washington verlangt auch, man solle doch nicht versuchen, Forschungen zu unterbrechen und den Fortschritt zu hemmen. Ja, der Fortschritt läßt sich nicht bremsen. Jene aber, die ihn gegen den Frieden und die Menschheit einsetzen, können und müssen gebremst werden. Keine Verklausulierung wird normale Menschen verlassen können, der Technologie der "Sternenkriege" zu applaudieren. Die Opfer von Hiroshima und Nagasaki lassen nicht vergessen, daß auch das Projekt "Manhattan", aus dem die Atombombe hervorging, anfangs nur ein wissenschaftliches Projekt war. Können sich Politiker und Staatsmänner, die sich der Verantwortung für den Frieden bewußt sind, daher erlauben, nicht über die Folgen technischer Projekte nachzudenken? Es ist kriminell, Frieden und Sicherheit der Völker dem Militarismus auszuliefern. Nicht die militärische Technologie darf in der Gesellschaft dominieren, sondern die menschliche Vernunft. Fragen Sie jeden normal denkenden Menschen danach, was besser sei: die irdische und "Sternenkriege" produzierende militaristische Erschließung des Weltraums oder dessen friedliche Eroberung, die wahrhaft glänzende Aussichten für den Fortschritt und den Wohlstand eröffnet. Er wird es Ihnen sagen.

Die Verbündeten der USA stehen nun vor der Entscheidung, was besser ist: sich an der friedlichen Erschließung des Weltraums zu beteiligen oder die Rolle der Mittäter bei seiner Militarisierung zu spielen, was

die Hoffnungen auf einen Erfolg der Genfer Verhandlungen, auf die Begrenzung und Reduzierung der Kernwaffen untergraben würde.

Die Sowjetunion ist überzeugt: die Sicherheit ist das Kernstück der Ost-West-Beziehungen. Für das leidgeprüfte Europa ist sie überhaupt das Non plus ultra. Mit einer zuverlässigen Sicherheit lassen sich die zwischenstaatlichen Beziehungen, die Zusammenarbeit, der Handel und Kontakte leichter gestalten. Mehr Sicherheit bedeutet mehr Vertrauen, an dem es heute in den internationalen Beziehungen so sehr mangelt.

Die Sicherheit müssen Ost und West in gemeinsamen Anstrengungen schaffen und gewährleisten. Die Warschauer Vertragsstaaten besitzen ein konkretes Programm der militärischen Entspannung für Europa. Es sieht die vollständige Entfernung nuklearer Mittelstrecken- wie taktischer und auch chemischer Waffen vor. Es enthält einen ganzen Komplex anderer umfassender politischer und militärischer Maßnahmen einschließlich der Senkung der Militärausgaben des Warschauer Vertrags und der NATO sowie die Schaffung von kernwaffenfreien Zonen in verschiedenen Regionen Europas.

Die Warschauer Vertragsstaaten festigen ihre Sicherheit nicht auf Kosten anderer. Lassen Sie uns dazu überhaupt bemerken, daß das nukleare, das Weltraumzeitalter die Grenzen zwischen den Begriffen "unsere" und "fremde Sicherheit" gewissermaßen verwischt. Der Frieden ist unteilbar. Unteilbar auch die Sicherheit. Wer die Sicherheit anderer untergraben will, schützt auch die eigene nicht.

* * *

Wohin also weiter? Die UdSSR hat keinerlei Zweifel in dieser Frage. Weiter zur Übereinstimmung in den entscheidenden Fragen von Krieg und Frieden, zum Verzicht auf das Wettrüsten, zu Verständigung und Vertrauen, zu dem, was das Wort "Entspannung" beinhaltet. Die Menschen, die zwei Weltkriege durchlebt und im Gedächtnis haben, verdienen ein besseres Geschick, als im Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden zu leben. Sie verdienen das Recht auf ein Leben in einer vor Kriegsgefahren gesicherten Welt.

Washington drängt auf Teilnahme am Star-War-Projekt

DIE VERFÜHRUNG EUROPAS

Ende März hat Washington seine Bündnispartner amtlich "eingeladen", an der Ausarbeitung des Programms für "Sternenkriege" teilzunehmen. Die Einladung erfolgte in Luxemburg auf einer Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO. US-Verteidigungsminister Weinberger forderte seine Kollegen auf, eine Antwort innerhalb von zwei Monaten zu geben, und verwies auf konkrete Themen, an deren Erforschung ihre Länder sich beteiligen könnten. Die mündliche Aufforderung wurde durch eine Botschaft untermauert. Man leitete sie auf dem Luxemburger Treffen den 13 Teilnehmern sowie den Verteidigungsministern Frankreichs, Israels, Japans und Australiens zu. Washingtons Schritt hat die Bündnispartner mit der Notwendigkeit konfrontiert, ihre Haltung gegenüber dem amerikanischen Star-War-Programm zu bestimmen.

Bedenken der Verbündeten...

In den weiten gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Kreisen Westeuropas lösen die kosmischen Pläne der Washingtoner Administration großes Unbehagen aus. Man befürchtet, daß sie die militärischen Vorbereitungen intensivieren, den friedlichen Dialog durchkreuzen, kolossale und in jedem Staat keineswegs überflüssige Mittel verschlingen und darüber hinaus die allgemeine Sicherheit untergraben werden. Wie Umfragen in der Öffentlichkeit bezeugen, tritt die europäische Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit gegen die neue Eskalation des Wettrüstens auf. Einen der jüngsten Beweise dafür liefern Angaben des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (INFAS, Bad Godesberg): 79% der Bundesbürger glauben Washingtons Beteuerungen nicht, die Weltraumwaffen würden die Gefahr eines neuen Weltkrieges vermindern.

Die Art, wie die westeuropäischen Spitzenpolitiker an dieses Problem herangehen, ist weder einheitlich noch stabil. In der "New York Times" lesen wir: "Lange Zeit betrachteten Amerikas wichtigste Verbündete Reagans strategische Verteidigungsinitiative voller Unmut, Skepsis und Verwirrung." Selbst die loyalsten Bündnispartner kritisierten Washingtons Pläne. Margaret Thatcher z. B. erklärte

warnend: Ohne Verhandlungen und gegenseitige Zurückhaltung "können wir erleben, wie sich der Weltraum in ein neues, schreckliches Gefechtsfeld verwandelt". Als sich solche Erklärungen mehrten, beschlossen die USA, ihre Partner zur atlantischen Räson zu bringen:

... und Washingtons Tricks

Ungewiß ab Ende v. J. begann man den Bündnispartnern einzuflößen, die Befürchtungen wegen Sternenkriege seien unbegründet. Es handele sich nur um Forschungen, und es sei noch verfrüh, zu raten, wozu sie letztendlich führen könnten. Die USA seien nicht auf militärische Überlegenheit bedacht, sie hätten nur den Wunsch, nicht dem tückischen Gegner hinterher zu hinken. Auch andere propagandistische Argumente wurden ins Treffen geführt, um die sowjetische Politik anzuschwärzen, die amerikanische aber weißzuwaschen. Aber der Angelpunkt bei der Manipulierung der Verbündeten ist die "atlantische Solidarität".

Der propagandistische Nebel zerstreute sich so ziemlich nach der Erklärung Reagans und anderer Vertreter seiner Regierung, daß die USA ihre Pläne der Entwicklung von Weltraumwaffen nicht aufzugeben gedenken. Viele Westeuropäer fragen sich, was die Amerikaner dann in Genf eigentlich wollen. Wiederholt fragten Journalisten die US-Vertreter danach. Die Antwort, die US-Delegation wolle die Partner von der Zweckmäßigkeit der Realisierung der Star-War-Pläne überzeugen, war eher flügellahm. Die vereinbarten Verhandlungsthemen sehen ja nicht die Erarbeitung eines Kodexes für die Militarisierung des Weltraums vor, ganz im Gegenteil, sie zielen darauf ab, die Entwicklung von Weltraumwaffen zu verhindern. Eine Reihe von westeuropäischen Experten und Blättern schreiben warnend: Die US-Position könne die Erreichung einer Vereinbarung zu anderen Problemen — Mittelstreckenwaffen, strategische Rüstungen — blockieren. Immerhin haben die Seiten vereinbart, diese Fragen im Komplex zu diskutieren.

Um sich über diese schwache Stelle hinwegzuhelfen, stellten die Washingtoner Propagandaleute alles auf den Kopf. So behaupten sie, für die UdSSR sei Nichtmilitarisierung des Weltraums nicht ein Mittel, eine kostspielige und destabilisierende Eskalation des Wettrüstens zu vermeiden, sondern nur ein schlauer Schachzug, dessen einziger Zweck die

Blockierung der Genfer Verhandlungen sei. Auf die Art wenigstens wurde die Sache von R. Burt, Assistent des US-Außenministers, für die Journalisten präpariert.

Wer hat die Westeuropäer nicht alles "umerzogen"! In Übersee werden ihre Spitzenpolitiker von Reagan und seinen nächsten Gehilfen aufgeklärt. Washingtons Emissäre geben sich in Bonn, London, Paris und anderen Hauptstädten die Klinke in die Hand. US-Politiker und -Experten beteiligen sich gern an Rundfunk- und Fernsehdiskussionen, schreiben viel für die westeuropäische Presse und lassen sich mit Vergnügen interviewen. Der massierte Druck blieb nicht ohne Wirkung. Der Ton der Stellungnahmen einiger führender Politiker in Westeuropa begann sich zu ändern. Zuerst zeigte Bundeskanzler Helmut Kohl "Interesse" für die US-Forschungen; ihm folgten der belgische Ministerpräsident Martens und die britische Premierministerin Thatcher. Das geschah allerdings unter Vorbehalten: Es handele sich nur darum, die Entwicklungsarbeiten zu unterstützen.

Zu solchen Vorbehalten bemerkte "Globe and Mail" (Kanada): Wer glaube, Reagans "Sternenprojekt" könne im Forschungsstadium aufgehalten werden, sei zumindest naiv. Nachdem das Pentagon 26 Md. Dollar ausgegeben habe, werde es den Dschinn nicht wieder in die Flasche verstecken wollen. Indirekt wurde das vor kurzem auch von Vizepräsident Bush bestätigt. Die Kongreßmitglieder auffordernd, den Antrag des Weißen Hauses über die Bereitstellung von Mitteln für die Produktion der zweiten Partie von MX-Raketen zu unterstützen, erklärte er: Wenn sie dagegen stimmten, bedeute das "eine sinnlose Verpulverung der Milliarden Dollars, die in dieses Projekt schon gesteckt worden sind". Erfahrungsgemäß lassen sich einmal angekurbelte militärische Programme schwerlich zum Stehen bringen.

Die Schöpfer der abenteuerlichen kosmischen Projekte rieben sich noch freudig die Hände, als das westeuropäische politische Pendel schon nach der anderen Seite ausschlug. Mitte März kritisierte der britische Außenminister Howe die amerikanischen Star-War-Pläne (siehe NZ Heft 15/85).

Um die neue Woge der Kritik abzufangen, beschloß Washington, das "Trumpf-As" auszuspielen: wissenschaftlich-technologische Ergebnisse und einträgliche Abschlüsse.

Im Kampf um das westeuropäische Jawort sind die erfahrensten Kräfte eingesetzt. Ende März reiste Paul Nitze als Sonderberater des Präsidenten und des Außenministers der USA nach London. Mit großer Stude sprach er dort davon, daß die Realisierung der amerikanischen Star-War-Pläne die Welt sicherer machen und allen nur Nutzen bringen würde. Aber

nach Kommentaren der dortigen Presse zu urteilen, hat er die Engländer nicht überzeugt. "Financial Times": "Die idyllische Welt von Mr. Nitze wird sich in Wirklichkeit zu einer präzedenzlosen Hochrüstung auswachsen, und dies sowohl bei defensiven als auch bei offensiven Waffen." Aus London begab sich Nitze nach Madrid. Dort versuchte er die spanische Führung mit der Beteiligung an "technologischen Programmen" der USA, aber das Land hat seine offizielle Position zu den Sternenkriegen noch nicht bekanntgegeben.

Der Köder

Caspar Weinberger begab sich aus Luxemburg direkt nach Paris. Dort traf auch Generalleutnant J. Abrahamson, der Leiter des Star-War-Programms, ein. So viel Aufmerksamkeiten für Paris? Ja, aber in den USA gilt Frankreich als "die harte Nuß".

Abrahamson hat seine Erfahrungen bei der Behandlung der Westeuropäer. Er gehörte zu denen, die sie seinerzeit zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Orbitalstation "Spacelab" herangezogen hatten. Er hatte über den Verkauf amerikanischer F-16-Jäger an Belgien, die Niederlande, Dänemark und Norwegen verhandelt. Gefördert wurde dieser Kontrakt durch den Beschuß der USA, gewisse Komponenten des Flugzeugs in Betrieben der Bündnispartner produzieren zu lassen. Den gleichen Trick wandte Abrahamson in Paris an.

Der Köder "Know-how plus Dollars", den Washington schon vor dem Treffen in Luxemburg in seinen bilateralen Kontakten ausprobiert hatte, verfehlte seine Wirkung auf die Rüstungsindustriellen Westeuropas nicht. Sie machten kein Hehl aus ihrem Wunsch, bei den kosmischen Pentagon-Aufträgen einen goldenen Schnitt zu machen. So erklärte G. Pattie, der britische Staatsminister für Handel und Industrie, die englischen Konzerne seien "begeistert über die Aussicht, an diesen Trop heranzudürfen". Wie das NATO-höhere Bulletin "Nouvelles Atlantiques" mitteilte, hatte das Verteidigungsministerium der Bundesrepublik vor der Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe einen Bericht vorbereitet. Darin sind 11 wissenschaftlich-technische Themen aufgeführt, deren Ausarbeitung für die westeuropäischen Firmen von Interesse sein könnte.

Die real denkenden Westeuropäer werden durch Washingtons Versprechungen und Zukunftsvisionen von großen Zweifeln beschlichen. "Europäer, paßt auf eure Taschen auf!" — so hat die belgische "Drapeau Rouge" Weinbergers "Einladung" kommentiert. "Le Republicain Lorrain" (Luxemburg) schrieb, die Bündnispartner müßten mit einigen Krü-

meln des amerikanischen Weltraumkuchens vorliebnehmen, von einer Teilung sei keine Rede.

Es wäre unvernünftig zu hoffen, mahnt der französische "Express", daß die USA als Gegenleistung für die politische Unterstützung der Star-War-Pläne und für die Einwilligung in die wissenschaftliche Zusammenarbeit "der Alten Welt alle Türen zu ihren Labors aufsperrn und ihre Geheimnisse preisgeben". Übrigens geht das auch aus der Zusammenarbeit bei der Entwicklung von "Spacelab" hervor. In Westeuropa gilt sie als Muster der technologischen Diskriminierung.

Nichtsdestoweniger fühlen sich die führenden Kreise einiger Bündnispartner auch von anderen Dingen versucht, wenn sie sich dem Star-War-Programm anschließen. Auf eine solcher Versuchungen machte Pierre Lellouche, Direktor des Pariser Instituts für internationale Beziehungen, in der amerikanischen "Newsweek" aufmerksam: "Im Unterschied zu den Siegern im zweiten Weltkrieg hatten die Besiegten keine Möglichkeit, dem nuklearen Klub beizutreten. Nun bietet der Weltraum ihnen die Möglichkeit, über die 40 Jahre der nuklearen Rüstungen einen historischen Sprung zu machen. Die Geschichte hat ihnen keine Chance gegeben, Nuklearmächte zu werden. Die neue Technologie kann sie zu kosmischen Mächten machen."

Die ersten Reaktionen auf Weinbergers Appelle brachten Washington keine ungetrübte Freude. Die Zwei-Monate-Frist klang für die Partner wie ein Ultimatum. Der Pentagon-Chef sah sich genötigt, sich kulant zu zeigen. Er gab zu verstehen, gegen einen gewissen Aufschub habe niemand etwas einzuwenden. Das dänische Folketing nahm eine Resolution an, die die Regierung verpflichtet, gegen die Star-War-Pläne Stellung zu nehmen. Griechenland und Australien lehnten eine Teilnahme an den Forschungen glatt ab. Die Vertreter einiger Länder bekundeten ihren Wunsch, eine einheitliche Position zu dieser Frage auszuarbeiten. Die Einstellung zu den kosmischen US-Plänen soll ein Thema der Tagung der Westeuropäischen Union sein, die am 22. und 23. April in Bonn zusammentritt. Wie aus Abrahamsons Erklärung und aus der an die WEU adressierten Botschaft R. Burts hervorgeht, möchten die USA mit den Verbündeten "auf individueller Grundlage" sprechen.

Westeuropa sieht sich vor ein Dilemma gestellt. Wird es auf die Washingtoner Versuchungen und sofortigen Profiten anbeißen oder die kosmischen Abenteuer ablehnen? Von dieser Wahl hängt viel ab: die Abschwächung der militärischen Konfrontation oder ihre Intensivierung; die Festigung der internationalen Sicherheit oder ihre Destabilisierung.

W. BOIKOW

Brüssel

DIALOG MOSKAU—DEN HAAG

Viele westliche Politiker haben in jüngster Zeit Moskau besucht, um den sowjetischen Standpunkt besser kennenzulernen. Sie wollten die aktuellen internationalen Fragen sachlich und von der Position der erforderlichen Zügelung des Wettrüstens, der festen Sicherheit erörtern. Dazu dienten auch die Unterredungen zwischen Andrej Gromyko und dem niederländischen Außenminister Hans van den Brock.

Ungeachtet des starken Drucks aus Washington haben die Niederlande der Stationierung von 48 US-Marschflugkörpern bislang nicht zugestimmt. Das Land hat eine mächtige Antikriegsbewegung, und die Opposition gegen die Stationierung greift auch innerhalb der wichtigsten Regierungspartei CDA Platz. Die endgültige Entscheidung soll im November getroffen werden.

Die Stationierung der neuen US-Waffen hat die Lage in Europa bekanntlich wesentlich verschlechtert. Natürlich haben die Holländer selbst darüber zu befinden, ob sie die neuen Raketen haben wollen oder nicht. Unserer Meinung nach wäre es eine konstruktive Politik der Niederlande, wenn sie zur Verminderung der nuklearen Gefahr, zu einer günstigen Atmosphäre für die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf beitragen würde. Ein positives Echo aus den Haag zu dem einseitigen Moratorium der UdSSR für die Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen und zur Aussetzung anderer Gegenmaßnahmen in Europa wäre ein bedeutender Beitrag zur Einstellung des nuklearen Rüstungswettrücks und zur Reduzierung der Kernwaffen.

Die sowjetisch-niederländischen Beziehungen entwickeln sich in den letzten Jahren stabil, in mehreren Bereichen der Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sogar aufwärts. Doch sind diese Beziehungen im Zusammenhang mit den Fragen der Sicherheit zu betrachten. Eine gute Basis für den Ausbau der Verbindungen wäre eine bessere gegenseitige Verständigung auf politischem Gebiet. Dafür setzt sich die UdSSR ein, das erwartet sie auch von den Niederlanden.

S. BORISSOW

NIMEIRI AUSGESCHALTET

In Afrika erfolgte ein weiterer militärischer Umsturz — diesmal im Sudan. Mit ungewöhnlicher Leichtigkeit, ohne irgendwelchen Widerstand, stürzten die Militärs am 6. April Nimeiri vom Präsidentensessel, auf dem er sich seit 1969 breitgemacht hatte. Geleitet wurde dieser Umsturz vom Oberbefehlshaber der Volksstreitkräfte, General Abdel Rahman Sewar Ed-Daheb. Er übernahm auch die Leitung des Provisorischen Militärrates, auf den die ganze Macht überging.

Der Umsturz am 6. April war unblutig. Niemand schickte sich an, das Regime Nimeiris zu verteidigen, der sich übrigens an jenem Tag in Washington aufhielt. Das Volk nahm die Nachricht von Nimeiris Sturz freudig, als lang erwarteten Sieg, auf. Waren ja Ende März dem Umsturz regierungsfeindliche Protestaktionen vorausgegangen. Die Behörden versuchten, sie mit Waffengewalt zu unterdrücken. 8 Demonstranten wurden ermordet und an die 100 verletzt. Doch das brach den Volkswillen nicht. Am 3. April begann ein Generalstreik, der das Land lähmte.

In dieser Lage haften die Militärs zwei Möglichkeiten: entweder zu versuchen, den Streik weiterhin gewaltsam zu unterdrücken oder aber der Forderung des Volkes nach Absetzung Nimeiris zu entsprechen. Sie entschieden sich verständlicherweise für das zweite. Insbesondere deshalb, weil sich Soldaten und Unteroffiziere in einigen Fällen geweigert hatten, auf wehrlose Menschen zu schießen. Die Militärs übernahmen die Macht in dem Augenblick, als das Nimeiri-Regime faktisch bereits zusammengebrochen war.

Durch seine gesamte Innen- und Außenpolitik hatte der Ex-Präsident den Haß des Volkes hervorgerufen. Er war mit Unterstützung der Fortschrittskräfte an die Macht gekommen, die seinen Versprechen, eine unabhängige Außenpolitik verfolgen und sich um das Wohl des Volkes kümmern zu wollen, geglaubt hatten. Es vergingen kaum 2 Jahre, da zeigte Nimeiri sein wahres Gesicht: das eines kleinen Politikasters und Demagogen, der um seiner persönlichen Macht willen zu jeder Brutalität bereit ist. Er ließ auf seine früheren Verbündeten schwere Repressalien niedergehen. Es begann eine finstere Zeit des Terrors und der Gewalt.

16 Jahre lang vermochte es Nimeiri, seine Macht nicht nur mit Terror aufrechtzuerhalten. Er regierte das Land, indem er eine Bevölkerungsgruppe gegen die andere aufhetzte. Das fiel ihm nicht schwer, da er von politischen Überzeugungen nicht belastet war. Zuletzt setzte er auf die islamische Geistlichkeit. Um diese für sich zu gewinnen, verabschiedete Nimeiri ein Gesetz über die Islamisierung des Landes und ging daran, die weltlichen Gesetze durch das islamische Recht abzulösen. Die Rückkehr zur Scharia, besonders zu mittelalterlichen Strafen wie dem Abtrennen der Hand eines Diebes, löste Empörung in breiten Kreisen der sudanesischen Intelligenz und bei der Opposition.

Die "Islamisierung" stieß auf Ablehnung im Landessüden. Dort leben keine Araber, sondern negroide Stämme, die sich zum Christentum oder zu alten Kulten bekennen. Der Islam ist ihnen fremd. Das Nimeiri-Regime ignorierte die Interessen dieses Bevölkerungsteils, und die Aufständischen im Süden verhehlten nicht, daß sie einen bewaffneten Kampf für den Sturz des Regimes führen.

Verhängnisvoll war für Nimeiri die Hinwendung zu ausländischer, vor allem amerikanischer, Militär- und Wirtschaftshilfe. Washington versorgte den Sudan großzügig mit Waffen und Dollars, besonders nach dem Machtantritt der Reagan-Administration. Unter den afrikanischen Ländern nahm der Sudan den zweiten Platz (nach Ägypten) unter den Empfängerländern amerikanischer "Hilfe" ein. Und das Ergebnis? Eine tiefreichende soziale und ökonomische Krise.

Hier einige Zahlen. Die Auslandsverschuldung kletterte über 9 Md. Dollar, und das Land vermag sie nicht zurückzuzahlen. Das Außenhandelsdefizit erreichte 2 Md. Dollar. In den letzten Jahren von Nimeiris Herrschaft gab es in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nicht den geringsten Fortschritt — der Sudan blieb eines der ärmsten Länder der Welt mit einem jährlichen Prokopfeinkommen von 380 Dollar. Dazu kam noch die Dürre, die einige Landesteile heimsuchte: Unter dem Hunger leiden 4 Millionen der 20 Millionen Sudanesen.

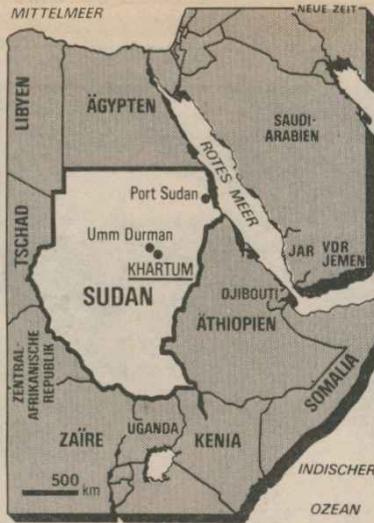
Das Faß zum Überlaufen brachte Nimeiris Beschuß, die Subvention von Brot und anderen Bedarfsgütern einzustellen, was zu jähren Preissteigerungen führte. Der Beschuß wurde auf Forderung des Internationalen Währungsfonds (IWF) gefaßt. Diese Bedingung stellte der IWF für die Gewährung eines weiteren Kredits an den Sudan. Nimeiri akzeptierte die Bedingung offenbar nicht gleich: Wußte er ja, daß ähnliche Maßnahmen seinerzeit zu sozialen Erschütterungen in Ägypten, Tunesien und Marokko geführt hatten. Doch Nimeiri beugte sich dem Druck von US-Vizepräsident Bush, der Anfang März Khartum besuchte. Bush seinerseits versprach, die dem Sudan vom Weißen Haus bewilligten Dollars freizugeben, wenn Khartum die Bedingungen des Währungsfonds annähme.

In Gestalt Nimeiris verloren die USA, wie die amerikanische Presse betont, einen ihrer wichtigsten Verbündeten in Afrika. Wegen seiner Abhängigkeit von amerikanischer Wirtschafts- und Militär-

Es brauchen nur irgendwo in Afrika Entwicklungen, die Washington beunruhigen, einzutreten, da setzt bei gewissen amerikanischen Beamten und Journalisten der "Libyen-Reflex" ein. So war es auch diesmal, kaum daß die Volksunruhen im Sudan begonnen hatten. Und das "beunruhigt" der "New York Times" zufolge "... amerikanische offizielle Kreise am meisten": "Die Möglichkeit einer Aktivierung der militärischen Konflikte gegen den Sudan seitens Äthiopiens und Libyens."

Innere Prozesse stellt man als internationale Konflikt hin. Mit welcher Berechtigung? Unter Hinweis darauf, daß das Sozialistische Äthiopien und die Libysche Arabische Volksjamahiriya, gelinde gesagt, keine Sympathien für das Nimeiri-Regime haften. Doch empfand etwa das sudanesische Volk größere Sympathie für dieses korrupte proamerikanische Regime?

Libyen erkannte als erstes Land offiziell die neue sudanesische Regierung an. Seit wann wird eine solche demonstrative Freundschaftsgeste als Kriegserklärung betrachtet? Vielleicht nur in Orwells bekanntem Roman, in dem die Desinformationsbehörde das "Wahrheitsministe-



hilfe konnte der Sudan der "Schutzmacht" nichts verweigern. Khartum tat alles, um es ihr recht zu machen, verfolgte auf Betreiben Washingtons eine feindselige Politik gegenüber den Nachbarländern Libyen und Äthiopien. Es half den USA, in der Hauptstadt des Tschad Hissene Habré an der Macht zu halten. Vor allem aber

unterstützte Khartum das Camp-David-Komplott, das von der überwiegenden Mehrheit der arabischen Länder abgelehnt wurde. Oberdies kollaborierten, wie die in London erscheinende militärische Wochenschrift "Jane's Defence Weekly" meldete, Tel Aviv und Khartum "bei der Abmachung über die Gewährung israelischer Militärhilfe gegen die Zustimmung des Sudan, die in eine schwere Lage geratenen äthiopischen Juden (Falaschen) auf dem Luftweg nach Israel zu evakuieren". Washington erhielt Nimeiris Zustimmung, einen US-Stützpunkt für die Eingreiftruppe an der Küste des Roten Meeres zu schaffen und radioaktive Abfälle im Sudan zu lagern.

Der Zusammenbruch des Regimes im Sudan machte eine für die Politik der USA bezeichnende Gesetzmäßigkeit deutlich: Je größer die "Hilfe" ist, die sie ihren Verbündeten in der dritten Welt zukommen lassen, desto unzuverlässiger werden die Marionettenregimes. Diese Gesetzmäßigkeit trat im Iran und jetzt auch im Sudan zutage.

Was sind die ersten Schritte der Militärs, die im Sudan an die Macht gekommen sind? Sie haben die Verfas-

sung auf, verhafteten Nimeiris engste Helferhelfer und befreiten politische Häftlinge. Zugleich verlangten sie eine Beendigung der Streiks. Die Führer der Streitkräfte führten Gespräche mit den Vertretern des am 5. April gebildeten Blocks der nationalen Kräfte zur Rettung der Heimat durch. Ihm gehören die Gewerkschaften und einige Parteien, darunter die KP, an. Bei diesen Gesprächen akzeptierten die Militärs den Vorschlag des Blocks für eine einjährige Übergangszeit, während der die Voraussetzungen für freie Wahlen geschaffen würden. Angenommen wurde auch ein Programm für die Regierung, die in den nächsten Tagen gebildet werden soll. Es sieht die Beseitigung der Folgen des alten Regimes, Garantien für die Rechte der Bürger, die Gesundung der nationalen Wirtschaft, die demokratische Lösung der Probleme des Südens, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung sowie eine unabhängige Außenpolitik vor. Die Verwirklichung dieses Programms wird offenbar eine neue Etappe im Leben des größten afrikanischen Flächenstaates eröffnen.

J. BOTSKHARJOW

USA--LIBYEN

KÖNIG IDRIS NACHGETRAUERT

rium" getauft wurde. Doch das geschieht in einem satirischen Roman. Und in Wirklichkeit?

In der Wirklichkeit stellt die Konzeption von den "Lebensinteressen" der USA alles auf den Kopf. Die USA haben bekanntlich ihre "Interessensphären" über die ganze dritte Welt verteilt — von Südostasien bis nach Mittelamerika. Was macht es, daß dort Völker leben, die ein Recht auf Selbstbestimmung haben? Wichtig ist nur, was Washington will. Und das will, daß es für Staaten, die eine ihm nicht genehme Politik verfolgen, in der dritten Welt keinen Platz gibt.

Doch diesen Platz gibt es! Und zudem einen durchaus beachtlichen, mit bedeutendem internationalen Einfluß. Diese kleinen Länder zeigen nicht geringen Mut gegenüber dem US-Imperialismus. Sie fürchten ihn nicht. Sehen sie ja auch seine Schwächen.

"Den USA ist es nicht gelungen, den Schah und davor den libyschen König Idris vor dem Volkszorn zu retten", erklärte kürzlich der libysche Revolutionsführer Muammar al-

Ghaddafi. "Das jüngste Beispiel für die Hilflosigkeit der US-Administration angesichts des Volkswillens ist der Sturz ihres Agenten Nimeiri ... Die Araber haben keine Angst mehr vor ihrem Erzfeind, dem US-Imperialismus. Den USA, die bereits in Vietnam eine Niederlage erlitten hatten, wurde ein weiterer Stoß — in Libanon — beigebracht..."

All das wissen die Amerikaner selbst. Nichtsdestoweniger wollen sie ihren beleidigten imperialen Gelüsten Raum geben. Und doch meine ich, daß nicht nur solche Gelüste den "Libyen-Reflex" hervorrufen. Gefährlicher ist etwas anderes: das geopolitische Kalkül, die nostalgische Sehnsucht nach jenen Zeiten, als Libyen ein wichtiges imperialistisches Aufmarschgebiet im Mittelmeerraum an der Nahtstelle des östlichen und des westlichen Teils der arabischen Welt, des Maschrik und des Maghreb, war.

Ich kann mich noch an das Libyen aus der Zeit des greisen Idris erinnern. An die Hauptstadt Tripolis, voller italienischer Läden und amerikanischer Militärfahrzeuge. An den

größten US-Stützpunkt in Afrika, Wheelus Field, hinter einer grauen Steinmauer. Auf diesem Stützpunkt gab es damals das einzige Fernsehstudio Libyens, das von den Propagandadienstes des Pentagon zusammengestellte Programme ausstrahlte.

Wie sehr setzt Washington doch diese Nostalgie zu! Da beginnen in der amerikanischen Hauptstadt gewisse anonyme "offizielle Personen" ein "inoffizielles Spiel", wie das Nachrichtenmagazin "News Week" dies bezeichnete. Libysche Emigranten bilden eine "Exilregierung" und "bitten Nachbarländer" um Hilfe — und dann auch die 6. US-Flotte. Die gleiche 6. Flotte, deren Schiffe bereits wiederholt Provokationen vor der libyschen Küste verübt haben.

Das "Spiel" kann jeden Augenblick Wirklichkeit werden. Um so mehr, da der Knüppel zur wirtschaftlichen Destabilisierung des Landes schon seit langem geschwungen wird: Seit 1981 haben die USA ein Verbot für Lieferungen von Industriewaren an Libyen und für die Einfuhr seiner Erzeugnisse verhängt, haben den Ankauf libyschen Öls völlig eingestellt.

D. WOLSKI

Stalingrad? Belgorod?
Dnepr?

Nein, diese Fotos machte der Frontkorrespondent Dmitri Baltermann bereits jenseits der sowjetischen Grenze, als die Soldaten, die über drei Jahre auf sowjetischem Boden kämpften, die Grenze überschritten hatten. Jetzt, 40 Jahre später, werden sie gefragt, mit welcher Absicht sie damals fremdes Territorium betrat, warum sie die Oder forcierten und die Reichskanzlei in der Wilhelmstraße zerstörten?

Der amerikanische Historiker D. Welsh kommentiert wie folgt das Ende des zweiten Weltkrieges: Die russische Kriegsmaschinerie habe seit Herbst 1944 mit den westlichen Alliierten darum gewetteifert, so viel fremde Gebiete wie nur möglich zu erobern und



IM FRÜHJAHR 1945

dort die eigene Herrschaft zu installieren.

Ja, wenn Sie, Dr. Welsh, all das bereits 1944 laut gesagt hätten! "So, laßt uns nicht nach der Zerschlagung des Faschismus streben, sondern nach der Eroberung fremder Gebiete und nach Herrschaft. Darum wollen wir mit den Russen wetteifern." Oder hatten Sie damals nicht derartige Absichten?

Wir aber hatten ein klares Ziel ... Das Foto, auf dem die Soldaten einen Schützengraben stürmen, wurde nicht in Deutschland, son-

dern bei Moskau, bereits 1941, gemacht, als man im Westen meinte, Rußland stehe am Rande der Katastrophe. Doch diese Soldaten erinnerten sich auch im tödlichen Ringen an die Worte, die ihre Heimat schon in den ersten Tagen des Krieges gesagt hatte: Ziel des Kampfes der UdSSR gegen die faschistischen Unterdrücker ist nicht nur, die über unser Land heraufgezogene Gefahr zu beseitigen, sondern auch allen Völkern Europas zu helfen, die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen.

Auch in den schwersten Tagen unserer Geschichte blieb der Internationalismus unser Banner, unser Schwur, der Sinn unseres Seins. Für

das Leben der Menschheit opferten wir Millionen sowjetischer Menschen. Hier einige Dokumentarfotos. Heute weisen sowohl Verfasser bundesdeutscher Geschichtslehrbücher als auch Washingtoner Professoren mit dem Zeigefinger auf diese Fotos: "Welche Einmischung der sowjetischen



Dmitri Baltermann war von den ersten Kriegstagen bis zum Sieg Frontkorrespondent. Die von ihm in den Kriegsjahren geschaffene Chronik militärischer Heldenataten ging um die ganze Welt. In 20 Ländern wurden Ausstellungen der bedeutendsten Arbeiten von Dmitri Baltermann gezeigt. Viele von ihnen gelten als Meisterwerke der künstlerischen Fotografie.



Soldaten in die Angelegenheiten Osteuropas ... Welche Brutalitäten..."

Brutalitäten? Jeder dieser Soldaten hat im Krieg Angehörige verloren. Die niedergebrannten Städte, die zerstörten Meisterwerke der Architektur, die Millionen, die von den Herremenschen des "Dritten Reiches" in die Gaskammern getrieben wurden — immer mußten sie daran denken. Jeder sowjetische Soldat, der feindliches Territorium betrat, hatte wohl ein Recht auf Haß. Doch seine Überzeugungen, seine Erziehung erlaubten es ihm nicht, sich blinder Rache hinzugeben. Das weiß die Welt.

... Ein Klavier, das einen Straßenkampf überstand — der Zufall half dem Fotografen. Der Korrespondent hörte Musik aus dem Fenster eines zerstörten deutschen Hauses und stieg empor.

"Das Instrument ist heil!", jubelten die Soldaten. Dieser Augenblick war ein besonderer Lichtpunkt in ihrem bitterschweren Soldatenleben. Später werden dank den sowjetischen Soldaten Wien und Prag, die Meisterwerke von Raffael, Tizian und Rembrandt, ganze Völker und Staaten wieder zum Leben erweckt.



Das Leben wurde überall, wohin die sowjetischen Befreier auch kamen, wieder geboren — und das werden die Völker nie vergessen. Von den Felsen Nordnorwegens bis zu den südlichen Bergen Bulgariens erheben sich Obeliske — Symbole der Dankbarkeit der Völker an die tapferen sowjetischen Soldaten, die ihre internationalistische Pflicht erfüllt haben.

Die einen bezichtigen sie des Herrschaftsstrebens.

Die anderen sind ihnen unendlich dankbar dafür, daß sie die Weltzivilisation gerettet haben.

Wer hat recht?

Das Recht auf Wahrheit gehört nur ihnen selbst — den Lebenden und den Toten.

KEINE TERMINOLOGIEFRAGE

Meldungen aus Washington zufolge ist die Debatte um das vor zwei Jahren vom US-Präsidenten verkündete militaristische Programm, die "Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI), in eine neue Phase getreten. Über das eigentliche Wesen dieser "Initiative" wird nach Möglichkeit immer weniger gesprochen, dafür streitet man sich über den Begriff der "Sternenkriege", wie dieses Unterfangen getauft wurde.

"Ich möchte, daß der, der diesen Ausdruck erstmals gebraucht hat, ihn zurücknimmt. Vermittelt er ja eine unrichtige Vorstellung von dem, was wir beabsichtigen", heizte Ronald Reagan selbst die Diskussion an. Die Urheberrolle wurde von vielen beansprucht, doch die Assistenten des Präsidenten ermittelten den wahren Schuldigen: Edward Kennedy. Er war es, der gleich nach Ronald Reagans Rede diesen wegen seiner "Irreführungs- und Einschüchterungstaktik sowie wegen seiner Wahnsinnspläne zur Führung von Sternenkriegen" scharf kritisiert hatte.

Zur offenkundigen Verwirrung des Präsidenten bürgerte sich der Begriff ein. Gut informierte Beobachter behaupten, er werde sogar im Pentagon verwandt — natürlich in Caspar Weinbergers Abwesenheit.

Das Weiße Haus hätte vielleicht auch nichts dagegen, einen solchen Assoziationen weckenden Begriff intern zu verwenden. Doch mit der weltweiten Verbreitung des Horror-Etikets will sich Washington nicht abfinden. So entschied man sich dazu, über die Sonntagsbeilage der "New York Times" einen Wettbewerb zur Umbenennung der Präsidenten-Initiative auszuschreiben.

Wir gedenken natürlich nicht, uns an dem terminologischen Streit oder etwa an dem angekündigten Wettbewerb zu beteiligen. Und das, da wir meinen, daß es hierbei nicht um die Bezeichnung, nicht um Wörter, sondern um das geht, was dahinter steht. Der in Washington entbrannte Streit aber ist keineswegs linguistischer Natur. Die politische Denkweise der jetzigen Washingtoner Administration wird deutlich. Dieses Denken hat ungezählte Besonderheiten und Nuancen. Doch einige, die unmittelbare Beziehung zum Streit über die "Sternenkriege" haben, wollen wir nennen.

Erstens macht das Streben, die Bezeichnung "Sternenkriege", in der die Menschen intuitiv tödliche Gefahr für sich spüren, auszuwechseln, den seit eh und je geübten Brauch der Erfinder neuer Mordinstrumente deutlich, ihren Schöpfungen zumindest einen harmlosen Namen zu geben. So bezeichneten die alten Germanen, als sie einen "Schädelzerträumer" erfanden, diesen "Morgenstern". Ganz offensichtlich ließen sie sich dabei von der gleichen Logik leiten wie die Väter der jetzigen Weltraumwaffe, die der Präsident als "Strategische Verteidigungsinitiative" bezeichnet.

Zweitens demonstrieren die Diskussionen über die "Sternenkriege", daß die Vertreter der Washingtoner Administration in solchen Kategorien denken und eine solche Sprache sprechen, die mit den allgemein anerkannten Normen absolut nichts zu tun hat — weder mit den linguistischen noch mit den logischen oder politischen. Selbst erfahrene Politiker können nicht verstehen, wie denn der US-Präsident mittels neuer, in den Weltraum beförderter Waffen wohl die militärische Bedrohung und das nukleare Wettrüsten zu beenden gedenkt. Willy Brandt erklärte unumwunden dazu: Der US-Präsident beabsichtige, in seiner zweiten Amtszeit die Nuklearwaffen abzubauen und wenn möglich gar alle diese Waffen zu vernichten. Doch würden solche Forderungen von Vertretern der Friedensbewegung erhoben, müßten sie sich von großen Strategen Belehrungen darüber anhören, daß man auf die Nuklearwaffen überhaupt nicht verzichten könne. Ja, die US-Administration hat also ein, gelinde gesagt, eigenartiges Denken, das mit normalen Kategorien nicht erfassbar ist.

Und drittens ist, wie realistisch denkende amerikanische Politiker und Kommentatoren eingestehen, der offizielle Begriff "Strategische Verteidigungsinitiative" der bis zum Abschluß des angekündigten Wettbewerbs in Umlauf bleibt, ebenso viel wert wie der "Name einer neuen Briefmarke oder einer Neurose". Und zwar, weil, wie die "New York Times" kürzlich schrieb, "die Washingtoner Administration eine Strategie für den Krieg, nicht aber für den Frieden besitzt". Eine solche Strategie aber offeriert unserer Meinung nach nichts außer "Sternenkriegen" — selbst, wenn man diese als "Verteidigungsinitiative" oder als "Weltraumschild" bezeichnet. Es geht also nicht um Begriffe, sondern um eine Politik, die mit "Sternenkriegen" droht.

Viktor GUSTSCHIN

Afghanistan ist ein Bauernland, bis zu 97% der Bevölkerung leben im Dorf. Dort ist der Kampf zwischen alt und neu, zwischen den verknöcherten Sitten der Vergangenheit und den Keimen des Fortschritts wohl am klarsten. Auf dem Lande spielt sich ja alles vor aller Augen ab, verheimlichen läßt sich nichts. Ich war in Kama, dem Verwaltungszentrum der an Pakistan grenzenden Provinz Nangarhar.

Äußerlich unterscheidet sich Kama kaum von den Tausenden ähnlichen afghanischen Auls. Die engen Straßen zwischen den hohen fensterlosen Wänden der Häuser münden fast sämtlich auf den Marktplatz. Da ist auch eine kleine Moschee aus Lehmziegeln und ein mit bunten Kacheln verziertes Minarett.

Als ich nach Nangarhar fahren wollte, rieten mir meine Freunde in Kabul, ebenfalls Journalisten, zu einem Besuch gerade in Kama: Es sei einer der Grenzorte, in dem sich die Volksmacht fest etabliert habe. Die Bewohner verstanden, daß sie diese Macht mit der Waffe in der Hand schützen müßten, und hätten Selbstschutztrupps formiert, die die Siedlung, die Ställe und Treibhäuser rund um die Uhr bewachen. Tagsüber wird die Gegend von einem Beobachtungsturm aus mit einem Feldstecher ständig abgesucht. Für die Nacht haben die Bewohner ein System von Taschenlampensignalen erfunden.

Im Aul wurde der Grund und Boden umverteilt. Auf einer feierlichen Versammlung erhielten die Armbauer — die Mehrheit der Bewohner — von Babrak Karmal unterschriebene Urkunden, die sie zu den Besitzern von Bodenparzellen machten. Dann begannen sie mit der Organisation einer Versorgungs- und Absatzgenossenschaft; eine Schule und eine Sanitätsstelle wurden eröffnet.

Ich habe viel in Kama gesehen, habe einige Bewohner, alt und jung, kennengelernt. Wohl aus einem Kontrast heraus hat sich mir eine Versammlung auf dem Marktplatz eingeprägt: mit Leuten, die sich von der Konterrevolution hatten irremachen lassen, in die Fremde geraten waren, dort vieles durchgemacht hatten und erst jetzt heimgekehrt sind.

Zu dieser Kundgebung war aus der Provinzhauptstadt Jelalabad auch der Vali (Gouverneur) gekommen. Er berichtete, was die Demokratische Volkspartei und die Regierung der DRA für das Wohl des Volkes schon getan haben und noch tun, was sich in der Provinz konkret geändert hat, wie schwierig der Kampf gegen die Banditen verläuft. An die Heimkehrer gewandt, sagte er, daß der Revolutionsrat allen

Afghanische Revolution nach 7 Jahren

EIN AUL NAHE DER PAKISTANISCHEN GRENZE

Leonid MIRONOW

solchen Menschen, wenn sie sich in konterrevolutionären Aktionen gegen das Volk nicht mit Blut befleckt haben, ihre Schuld erläßt. Das Schwert der Revolution, sagte der Vali, bestraft nicht jene, die ihr Vorleben bereuen.

Dann berichteten einige von denen, die erst vor kurzem "Flüchtlinge" genannt wurden und die gewisse Kräfte für ihre Banden zu gewinnen suchten, darüber, was ihnen zugeschlagen war.

Die Brüder Masjid und Rauf galten im Dorf, bevor sie sich nach Pakistan absetzten, als gebildete Leute. Sie stammen aus einer religiösen Familie und können, wenn auch mit Mühe, sogar den Koran lesen. Vielleicht wären sie nirgendwo hingegangen, wäre in ihrem Dorf nicht ein Mann aufgetaucht, anscheinend ein Dervisch (später entpuppte er sich als Werber für die Banden des be-

Glauben) zu; das Blatt wird auf gutem Papier in Hamburg gedruckt. Manchmal brachte er die etwas näher, im pakistanischen Peshawar herausgegebenen Wochenschriften "Schahid" (Märtyrer) und "Jihad" (Heiliger Krieg) mit; schon die Titel sprechen Bände. Der falsche Dervisch beschwerte die Brüder und mit ihnen noch ein Dutzend Dorfburschen.

Über ihr Leben in einem Lager der Konterrevolutionäre sagten Masjid und Rauf auf der Kundgebung, es sei eine Hölle gewesen. In allen Lagern herrschen, wie sie berichteten, die grausamsten Zustände. Schon das geringste Aufbegehren wird mit öffentlichen Prügeln bestraft.

Die auf pakistanischem Boden gelegenen Lager, deren Zahl schon etwa 120 beträgt, sind spezialisiert. In Parachinar z. B., wo Masjid und Rauf waren, wird Wühlarbeit groß geschrieben. In den benachbarten Lagern werden Terror- und Einschüchterungsmethoden beigebracht, wird gezeigt, wie man aus einem Hinterhalt handelt. Viel Zeit wird "ideologischen" Gesprächen gewidmet, bei denen diesen Bauernburschen ein blinder Haß auf die volksdemokratische Macht in Afghanistan, auf ihre Aktivisten, die Mitglieder der Truppen zum Schutz der Revolution und der landwirtschaftlichen Genossenschaften anerzogen wird. Im voraus werden Objekte von Terror und Diversionsfestgelegt und Methoden von Banditenüberfällen trainiert. In den Lagern gibt es viele amerikanische, chinesische und pakistaneische Ausbilder, die in der Handhabung der diesen "Glaubenskämpfern" gelieferten Waffen unterweisen.

In den "Flüchtlingslagern" wurde ein ganzes Netz von Informanten angelegt. Sie sollen jene Afghanen feststellen, die in die Heimat zurückkehren wollen. Solche werden von den anderen isoliert, die widerspenstigsten unter ihnen einfach vernichtet.

Und doch fällt es den Rädelsführern immer schwerer, ihre Banden aufzustellen. Vielen fällt es wie Schuppen von den Augen, sobald sie die afghanische Wirklichkeit sehen. So erging es auch den Brüdern Masjid und Rauf.

Sie kamen mit einem Divisionsauftrag in ihre heimatliche Provinz, sahen aber bald, daß ihr Kampf hoffnungslos ist — und daß der Islam in Afghanistan von niemandem bedroht wird. Alle Moscheen des Landes sind geöffnet, die Behörden stellen Geld zu ihrer Renovierung bereit. Der alte Mulla ist, wie die Brüder noch erfuhren, noch immer da, und für seinen Unterhalt kommen jetzt nicht wie früher die Gläubigen auf (was im Grunde aufs Betteln hinauslief), vielmehr zahlt ihm die Verwaltung der Provinz ein Gehalt. Mehr noch, im vorigen Jahr konnte er nach Mekka pilgern, und jetzt schmückt seinen Namen das für jeden Moslem so wichtige Wort Hadschi. Die DRA-Regierung half ihm bei dieser teuren Reise nach Saudi-Arabien. Früher mußte der Pilger dafür 35 000 Afghani zahlen, heute reichen schon 5000. Den größeren Teil der Ausgaben nimmt die Volksmacht auf sich. Das bedeutet natürlich nicht, daß jeder Mohammedaner nun verlangen kann, ihn nach Mekka pilgern zu lassen. Die Regierung der DRA chartert zu diesem Zweck ein Flugzeug und übernimmt andere Ausgaben sowie die gesamte Organisation. Darüber, wer einer Reise zu den für jeden Moslem heiligen Stätten würdig ist, entscheidet die geistige Verwaltung.

* * *

Kama ist ein kleiner Aul auf afghanischem Boden, auf dem die Aprilrevolution tiefe Wurzeln gefaßt hat. In Afghanistan bestehen Tausende solcher Aule. In den sieben Jahren ihres Triumphzuges durch das Land hat die Revolution buchstäblich jedes Haus, das Schicksal aller Bürger berührt.

Das Wesen der Aprilrevolution von 1978 ist zweifellos Aufbau und Fortschritt — trotz der Tatsache, daß die Feudalherren und ihr Anhang, die Oberschichten der Stämme, die Kompradorenbourgeoisie, vor allem aber der US-Imperialismus und die regionale Reaktion gegen sie auftreten.

In den Aufbau haben sich breite Massen der Werktätigen in Stadt und Land eingeschaltet. Die Demokratische Volkspartei Afghanistans betrachtet die beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte als mit die wichtigste Aufgabe. "Arbeiten lernen!" heißt eine der Hauptlosungen der revolutionären Macht in der gegenwärtigen Etappe.

Tag und Nacht bewachen die Verteidiger der Revolution in Kama ihr Heimatdorf vor den Umtrieben der Banditen. Beim Aufbau des neuen Lebens ist das revolutionäre Afghanistan auf Wacht.

Kabul—Moskau



Die Bauern von Kama erhalten Urkunden, die sie zum Besitz von Grund und Boden berechtigen
Foto des Verfassers

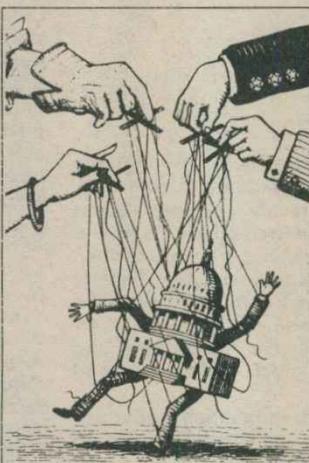
rüchtigsten Banditen Gulbuddin Hekmatyar). Auf die religiösen Empfindungen der Bauern schlau spekulierend, redete er ihnen ein, der Glaube sei gefährdet und vor den "Kommunisten und Russen" zu schützen. Menschen, die wie diese Brüder ein wenig lesen konnten, schob er Gulbuddins miserables Blättchen "Schahadat" (Mein Leben für den

SKANDAL-85

Wie immer braut sich beim Frühjahrtausbruch in Washington bei den Debatten über die "Verteidigungsausgaben" politisches Unwetter im Kongreß zusammen. Nur dürfte es sich auch diesmal wieder um einen reinen Theaterdonner handeln, denn nicht zum erstenmal wird das Pentagon nach Strich und Faden betrogen.

Schon in den Vorjahren wurden die Auftragnehmer wegen der sagenhaft überhöhten Preise für Druckscheiben, Muttern, Hämmer, Kaffeemaschinen und sogar, pardon, Klodeckel von empörten Pentagon-Generalen ein wenig gezaust. Eine amerikanische Zeitung brachte sogar das von besagtem Gegenstand umrahmte Konterfei eines aufgebrachten Caspar Weinberger, der für dieses Ding 600 Dollar pro Stück zu blechen hatte.

Nun läßt der Frühling sein Band von Betrügereien und Enthüllungen wieder flattern, wobei entdeckt wird, daß die Gaunergilde



Das Pentagon zählt zu den ersten, die die Kongreßpuppen tanzen lassen

Zeichnung aus:
"Business Week" (USA)

das Pentagon und damit natürlich den Steuerzahler nicht um Hunderde, nicht mal um Tausende oder Millionen, sondern um Milliarde Dollar betrügt. "General Electric"

droht sogar ein Gerichtsverfahren wegen verfälschter Rechnungen für Einzelteile der Minuteman-Rakete. Aber das sind nur kleine Fische. Die dicken Hechte begehen einfach Steuerhinterziehung. "General Dynamics" hat dem Finanzamt bereits zehn Jahre keinen einzigen Steuerdollar mehr zukommen lassen. "Grumman Corporation" hält sich neun Jahre an diese Nichtsteuerregel, "Lockheed" sechs und Boeing fünf Jahre.

Im Pentagon herrscht Frühlingserwachen. Weinberger reißt Bäume aus. Offiziell hat das Pentagon zur Märzenzeit mehr Klagen gegen seine gewitzten Auftragnehmer eingereicht als je zuvor. Doch wie gesagt, dürften die Wolken kaum ein Gewitter mit sich bringen. Die Unwetterprognose der CBS lautet: Die Beschuldigungen gegen "General Electric" und andere amerikanische Konzerne gehören zur Strategie der Administration, die dem Kongreß die erhöhten Verteidigungsbewilligungen schmacenhafter machen will. Hat man die Milliarden erst einmal sicher, legt sich der Sturm wieder.

V. MASCHIN

Politische Mutationen sind in Frankreich nichts Ungewöhnliches. kommt vor, daß Mitglieder einer liberal-bürgerlichen Partei faschistoiden National Front stoßen oder üzeuge Nationalisten ebenso prinzipielle Lantiker werden.

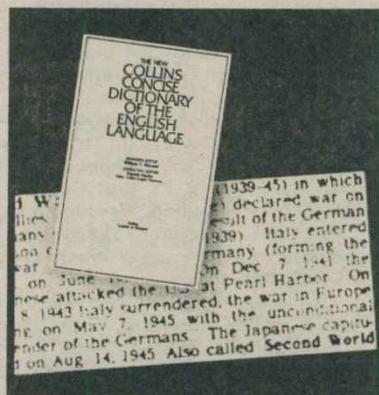
Als Yves Montand vom Schauspieler Menschen zum Chorben der Bourgeoisie und antifaschistische Gesänge stimmte, wurde dem tanten vielerorts Achtung zuteil. Im reten Lager aber gab natürlich stürmisch wenn auch nicht anhaltenden Beifall. lauteten klagte fätschelte Montand Führer der Nation

GEDÄCHTNISCHWUND

Die Wörterbücher des britischen Verlags Collins besitzen einen guten Ruf. Vor kurzem gab Collins ein neues Lexikon heraus, das sich dadurch auszeichnet, auf Seite 1361 eine knappe Erläuterung zum zweiten Weltkrieg zu bringen, die wir hier ungetürt anführen wollen:

"2. Weltkrieg — der Krieg (1939–1945), in dem die Alliierten (Großbritannien und Frankreich) infolge der deutschen Invasion in Polen (1. September 1939) Deutschland den Krieg erklärten (3. September 1939). Italien trat auf Seiten Deutschlands (zur Verstärkung der Achse) am 10. Juni 1940 in den Krieg ein. Am 7. Dezember 1941 griffen die Japaner die USA in Pearl Harbor an. Am 8. September 1943 kapitulierte Italien, der Krieg in Europa endete am 7. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen. Die Japaner kapitulierten am 14. August 1945."

Das wäre dann der ganze zweite Weltkrieg. Das Lektorat von Collins hat einfach "vergessen", daran zu erinnern, daß die Sowjetunion die Hauptlast des Kampfes gegen den Faschismus trug, daß sie die Völker Europas und die Welt von der faschistischen Unterdrückung befreite.



Collins ins Stammbuch: "Die sowjetischen Streitkräfte befreiten vollständig oder teilweise 11 Länder Europas mit einer Bevölkerung von 113 Millionen"

Kein anderer als Winston Churchill hatte im September 1944 an Stalin geschrieben: "Ich benutze die Gelegenheit, um morgen im Unterhaus zu wiederholen, was ich bereits früher sagte, daß nämlich gerade die russische Armee die Riemer von der deutschen Kriegsmaschine riß und im gegenwärtigen Augenblick an ihrer Front den weitauft größten Teil der gegnerischen Kräfte bindet."

Als während des Krieges faschistische Bomben auf London fielen, gab es in England niemanden, der nicht von den riesigen Anstrengungen des sowjetischen Volkes in diesem Krieg gewußt hätte. Zuhören des Sieges an der Ostfront spielte das Sinfonieorchester der BBC 1944 die Staatshymne der Sowjetunion.

Bei Collins muß ein seltsamer Gedächtnisschwund herrschen.

L. DOLMATOW

DEGEN

Le Pen. Bald aber den die Franzosen einmalige Stimme im Geungsverein der professionellen Antikommunisten und Sovjetfeinde nicht mehr heraus. Kurz, die neue Rolle hatte Montand keine Lorerien eingetragen. Ein rätsler Blatt allerdings meldete, der ehemalige Angler sei zum Regierungsmitglied für Fragen der Kriegsvorbereitung berufen worden. Einen partigen Posten gibt es der französischen Regierung bislang noch nicht, die "Meldung" kamte vom 1. April.

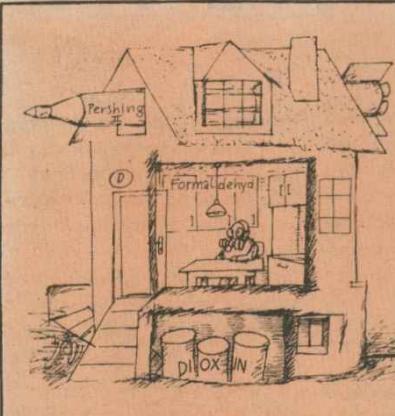
Eine so ruhmlose Existenz schien dem langgewohnten Mann entzählich. Um sich wieder in Erinnerung zu bringen, gab er "Paris Match" ein Interview. Der Refrain dieses Solos lautete: "...Ich hau jetzt über 55 in die Fresse, wenn er noch immer Mitglied der FKP ..." Die Altersgrenze und die Prügelkandidaten erklärt sich vermutlich aus dem Alter des Versers dieser exzellenten Aussage. Seht, will er sagen, ich war auch mal jung und dumm, habe Litsongs angestimmt und sogar gesungen, ich Dreher bin, jetzt er bin ich reifer und kann begreifen, daß Dreher nicht der richtige Gang für mich sind.

Die "Humanité" veröffentlichte den Brief des Kommunisten Roger Linet, der bereits 71 Jahre ist und Montand wissen läßt, daß er zu seinem Treffen mit ihm freit sei. Er schreibt, er höre schon über 50 Jahre der KP an und sei

stolz darauf. Er hat an den antifaschistischen Demonstrationen der Pariser Arbeiter 1934, an den sozialen Kämpfen 1936 teilgenommen, die zum Sieg der Volksfront führten. Er war Gefänger der Hitlerwehrmacht, floh, kämpfte in der Resistance. 1943 wurde er von der Gestapo verhaftet, gefoltert und zum Tode verurteilt. Dann kam er in ein KZ... Nach der Befreiung Frankreichs zurückgekehrt, nahm Roger Linet die aktive Parteiarbeit wieder auf. Die Arbeiter des Automobilkonzerns "Renault" in Billancourt wählten ihn zwischen 1947 und 1958 zum Generalsekretär ihrer Gewerkschaft.

"Ich erinnere mich, daß wir im Betrieb Eintrittskarten für Ihr Konzert verteilt haben, das großen Erfolg hatte. Auch wir hatten an diesem Erfolg unseren kleinen Anteil", schreibt Roger Linet an Montand. "Heute bin ich empört über Ihre Äußerungen, Ihren Beitrag zur antikommunistischen Kampagne, in einer Zeit, da Rassismus, Haß und Intoleranz erneut hervortreten... Daher werde ich Sie beim Wort nehmen. Sie haben gesagt, Sie könnten keinem Kommunisten über 55 Jahre begegnen, ohne ihm 'in die Fresse zu hauen'. Ich bin Kommunist. Ich bin über 55 und ich schlage Ihnen eine Begegnung vor. Unser Rendezvous könnte an jedem Ihnen genehmen Tag an einem Ort stattfinden, den ich gut kenne: am place Nacionale, gegenüber dem "Renault"-Werk in Billancourt. In Erwartung unseres Treffens, Roger Linet."

Wird der Mutant Montand die Einladung annehmen? V. ZOPPI



Wieder fanden in vielen westeuropäischen Ländern Ostermarsche statt, mit denen Tausende demonstrierten, daß sie sich nicht mit dem Schicksal nuklearer Geiseln der USA abfinden wollen, und fordern, die Stationierung der neuen US-Raketen einzustellen und die bereits vorhandenen abzuziehen. Diese Menschen wollen nicht, daß ihr Haus dem des "Durchschnittsbürgers der BRD" ähnele, das der Karikaturist der bundesdeutschen "Zeit" zeichnete.

WESSEN

„KLAMOTTE“?

Einst behaupteten die französischen Kolonialisten: "Algerien ist Frankreich." Was bei diesem geographischen Irrtum herauskam, weiß man. Bis vor kurzem verkündeten die "caldoches", wie die privilegierte weiße Minderheit auf Neukaledonien heißt, unter Mißachtung dieser historischen Lehre, auch diese Insel, in ihrem Jargon "Klamotte", sei Frankreich. Deshalb solle man sich nicht um die Forderung der Ureinwohner, der Kanaken, kümmern, dem Land die Unabhängigkeit zu gewähren. Nun besaßen aber die Kanaken im "Mutterland" mehr Anhänger als die "caldoches", worauf das offizielle Paris Rücksicht nehmen muß, wenn es sich

mit der Lösung des Problems auch nicht beeilt.

Am 7. April aber wurde nun auf der Halbinsel Ouanou im Westteil Neukaledoniens die Flagge der ...USA gehißt. Unter Abspielen der amerikanischen Nationalhymne. Der Präsident des Verbandes "Freunde der Vereinigten Staaten", der französische Kaufmann Roger Ludeau, ließ bei den 3000 "Freunden", die sich zu der Zeremonie eingefunden hatten, Tränen des Glücks und der Hoffnung fließen, als er erklärte, die "Klamotte" solle der 51. US-Bundesstaat werden.

Wer kann garantieren, daß auf der "Klamotte" nicht ebenso wie vor kurzem auf Grenada US-Landetruppen für die Sicherheit der "Freunde der USA" und damit für die Sicherheit der USA selbst sorgen werden?

J. USIN

NO PROBLEM

In den USA ist wieder ein Feldzug zur Wahrung von Staatsgeheimnissen im Gange. Diesmal geht es nicht darum, Pläne der Militarisierung des Weltraums vor der Öffentlichkeit geheimzuhalten oder Skandale zu verhüten, die damit zusammenhängen, daß die Verbündeten der USA zu nuklearen Geiseln des Pentagon gemacht werden sollen. Diesmal hat man beschlossen, statistische Angaben "über alle Aspekte des amerikanischen Lebens" zum Gegenstand der Geheimhaltung zu machen.

Wie die "New York Times" voraussagt, werde die neue Regierungsverordnung das Recht staatlicher Dienststellen einschränken, Informationen über die Beschaffung, den Gesundheitsschutz, den Wohnungsfonds, die Wirtschaft und die Umwelt zu sammeln und zu verbreiten. Manchem mag diese Geheimniskrämerei sonderbar vorkommen, wer aber mit dem Mechanismus der USA-"Demokratie" Bescheid weiß, wundert sich nicht. Der Kongreßabgeordnete Henry Waxman beispielsweise bemerkt sarkastisch, je weniger die Regierung von den Problemen wisse, desto weniger brauche sie sich damit zu beschäftigen.

NZ-Korrespondent

IM SINNE ALLER

Alexander LEBEDEW

Als Lenin am 8. November 1917 auf dem II. Gesamt russischen Kongreß der Sowjets das Dekret über den Frieden verkündete, machte der amerikanische Publizist John Reed eine bemerkenswerte Eintragung über den Mann, der dieses historische Dokument verfaßt hatte:

"Ein äußerst populärer Führer — ein rein intellektueller Führer; farblos, humorlos, kompromißlos und klar, ohne pittoreske Idiosynkrasien — aber mit dem Vermögen, profunde Ideen in simplen Worten auszudrücken und konkrete Situation zu analysieren. Kombiniert mit Scharfsinn, mit der größten intellektuellen Kühnheit."

In seinem ersten Gesetzesakt rief der eben erst ins Leben gerufene sozialistische Staat die Völker auf, ihre Beziehungen auf gerechter, gleichberechtigter Grundlage aufzubauen. Eine so wahrhaft revolutionäre Außenpolitik, die sich grundsätzlich von allem unterschied, was die internationalen Beziehungen vorheriger Epochen gekennzeichnet hatte, konnte nur eine Partei prinzipiell neuen Typus hervorbringen. Die Grundprinzipien dieser Politik arbeitete Lenin bereits Anfang des Jahrhunderts aus, zu einer Zeit, als der Kampf um die Schaffung einer bolschewistischen Partei im Gange war. "Die Geschichte hat uns jetzt die nächste Aufgabe gestellt, welche die revolutionärste von allen nächsten Aufgaben des Proletariats irgendeines anderen Landes ist. Die Verwirklichung dieser Aufgabe, die Zerstörung des mächtigsten Bollwerks nicht nur der europäischen, sondern (wir können jetzt sagen) auch der asiatischen Reaktion, würde das russische Proletariat zur Avantgarde des internationalen revolutionären Proletariats machen." Diese Aufgabe konnte nur eine Partei wahrer Internationalisten auf sich nehmen, die entschieden Chauvinismus und Nationalismus als der proletarischen Weltanschauung zielstrebend abgelehnt hatte.

Erinnern wir an die Haltung der

Bolschewiki, die sie zur Frage Krieg und Frieden schon vor der Oktoberrevolution eingenommen hatten: "Beendigung der Kriege, Friede unter den Völkern, Aufhören von Raub und Gewalt — das ist fürwahr unser Ideal..." Heute sind diese Worte Lenins chrestomathisch, ausgesprochen aber wurden sie auf dem Höhepunkt des ersten Weltkriegs. "Die Entwaffnung ist ein Ideal des Sozialismus", betonte Lenin damals.

Mancher hat diese Erklärung vielleicht als utopisch angesehen. Doch ein Jahr später hatte die sozialistische Revolution in Rußland gesiegt, und damit war der erste wichtige Schritt zur Verwirklichung dieses Ideals getan.

Die Kommunisten behielten die aktuellste, die alle bewegende Frage der Gegenwart, die Frage des Friedens nicht nur stets im Blickfeld, sondern boten auch die einzige richtige Lösung dafür an: die friedliche Koexistenz für die gesamte Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Diese Haltung besaß und besitzt, so sehr sich unsere Gegner auch anstrengten, das Unbeweisbare zu beweisen, durchaus keinen "doppelten Boden". Lenin wies kategorisch die Ansichten jener Leute zurück, die daran glaubten, man könne die Revolutionen in anderen Ländern "anpeitschen"; nur Wahnsitzige oder Provokateure könnten glauben, eine Revolution könne "auf Bestellung" oder "nach Übereinkunft" entstehen. Er glaubte fest daran, im "Wettkampf zweier Methoden, zweier Formationen, zweier Wirtschaftssysteme — des kommunistischen und des kapitalistischen" werde sich der Sozialismus als stärker erweisen. Nur werde er seine Überlegenheit nicht durch militärische Gewalt, sondern durch das Beispiel beweisen. "Das Beispiel der sozialistischen Sowjetrepublik in Rußland wird als lebendiges Vorbild vor den Völkern aller Länder stehen, und die propagandistische, revolutionierende Wirkung dieses Vorbildes wird gewaltig sein."

Welches sind nun die hervorstechendsten Merkmale dieses neuen

Typus internationaler Beziehungen, für den die Partei Lenins nach wie vor einen beharrlichen, konsequenten Kampf führt?

Vor allem müßte man wohl den hohen Humanismus in den Vordergrund stellen, denn die Partei hat von Anbeginn nicht nur nationale Interessen vertreten — sie entsprach den Hoffnungen des größten Teils der Menschheit, weil das Ziel ihrer Politik war und bleibt, mit dem "Faustrecht" in den internationalen Beziehungen, mit Diktat, Erpressung, Unterdrückung der Schwachen durch die Starken, mit Gewalt und Raub des Imperialismus Schluß zu machen.

Und die Hauptsache, sagen wir heute, ist es, die Vernichtung der Menschheit nicht zuzulassen. Bereits 1918 hatte Lenin, wie wir wissen, daran erinnert, daß der Krieg zwischen fortgeschrittenen Ländern nicht nur das größte Verbrechen wäre, "sondern daß er auch zur Untergräbung der Existenzbedingungen der menschlichen Gesellschaft führen kann." Und das, obwohl es damals weder Kernwaffen, noch Laserstrahlen, noch elektronische Mittel der Kriegsführung, noch Satelliten oder "Satellitenkiller" gegeben hat. Trotzdem sah Lenin voraus, daß die Leistungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Hand der imperialistischen Reaktion zu einer kolossalen Gefahr für die Menschheit werden können.

Die Völker vor dieser Gefahr zu bewahren, das ist es, worauf sich die Bemühungen der Sowjetunion seit bereits fast 70 Jahren richten.

Wer hat als erster das Programm für die allgemeine und vollständige Abrüstung aufgestellt? Sowjetrußland. Wer hat sich beharrlich für ein System der kollektiven Sicherheit, der europäischen und der internationalen, eingesetzt, die — wenn sie von allen Großmächten unterstützt würden — die entsetzlichen Schrecken des zweiten Weltkriegs hätte verhindern können?

Wer hat in den 40 Nachkriegsjahren unermüdlich eine Friedensinitiative nach der anderen aufgestellt, die Wege zur Abwendung der Kriegsge-

fahr ebnen? Jeder Mensch mit Gewissen muß dieses Verdienst der sozialistischen Sowjetunion anerkennen.

Man sollte aus den historischen Erfahrungen Lehren ziehen. Was vor vier Jahrzehnten ungeheures Leid über Hunderte Millionen Menschen brachte, kann heute zu einer echten Tragödie für die ganze Erde werden. Deshalb können wir mit vollem Recht behaupten: Die von Lenin entwickelten Normen der internationalen Beziehungen sind im Zeitalter der Kernraketen und der Weltraumfahrt zum Imperativ geworden. Deshalb sehen wir die imperialistische Politik, die Stationierung US-amerikanischer Nuklearraketen in Westeuropa, die Pläne für "Sternenkriege" als Herausforderung aller Völker an. Die Aktivitäten der USA und der NATO führen schließlich zu einer Verstärkung der Gefahr eines globalen Konflikts.

Milliarden Menschen auf der Erde haben keineswegs den Wunsch, Opfer von "Sternenkriegen" zu werden. Unser Land tut alles nur Mögliche, um diese Gefahr abzuwenden. So ist die Leninsche Außenpolitik für die gesamte Menschheit wertvoll, weil sie der Erhaltung der irdischen Zivilisation dient.

"Die Demokratie kommt am stärksten in der Grundfrage Krieg und Frieden zum Ausdruck", schrieb Lenin. Das ist eine demokratische Politik, denn an ihrer Ausarbeitung beteiligen sich Millionen sowjetische Bürger in unterschiedlichster Form — über die wählbaren Organe, über Massenorganisationen —, indem sie ihren Willen auch in den verschiedensten Antikriegsaktionen zum Ausdruck bringen. Auch die Durchsetzung dieser Politik auf dem Weltmarkt erfolgt mit zutiefst demokratischen Methoden. Hier sollte man erneut an das Dekret über den Frieden erinnern, das schließlich an die Regierungen und an die Völker gerichtet war. Die sowjetische Diplomatie war von Anbeginn öffentlich, im wahren, nicht aber im deklarativen Sinne dieses Wortes.

Sie frägt zur aktiven Einbeziehung von Hunderten Millionen Menschen in die außenpolitische Tätigkeit bei. Wir müssen "den Völkern helfen, in die Fragen des Krieges und des Friedens einzugreifen", sagte Lenin. Und wir haben ihnen geholfen. Mit der gleichen Kraft des Beispiels, damit, daß die außenpolitischen Initiativen der Sowjetunion den Wünschen breiter Volksmassen entsprechen. Auf allen Kontinenten

setzen sich die Menschen immer entschlossener dafür ein, die internationalen Beziehungen auf demokratischer, gleichberechtigter und ehrlicher Basis aufzubauen. Unser Land hat die Antiraketendemonstrationen der Öffentlichkeit unterstützt. Es hat den kühnen Schritt zur einseitigen Verpflichtung getan, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen.

Inwieweit ist es der Partei nun gelungen, die neuen Prinzipien der internationalen Beziehungen in der Weltpolitik durchzusetzen?

Ihr deutlichster Ausdruck ist zweifellos die sozialistische Gemeinschaft als ein freiwilliger Bruderbund von Völkern mit gemeinsamer Gesellschaftsordnung und Ideologie, mit übereinstimmenden politischen und wirtschaftlichen Interessen. Im Grunde handelt es sich um das Vorbild jener zukünftigen weltweiten internationalen Beziehungen, von denen Lenin sprach. Der Warschauer Vertrag, der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe stellen eine anschauliche, praktische Umsetzung der Prinzipien der völligen Gleichberechtigung dar. Alle Entscheidungen werden koordiniert gefaßt, jeder Teilnehmer besitzt die gleichen Möglichkeiten, auf die gemeinsame Linie einzuwirken. Hier entsteht keine Situation, wie sie nicht selten in der NATO eintritt, wo die Verbündeten der USA manchmal erst aus der Zeitung von Entscheidungen erfahren, die Washington bereits in ihrem Namen gefällt hat.

Die Beziehungen der Sowjetunion und der anderen Bruderstaaten zu den meisten Entwicklungsländern können als Vorbild der Gleichberechtigung und der Solidarität dienen.

Der neue Typus der internationalen Beziehungen setzt sich unaufhörlich in der Weltpolitik durch. Das gilt im wesentlichen auch für unsere Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten. Letzten Endes sind die imperialistischen Mächte, wenn auch ungern, gezwungen, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zur Grundlage ihrer Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern zu machen. Das ist in den sowjetisch-amerikanischen Abkommen der 70er Jahre und in der Schlüsselekte von Helsinki festgeschrieben.

Faktisch sind die Normen der Beziehungen zwischen den Staaten der beiden bestehenden Systeme, die Lenin und seine Partei vor fast 70

Jahren aufgestellt haben, in den wichtigsten internationalen Dokumenten verankert. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die friedliche Koexistenz kein permanenter Zustand ist. Sie ist ein Prozeß, der Zeiten des Rückgangs und des Aufschwungs, des kalten Krieges und des unsicheren Friedens sowie Zeiten der Entspannung kennt, die ein bestimmtes Maß an Vertrauen, Stabilität und umfassender gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit in unterschiedlichen Bereichen voraussetzt.

Die Begriffe Sozialismus und Frieden sind heute unteilbar. Die Partei Lenins ist stolz darauf, daß gerade die Kommunisten die bewußtesten und konsequentesten Kämpfer gegen die nukleare Bedrohung, für die Abrüstung sind. Wir wissen, daß wir bei diesen Bemühungen auf das Verständnis sehr einflußreicher Kreise in der kapitalistischen Welt rechnen können, obwohl unsere Ansichten zu den meisten anderen Problemen diametral entgegengesetzt sein können.

Die sowjetische Außenpolitik ist faßbar und findet die Unterstützung von Millionen Menschen, unabhängig von deren Weltanschauung und deren Klassenzugehörigkeit, weil es sich um eine Politik des Friedens handelt, von der Lenin sagte: "Das ist nicht die Politik der Bolschewiki, überhaupt keine 'Partei'-Politik, sondern die Politik der Arbeiter, Soldaten und Bauern, d.h. der Mehrheit des Volkes."

Daher sind die Anstrengungen der bürgerlichen Propaganda völlig absurd, der Sowjetunion eine "Ideologisierung" der zwischenstaatlichen Beziehungen zuschreiben zu wollen. Nicht wir ideologisieren sie. Es ist die Reagan-Administration, die, wie der bekannte amerikanische Historiker Arthur Schlesinger äußerte, "die Welt nicht nur durch das Prisma der Geschichte, sondern durch das der Ideologie sieht".

Die sowjetische Außenpolitik beruht auf einem festen wissenschaftlichen Fundament und ist daher konsequent, logisch, frei von konjunkturbedingten Schwankungen, realistisch. Der Sowjetstaat, sagte Lenin, "Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik wünscht mit allen Völkern im Frieden zu leben und ihre ganze Kraft auf den inneren Aufbau zu richten." Nichts an dieser Haltung hat sich geändert und kann sich ändern.

SAG MIR, WIE DU DEN SIEG BEGEHST, UND ICH SAG DIR, WER DU BIST

So ließe sich heute diese alte Weisheit formulieren. Dieses historische Datum hat eine scharfe ideologische Konfrontation herbeigeführt, die überaus deutlich gezeigt hat, wer Lehren aus der Geschichte des zweiten Weltkrieges ziehen und wer den gemeinsamen Kampf gegen Nazismus und imperialistische Aggression aus dem Gedächtnis der Völker auslöschen will.

Unsere Korrespondenten in den USA, in Großbritannien, Frankreich und der BRD berichten im weiteren über die Einstellung der Öffentlichkeit und der herrschenden Kreise dieser Länder zum 40. Jahrestag des Sieges.

... Am Potomac

Ein vergilbtes Foto. Zwei Männer in US-Uniform stehen vor einer Hausmauer. Daneben sowjetische Offiziere. Müde sind sie, doch sie lächeln. Auf der Rückseite Worte in Russisch: "Die Teilnehmer des Treffens an der Elbe am 7. Mai 1945 und in Stalingrad am 4. Mai 1956 für Bernard Coaten". Unterschrift: Michalizyn Pjotr. Er ist einer der sowjetischen Offiziere auf dem Bild, das vor 40 Jahren gemacht und einem amerikanischen Veteranen 1956, bei dessen Reise in die Sowjetunion, überreicht wurde.

"Ich bin schon weit über 60", berichtet Bernard Coaten. "An vieles kann ich mich nicht mehr erinnern. Doch der Tag des Treffens an der Elbe ist mir unvergänglich!"

Coaten, Funker der 102. US-Division, nahm als erster den Kontakt zu den sowjetischen Soldaten, die sich der Elbe näherten, im Raum Magdeburg auf.

"Welche aufrichtige, große Freude war das", fährt mein Gesprächspartner fort. "Wir feierten das Treffen unserer Truppen anfangs am östlichen, dann an unserem Ufer..."

Das Treffen an der Elbe wurde zum Symbol der Einheit im Kampf gegen den Hitlerfaschismus. Nicht von ungefähr wird auch in diesem Jahr in Torgau (DDR) eine feierliche Begegnung von Veteranen der amerikanischen und der sowjetischen Armee stattfinden. Die amerikanische Delegation wird vom Vertreter der Organisation "Veteranen für den Frieden", LeRoy Wolins, geleitet. Er sagte:

"Das Hauptziel der Reise, die in Washington beginnt und nach der Begegnung in Torgau nach Leningrad, Kiew und Moskau geht, ist es nicht nur, ein historisches Datum zu begehen. Wir wollen die Menschen an die Zeit erinnern, als wir Verbündete waren. Das aber heißt, daß wir zusammenarbeiten können und danach streben müssen!"

Die UNO-Vollversammlung empfahl, den 8. und 9. Mai 1985 als Tage der Feier des 40. Jahrestages des Sieges über Nazismus und Faschismus im zweiten Weltkrieg zu begehen. Vor der Begegnung mit den Veteranen erkundigte ich mich im State Department, im Weißen Haus und im Pentagon: Wie gedenkt die Administration die Beschlüsse der im Ergebnis der Befreiung der Welt von der braunen Pest gegründeten internationalen Organisation zu erfüllen? Die Antwort war kurz und kategorisch:

In keiner Weise.

Ich berichte das meinem Gesprächspartner.

"Kein Wunder", sagt Wolins. "Es gibt noch ganz anderes."

So richtete eine Gruppe von Veteranen des zweiten Weltkrieges aus Michigan eine Botschaft an die Staatschefs der UdSSR und der USA. Der sowjetische Staatschef antwortete auf diese Botschaft. Das Weiße Haus hingegen schwieg... In der öffentlichen Bibliothek von New York suchte ich nach Beiträgen in der hiesigen Presse über den bevorstehenden Jahrestag. Vergebliche Liebesmüh! Dafür aber mußte einem auffallen, daß immer wieder betont wurde, die Landung der Alliierten in der Normandie sei ja bereits im Vorjahr gefeiert worden und damit genug."

Das offenkundige Bemühen, die Bedeutung des großen Sieges zu schmälern, erklärt sich dadurch, daß man den entscheidenden Beitrag der Sowjetarmee zur Zerschlagung des Hitlerfaschismus und zur Befreiung der unterjochten Völker nicht anerkennen will. Den Jahrestag des Sieges sieht Washington offenbar durch die Brille seiner heutigen antisowjetischen Politik — der Politik der Festigung der aggressiven Blöcke. Wie wäre sonst die Weigerung von Präsident Reagan zu erklären, bei seinem bevorstehenden Westeuropa-Besuch im Mai das faschistische KZ Dachau zu besuchen und

das Andenken an die Opfer des Nazi-Terrors zu ehren? Zugleich — auf Bitte von Kanzler Kohl! — schickt sich Reagan an, Kränze auf einem Soldatenfriedhof der Wehrmacht in Bitburg niederzulegen, was Empörung selbst in der amerikanischen Presse hervorrief.

In New York hatte ich wiederholt mit Vertretern der Administration zu tun, die nicht einmal den Monat, geschweige denn den Tag des Sieges über Hitlerdeutschland kennen. Das Nachrichtenmagazin "U. S. News & World Report" berichtete kürzlich, der Unterstaatssekretär im Pentagon, Richard Perle, habe seinem Sprößling die Namen aller Länder auf der Karte Europas, außer der Sowjetunion, beigebracht. Und die jungen Amerikaner, die nie gehört haben, daß im zweiten Weltkrieg fast 50 Millionen Menschen, darunter 20 Millionen Sowjetbürger, umgekommen sind?!

Durch die Mauer des Schweigens dringen mühsam Stimmen von Vertretern der Öffentlichkeit, die verlangen, die Lehren aus Geschichte zu ziehen. Kurz nacheinander hielt ich zwei Dokumente in den Händen. Das erste Dokument ist die Proklamation zur Bedeutung der Schlacht von Stalingrad mit dem Aufruf, den 2. Februar zum "Tag Stalingrads" zu erklären. Das zweite ist eine Erklärung des Bürgermeisters von Chicago, Harold Washington. Anlässlich des 40. Jahrestages der Begegnung der Alliierten an der Elbe erklärte er den 25. April 1985 zum Tag des Weltfriedens in Chicago. Die Wahrheit bricht sich Bahn. Mühsam, doch trotz allem.

A. ARCHIPOW

... An der Seine

Das Schaufenster dieses großen Pariser Geschäfts präsentierte den Kindern Verlockendes: Autos, Plüschtiere, Puppen und Baukästen. Besonders herausgestellt waren kleine durchsichtige Schachteln mit Panzern und Schützenpanzerwagen der US-Armee. Auf den Schachteln stand: "1944–1984. Zur Erinnerung an den 40. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie".

"Sagen Sie bitte, haben Sie nicht eine Serie zum 40. Jahrestag des Sieges?" fragt ich den Verkäufer.

"Welchen Sieges?"

"Über Hitlerdeutschland."

"Nein, Monsieur, eine solche Serie haben wir nicht. Doch falls es Sie interessiert — wir haben eine große Auswahl an Modellen von Kriegstechnik aus der Zeit der Landung in der Normandie. Wollen Sie einen Blick darauf werfen?"

Natürlich sind nicht die Bosse der Spielzeugindustrie daran schuld, daß sich

"NEUE ZEIT" 17.85

weitaus nicht alle Erwachsenen und Kinder Frankreichs die jüngste Geschichte des eigenen Landes und ganz Europas kennen. Solche "Wissenslücken" kommen nicht von ungefähr.

"Wie sollen wir den Tag des Sieges in diesem Jahr begehen?" fragt "Le Monde". Mit wem sollen wir den 40. Jahrestag feiern — mit der Sowjetunion, mit der zusammen Franzosen, Briten, Amerikaner und die anderen Völker Seite an Seite gegen den Faschismus gekämpft haben? Und stoßen wir hierbei unseren heutigen Verbündeten, die Bundesrepublik, zu der Frankreich enge Beziehungen unterhält, nicht vor den Kopf? Welcher Platz soll bei den Feierlichkeiten der DDR zugewiesen werden? Und wie kann der Tag des Sieges mit dem "Weltwirtschaftsgipfel" der führenden kapitalistischen Staaten Anfang Mai in der BRD in Einklang gebracht werden?

Viele unbedeckte Fragen stellen sich, und um sie ehrlich beantworten zu können, müßte man sich von vielen Schablonen der westlichen Propaganda trennen. Einige bürgerliche Publikationen entschieden sich für den einfachsten Weg, indem sie eine Kampagne zur Vorbereitung des 40. Jahrestages des Sieges im antisowjetischen, antikommunistischen Geist entfesselten. So will man die Franzosen dazu bringen, den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, zu vergessen. Bei dieser Gelegenheit sollen den Franzosen weitere Lügenmärchen über die Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges getragen hat, eingetrickst und die FKP, die eine herausragende Rolle in der Resistance gespielt hat, verleumdet werden.

Laurent Wetzel, Stadtrat von Sartrouville (Vertreter der kleinen Partei Zentrum der Sozialen Demokraten), war in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Bis er

beschloß, "der Sowjetisierung der Stadtlandschaft von Sartrouville ein Ende zu bereiten" (!!). Hinter dieser geschwollenen Phrase suchte M. Wetzel sein Mißfallen über den Beschuß zu verbergen, eine Straße in Sartrouville nach dem Kommunisten Marcel Paul, einer legendären Persönlichkeit der Resistance und Häftling von Buchenwald, zu benennen. Ein wahrer Rummel begann, um mit demagogischen Forderungen nach "Wiederherstellung der historischen Wahrheit" den Namen von Marcel Paul, alle Kommunisten zu verunglimpfen. Antifaschisten verklagten den Verleumder. Das Unglaubliche geschah: Das Gericht billigte ihm bei seinen Verleumdungen "Meinungsfreiheit" zu. Das Urteil löste Empörung in der Öffentlichkeit, bei den Veteranen der Resistance und den ehemaligen KZ-Häftlingen aus.

Nicht wenige Rechtsblätter entfesselten eine Kampagne gegen die UdSSR, unterstellten den sowjetischen Soldaten "Brutalität" und "Verfolgung von Deutschen". Die antisowjetische Kampagne gewinnt an Intensität. Die Zeitung "La Croix" und der Rundfunksender "Europe 1" verteidigen ehemalige Kriegsgefangene, die aus den östlichen Landesteilen Elsaß und Lothringen stammten. Die Hitlerfaschisten hatten sie als Deutsche betrachtet, zur Wehrmacht einberufen und an die Ostfront geschickt. Hierbei wird absichtlich verschwiegen, daß sie nicht nur gegen die Sowjetarmee gekämpft, sondern auch in Frankreich selbst Untaten verübt haben. "Wir können dem nicht zustimmen, daß Henker zu Helden gemacht, daß die Mörder und ihre Opfer gleichgesetzt werden", schrieb "L'Humanité".

Trotz des Drucks reaktionärer Kreise, die die Bedeutung des 40. Jahrestages der Zerschlagung des Faschismus schmälern

möchten, bereitet sich die französische Regierung offiziell darauf vor, das Jubiläum zu begehen. Diese Frage wurde kürzlich auf einer Tagung des Ministerrats behandelt. Wie der Staatssekretär für Angelegenheiten der Veteranen und Kriegsopfer beim Verteidigungsministerium, Lourain, erklärte, wird am 21. April in Monteaup (Département Meurthe-et-Moselle) eine Gedenkfeier für ehemalige Kriegsgefangene stattfinden. Am 28. April soll der nationale Tag der Deportierten begangen werden. Besonders wird man jener gedenken, die 1945 die Freiheit erlangten.

Die große Bedeutung des bevorstehenden Jahrestages wurde auch von Außenminister, Roland Dumas, betont. Er erklärte in Moskau bei einem für ihn gegebenen Essen: "Der entsetzliche Krieg, der Europa von 1939 bis 1945 verheerte, muß uns eine Lehre sein. Das Nachdenken über die Vergangenheit, die sich nicht wiederholen darf, läßt uns an diesem Jahrestag unseren Blick einer friedlichen Zukunft, einer Zukunft der Versöhnung und der Freundschaft zwischen allen Völkern, zuwenden."

N. JERMAKOW

... An der Themse

Unsere Leser wissen, daß der anfängliche Beschuß der britischen Regierung, den Jahrestag des Sieges nicht zu begehen, solche Empörung — darunter im Parlament, dem nicht wenige Kriegsveteranen angehören — auslöste, daß die Tories ihn schnellstens aufheben mußten. Am 8. Mai ist in der Westminsterabtei ein feierlicher Gedenkgottesdienst geplant. Andere Veranstaltungen wurden noch nicht angekündigt. Wie die in Großbritan-



"NEUE ZEIT" 17.85



Auf dem Pariser Friedhof Pere-Lachaise ehren Veteranen der Resistance das Andenken an die Opfer der faschistischen KZ Buchenwald-Dora und Mauthausen



nien erscheinende Zeitung "The American" meint, steht das in scharfem Widerspruch zu den rechtzeitigen Vorbereitungen auf den Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie.

Wenn sich Whitehall bislang "außerstande" sieht, zu entscheiden, auf welcher Ebene der 40. Jahrestag des Sieges begangen werden soll, stellt sich einer breiten Öffentlichkeit diese Frage nicht. Wie der stellvertretende Bürgermeister von Coventry, Philip Robinson, kürzlich erklärte, beabsichtigen seine Mitbürger, den Jahrestag des Ereignisses, das von herausragender Bedeutung für das Schicksal der gesamten Menschheit ist, würdig zu begehen.

"Ohne die Sowjetunion, die den entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus geleistet hat, wäre diese Feier unmöglich!", betonte er.

Und das ist die Meinung des sozialdemokratischen Unterhausabgeordneten, John Cartwright, die von vielen seiner Parteifreunde geteilt wird:

"Ich will nicht den Krieg feiern, sondern den Sieg über den Nazismus und die Erringung des Friedens. Bei der Feier des 40. Jahrestages des Sieges in Großbritannien muß die Sowjetunion vertreten sein, und nicht nur deshalb, weil sie unser Verbündeter war, sondern auch da eine solche Geste einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen leisten würde..."

In diesen Tagen erhält die Botschaft der UdSSR in Kensington Gardens Briefe mit der Bitte um Referenten für die Anfang Mai geplanten Festveranstaltungen der verschiedensten Organisationen — von der Gesellschaft für britisch-sowjetische Freundschaft bis hin zu örtlichen Klubs junger Konservativer. Vom 7. bis zum 10. Mai wird an der Universität Edinburgh die größte Jubiläumsveranstaltung auf den Britischen Inseln stattfinden — eine Woche des Sieges, während der Ausstellungen und Vorträge über die Rolle der Sowjetarmee bei der Zerschlagung des Hitlerfaschismus geplant sind. Etwa zur gleichen Zeit läuft im Londoner Kulturzentrum Southbank ein Festival sowjetischer Filme über den Großen Vaterländischen Krieg. Der Direktor des Zentralen Kriegsmuseums, Alan Borg, berichtete mir begeistert davon, daß an den Jubiläumstagen — erstmals in der Geschichte des Museums! — eine spezielle sowjetische Ausstellung eröffnet wird.

... Ich sitze in der bescheidenen, doch sehr gemütlichen kleinen Wohnung meiner langjährigen Freunde — des ehemaligen Bergmanns aus Wales und jetzigen Rentners, Glyn Jones, und seiner Frau, Ray. Der Hausherr erinnert sich an die Kriegsjahre, als er unter Aufbietung aller Kräfte Kohle förderte.

"In jenen Tagen", berichtete er, "verstanden wir sehr wohl, daß die Sowjetunion die Hauptlast des Krieges trägt. Ohne die heldenhafte Anstrengungen der Roten Armee hätten wir nur sehr, sehr schwer den Faschismus aufhalten können. In jeder Siedlung wurden Solidaritätskomitees gebildet, in denen übrigens nicht nur Arbeiter, sondern auch viele Unternehmer aktiv mitwirkten. Dieses Bewußtsein einer Kampfgemeinschaft war für uns von überaus großer Bedeutung. Standen ja vor dem Krieg viele meiner Landsleute der Sowjetunion sehr skeptisch gegenüber, hatten keinerlei Verständnis für die sowjetischen Menschen."

Glyn Jones ist fest davon überzeugt, daß die meisten Engländer seiner Generation bis heute Sympathie für die UdSSR empfinden:

"Die einen britischen Regierungen sind Ihnen Land gegenüber freundschaftlicher, die anderen weniger freundschaftlich gesinnt", sagt er. "Was hilft's — so ist eben die Politik! Doch ich meine, daß das, was durch die schweren Kriegsjahre fest gefügt wurde, nur schwer zu zerstören ist!"

M. BOGDANOW

... Und am Rhein

... Am 7. März 1945 nahmen US-Truppen ohne größere Mühe die Rhein-Brücke bei Remagen, einer Kleinstadt etwa 20 km südlich von Bonn. 40 Jahre später trafen die Teilnehmer der Kämpfe in Remagen zusammen, um, wie sich der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Peter-Kurt Würzbach, ausdrückte, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Diese Lehren formulierte er selbst so: Erstens sei in Remagen ein Schrift zur Befreiung, aber auch zur Kapitulation getan worden. Zweitens sei die Befreiung nur aus dem Westen gekommen. Und drittens müsse die NATO wachsam bleiben, um "Frieden und Freiheit" zu verteidigen. Dieselbe Meinung äußerte auch ein Vertreter der US-Botschaft ...

Ja, eine derartige "Geschichtsinterpretation" ist in der BRD üblich. Der 8. Mai 1945 steht als historisches Datum für eine der größten, wenn nicht überhaupt die größte Katastrophe der deutschen und europäischen Geschichte" — diese Worte gehören nicht irgendeinem Funktionär eines Revanchistenverbandes, sondern dem Vorsitzenden der größten Bundestagsfraktion, der CDU/CSU, dem zweiten Mann nach dem Kanzler bei den Christdemokraten, Alfred Dregger. Ein anderer CDU-Politiker, Generalsekretär Geißler, erklärte, er sehe keinen Anlaß, den "Sieg des kommunistischen Sozialismus über den Faschismus zu feiern".



Auf Initiative der internationalen Bewegung "Ärzte der Welt für die Abwendung eines Nuklearkrieges" wurde in Stukenbrock (BRD) eine Gedenkplatte mit den Worten "Nie wieder!" niedergelegt

Besser wäre es gewesen, fügte er hinzu, "wenn beide damals aus der Weltgeschichte verschwunden wären".

"Die bedingungslose Kapitulation des faschistischen Staates und der Wehrmacht", sagte mir der Generalsekretär der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes — Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), Kurt Erlebach, "wird seit langem und heute mehr denn je in der Bundesrepublik unterschiedlich bewertet: Für die einen ist dies der Tag der Niederlage, des Zusammenbruchs ..., für die anderen ist der 8. Mai der Tag der Befreiung.

Eben darauf haben wir die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in einem Sonderappell vom Herbst v. J. gelenkt. In der neuesten deutschen Geschichte gibt es ja wirklich nicht viele Daten zum Feiern. Doch wir haben allen Anlaß, den 8. Mai zu begehen: Gab ja die Befreiung vom Faschismus unserem Volk die Chance, das Leben nach neuen, demokratischen Prinzipien aufzubauen."

"Die wichtigste Lehre der Geschichte", fuhr Kurt Erlebach fort, "ist für uns: Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Die Alliierten der Antihitlerkoalition einigten sich in Jalta darauf, daß Deutschland nie mehr den Weltfrieden stören darf. Unterdes wächst durch die Stationierung der nuklearen US-Erstschlagsraketen die Gefahr, daß gerade vom Territorium der BRD aus ein neuer Krieg beginnen kann. Und eine

weitere Lehre der Geschichte: Nie wieder dürfen Faschismus und Militarismus ihr Haupt erheben. Bei uns aber führen ehemalige SS-Angehörige offen ihre provokatorischen Treffen durch — vom 2. bis zum 5. Mai werden sich "Veteranen" der 3. SS-Panzerdivision "Adolf Hitler" und am 11. und 12. Mai die des Panzerkorps treffen."

"Die VVN-BdA", fuhr Erlebach fort, "hat eine Gedenkmedaille herausgebracht, mit der sie Teilnehmer des Widerstandes ehrt. Allen, die diese Medaille noch nicht erhalten haben, wird sie zum 40. Jahrestag der Befreiung überreicht werden. Überdies bemühen wir uns darum, daß das Andenken an ermordete Widerstandskämpfer in Namen von Plätzen und Straßen verewigzt wird. Eine Hamburger Initiative von Antifaschisten wurde vom Senat unterstützt. 16 Straßen der Stadt werden Namen von Widerstandskämpfern erhalten, ein Platz aber ist nach Ernst Thälmann benannt."

Einige Tage nach meiner Begegnung mit Erlebach hielten die Teilnehmer der Initiative "40 Jahre Befreiung und Frieden" in Bonn eine Pressekonferenz ab.

Auf der Pressekonferenz war viel von der zwiespältigen Haltung Bonns zu diesem Datum die Rede. Anfangs wollte es die Regierung dabei bewenden lassen, den 8. Mai mit einem Gottesdienst im Kölner Dom zu begehen. "In Ehrfurcht vor den Opfern, allen Opfern dieses Krieges, wollen wir den 8. Mai im stillen Gedenken begehen und für den Frieden von heute und morgen beten", erklärte Regierungssprecher Peter Boenisch. Dann wurde eine Sitzung des Bundestages angekündigt, auf der der Bundespräsident sprechen soll. Dieser Beschuß wurde eindeutig unter dem Druck der Öffentlichkeit gefaßt, die darüber empört ist, daß Bonn versucht, das historische Datum herunterzuspielen.

Als Tag des Friedens und der Besinnung auf die Lehren der Geschichte wollen die SPD und die Gewerkschaften den 8. Mai begehen. Der SPD-Parteivorstand nahm einen Aufruf an, in dem er sich für die Politik der Entspannung, der friedlichen Koexistenz und für die Einhaltung der von der BRD geschlossenen Verträge aussprach. Die Sozialdemokraten werden ihre Hauptkundgebung in Nürnberg durchführen, wohin sie Vertreter der ausländischen Städte, die im Krieg am stärksten zerstört wurden, einladen. Auch eine Delegation aus Minsk wird erwartet. Wie der DGB-Vorsitzende Ernst Breit erklärte, werden die Gewerkschaften den 8. Mai als Tag der Befreiung begehen.

Die DKP erklärte: "Eingedek der Hauptlehre des 8. Mai 1945: Man muß sich wehren, wenn der Frieden in Gefahr ist."

A. TOLPEGIN

ITALIEN

VERHÖHNUNG DER JUSTIZ

Prof. David LEWIN

Die italienische Justiz hat sich in die provokatorische Kampagne gegen die Volksrepublik Bulgarien und ihre Bürger eingeschaltet, die gewisse Kreise im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Papst aufgezogen haben. Das Attentat wurde am 13. Mai 1981 vom türkischen Neofaschisten Agca verübt. Antonio Albano, stellvertretender Staatsanwalt des Berufungsgerichts von Rom, hat einen Prozeß gegen drei bulgarische Bürger — Antonow, Aiwasow und Wassilew — angestrengt.

Abgesehen davon, daß alle Beschuldigungen gegen die bulgarischen Bürger auf Agcas verleumderische Aussagen gestützt waren und jeder realen Grundlage entbehrt, ist die Aufnahme Aiwasows und Wassilews in die Anklageschrift ein grober Verstoß gegen das Völkerrecht, da sie zur Zeit des Attentats Mitarbeiter der bulgarischen Botschaft in Italien waren und diplomatische Immunität genossen (heute leben sie in der Heimat). Gemäß dem Völkerrecht, vor allem der auch von Italien unterzeichneten Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen von 1961 (Art. 39 Punkt 2), bleibt die jurisdiktionselle Immunität der Mitarbeiter einer diplomatischen Vertretung in bezug auf Handlungen, die sie während ihres Dienstes in der Vertretung vollzogen, auch für die ganze nachfolgende Zeit in Kraft. Das wird in völkerrechtlichen Publikationen eigens betont. So heißt es in B. Sens englischem "Handbuch eines Diplomaten: Völkerrecht und Praxis": "Die Handlungen eines Diplomaten, die er zur Zeit der Ausübung seiner Mission vollzieht, sind auch nach Ablauf der Mission von der Gerichtsbarkeit befreit."

In M. Giulianos italienischem Abriß des Völkerrechts wird ein Beschuß des politischen Departements der Schweiz zitiert, worin es heißt: "Im Völkerrecht gilt, daß sich die Immunitäten auf Handlungen erstrecken, die ein diplomatischer Agent bei der Ausübung seiner amtlichen Funktionen vollbrachte... Daraus folgt, daß ein diplomatischer Agent, der in Ausübung seiner Funktionen in der Schweiz ein Verbrechen begibt..., nicht verfolgt werden darf, wenn er nach Verlassen unseres Landes später nicht als

Diplomat zurückkehrt, da die jurisdiktionselle Immunität, die er im Moment des Begehens des Verbrechens genoß, auch nach Beendigung seiner Funktionen wirkt."

Antonio Albano beruft sich auf Art. 39 der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen, worin es heißt, daß die Immunität in dem Augenblick ihre Kraft verliert, da die Person, die sie genießt, das Aufenthaltsland verläßt. Aber weiter ist dort zu lesen: "In bezug auf Handlungen jedoch, die eine solche Person vollbringt, während sie im Dienst einer Vertretung steht, bleibt die Immunität in Kraft." Nach Albanos Meinung liegt in diesem Fall eine solche Situation nicht vor, weshalb Aiwasow und Wassilew das Recht auf jurisdiktionselle Immunität abzusprechen sei.

Nach der westlichen Presse zu urteilen, halten sich die italienischen Behörden an folgendes: Die Handlungen, deren Inhalt Aiwasow und Wassilew vorgeworfen wird, können nicht als nach Geist und Buchstaben von Art. 3 der genannten Konvention zur Ausübung ihrer diplomatischen Funktionen gehörend betrachtet werden.

Doch die italienischen Behörden selbst geben zu, daß die Aiwasow und Wassilew zur Last gelegten Handlungen politischen Charakter tragen und folglich bei der Ausübung ihrer Funktionen als Mitarbeiter einer diplomatischen Vertretung vollbracht wurden. Demnach macht die Berufung auf Art. 39 der Wiener Konvention Albanos Vorgehen nicht rechtmäßig.

Die Einbeziehung Aiwasows und Wassilews, die zur Zeit des Attentats Mitarbeiter der bulgarischen Botschaft waren, in den Prozeß in Sachen des Attentats auf Papst Johannes Paul II. ist ein grober Verstoß gegen das Völkerrecht und politisch gesehen eine grobe Provokation gegen Bulgarien, der Wunsch, auf Bulgarien und seine Politik einen Schaden zu werfen. Der Prozeß soll im Mai 1985 stattfinden. Wenn die italienische Justiz ihre Haltung, die scharfe Proteste der bulgarischen Regierung ausgelöst hat, nicht ändert, kann eine solche Haltung zur Diskriminierung der italienischen Rechtsprechung führen.

UNVERBRÜCHLICHES FUNDAMENT

In der Chronik der sowjetisch-polnischen Beziehungen nimmt der am 21. April 1945 unterzeichnete und 1965 erneuerte Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen unseren beiden Ländern einen besonderen Platz ein. Dieses Dokument entstand, als sich der gemeinsame Kampf gegen den Hitlerfaschismus, ein Kampf, in dem unsere Waffenbrüderschaft erstarkt war, seinem Ende näherte. Der Vertrag verankerte eine grundlegende Wende in unseren Beziehungen zueinander und fundierte fest das unverbrüchliche Bündnis zwischen der UdSSR und der VR Polen und die brüderliche Freundschaft unserer beiden Völker.

Die Bündnisbeziehungen der UdSSR und Volkspolens entstanden bekanntlich nicht von allein. Die Geschichte hat sie uns nicht in die Wiege gelegt: Fünf Jahrhunderte lang stand eine Entfremdung zwischen Rußland und Polen, manchmal gipfelte sie in offenen Konflikten. Erst mit dem Wachstum der Arbeiterklasse entstanden in beiden Ländern Voraussetzungen dafür, den von jeher gehegten Traum der Nachbarländer von Frieden und Freundschaft Wirklichkeit werden zu lassen.

Nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland und nach der Gewährung der Unabhängigkeit an Polen reifte in der polnischen Gesellschaft trotz der feindseligen Politik der Bourgeoisie gegenüber Sowjetrußland die Überzeugung heran, daß radikale soziale Wandlungen und eine außenpolitische Umorientierung des Landes not taten. Besonders die Linkskräfte vertraten solche Konzeptionen.

Die Tragödie vom September 1939, als Polen durch die Hitlerfaschisten okkupiert wurde, verursachte große Veränderungen in der Gesinnung verschiedener Schichten seiner Bevölkerung. Die gesamte verhängnisvolle Politik des Polen der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen wurde umgewertet, der fiktive Charakter der Bündnisverpflichtungen Englands und Frankreichs bis zu Ende begriffen. Nur die Kommunisten knüpften die Zukunft eines starken und unabhängigen Polen unmittelbar an radikale sozialpolitische Um-

gestaltungen und an das Bündnis und die Freundschaft mit der UdSSR. In ihrer Botschaft an das Volk vom 1. Mai 1943 forderte die Polnische Arbeiterpartei, die in der Illegalität wirkte, die Bildung einer Regierung der Freiheit und Demokratie, einer Regierung der Zusammenarbeit und des Bündnisses mit der UdSSR.

Als einer der ersten Staaten erkannte die UdSSR das am 21. Juli 1944 gegründete Polnische Komitee der Nationalen Befreiung an, das auf befreitem polnischen Boden als volksdemokratische Regierung fungierte. Auf der Jalta-Konferenz wies die sowjetische Diplomatie die Versuche der Westmächte zurück, die Positionen der Provisorischen Regierung Polens zu schmälern, und erwirkte ein Abkommen darüber, daß auf ihrer Basis eine Regierung der Nationalen Einheit zu bilden sei. All das festigte beträchtlich Polens internationale Positionen. Die UdSSR ließ sich in ihrer Politik vom proletarischen Internationalismus und von der Klassensolidarität mit den polnischen Werktagen leiten, sie wollte an Polen einen starken und zuverlässigen Bundesgenossen und Freund in der Nachkriegszeit haben.

Damals stellte die Republik Polen ihrer Diplomatie zwei Hauptaufgaben. Erstens galt es, die internationale Anerkennung des volksdemokratischen polnischen Staates durchzusetzen. Das war recht schwierig, bedenkt man, daß die Westmächte

dem neuen Regime gegenüber feindselig eingestellt waren und die Exilregierung in London aktiv unterstützten. Dennoch wurde die Frage der Anerkennung Volkspolens in den nächsten zwei Jahren gelöst. Die USA, Großbritannien, Frankreich und andere westliche Länder konnten sich nicht darüber hinwegsetzen, daß das polnische Volk vom ersten bis zum letzten Kriegstag mutig gegen die faschistischen Landräuber gekämpft, daß Polen im zweiten Weltkrieg 6 Millionen seiner Bürger verloren hatte.

Die zweite Aufgabe bestand darin, eine gerechte Lösung für Polens Staatsgrenzen zu finden und ihnen zuverlässige internationale Garantien und die Sicherheit zu erwirken. Wie die Zeitschrift des ZK der PVAP "Nowe drogi" vor kurzem betonte, konnte Polen dieses Schlüsselproblem nur lösen, wenn es einen starken und zuverlässigen Bündnispartner hatte. Die Frage nach Bündnispartnern gewann also lebenswichtige Bedeutung. "Das entstehende Polen", schreibt die Zeitschrift, "brauchte einen soliden Verbündeten, der seinerseits an der Wiederherstellung eines starken polnischen Staates mit Grenzen, die ihm paßten, interessiert gewesen wäre. Einen Verbündeten, der in der Lage und bei den Verhandlungen mit den führenden Mächten der Antihitlerkoalition bestrebt war, solche Grenzen durchzusetzen und später ihre Unantastbarkeit zu garantieren. Ein solcher Bündnispartner konnte nur die UdSSR sein."

Werkzeugmaschinen aus dem Betrieb "Falubaz" in Zielona Gora haben in vielen RGW-Ländern guten Ruf. TASS — Foto: In der Abteilung für Webstühle, von denen rund 60% in die UdSSR und die CSSR exportiert werden



Schon bei den Verhandlungen mit dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung im Juli 1944 hatte die Sowjetregierung erklärt, sie werde entschlossen Polens Forderung unterstützen, seine Westgrenze an der Oder und der Neiße zu ziehen. Die feste Position ihrer Delegation in Jalta und Potsdam trug zur gerechten Lösung auch anderer Fragen bei: nach der Rückführung der uralten polnischen Lande und nach dem Zugang Polens zur Ostsee.

Am 16. April 1945 schlug die Provisorische Regierung Polens der Sowjetregierung den Vertrag über ein Bündnis vor. Wie betont wurde, war dieser Beschuß von dem Streben diktiert, der Politik der Freundschaft mit der UdSSR und der Garantie für die lebenswichtigen Interessen und die feste Sicherheit Polens konkrete Form zu geben. Am 21. April 1945 fand in Moskau die Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Nachkriegszusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Republik Polen statt. Die hohe Effektivität der Bündnisbeziehungen war von Anfang an offensichtlich. Zuverlässig garantierte der Vertrag die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze. Die politische Unterstützung durch die UdSSR trug zur Festigung der internationalen Positionen Polens bei. Obwohl Polen wegen der Haltung Großbritanniens und der USA an der Konferenz von San Francisco, auf der die UNO gegründet wurde, nicht teilnehmen konnte, setzte es trotzdem schon am 16. Oktober 1945, als einer der Gründerstaaten der UNO, seine Unterschrift unter ihre Charta.

Günstig beeinflußte der sowjetisch-polnische Vertrag den gesamten Komplex der langjährigen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. In den folgenden Jahrzehnten wurde besonders die Vertiefung der planmäßigen Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit angestrebt.

Am 8. April 1965 wurde in Warschau unter Berücksichtigung der gesammelten Erfahrungen bei der gegenseitigen Zusammenarbeit ein neuer Vertrag, der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe, signiert. Ebenso wie der erste, hat er eine Laufzeit von 20 Jahren und wird jeweils um fünf Jahre verlängert, wenn keine der Seiten ihn kündigt.

Der neue Vertrag war ein machtvoller Impuls zu einer noch umfassenderen und fruchtbareren

Zusammenarbeit. Im wirtschaftlichen Bereich wird der Akzent darauf gelegt, die Integrationsprozesse zu vertiefen, die volkswirtschaftlichen Pläne zu koordinieren und die Spezialisierung und Kooperation der Produktion zu fördern. Von besonderer Bedeutung für die gegenwärtige Etappe ist die Realisierung des Langfristigen Programms der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der VR Polen im Zeitraum bis zum Jahr 2000.

Die seitdem vergangenen Jahrzehnte haben bestätigt, daß unsere Völker dank der Zusammenarbeit und brüderlichen Hilfe in der Lage sind, auch die kompliziertesten Aufgaben zu lösen und bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden — beispielsweise solche, wie Polen sie nach den Ereignissen von 1980/81 und als Folge der Sanktionen von Westländern durchmachen mußte.

Der Handel erzählt viel über die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen. Heute entfallen auf die UdSSR rund 33% des gesamten Außenhandelsumsatzes Polens. In diesen 40 Jahren stieg der Umfang des gegenseitigen Handels auf mehr als das 17fache und betrug 1984 ca. 11 Md. Rubel. Im laufenden Jahr soll er noch mehr zunehmen. Von besonderer Bedeutung für Po-

lens Volkswirtschaft sind die sowjetischen Lieferungen von Brenn- und Rohstoffen, Maschinen und Ausrüstungen. Den Importbedarf Polens an Naturgas z. B. deckt die UdSSR zu 100 und den an Erdöl zu 90%. Polen seinerseits exportiert Maschinen, Ausrüstungen, Schiffe, Steinkohle, Schwefel u. a. in die UdSSR. So hat es seit 1950 für die UdSSR 800 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 5,5 Mio t gebaut.

Das enge Zusammenwirken beim sozialistischen Aufbau und in den internationalen Angelegenheiten ist ein Ergebnis der großen, zielgerichteten Arbeit der KPdSU und der PVAP, die in ihrer Politik von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus, von der Gemeinsamkeit der Lebensinteressen und politischen Zielen ausgehen.

Die 40 Jahre nach dem Krieg haben die unvergängliche historische Bedeutung des sowjetisch-polnischen Vertrages bekräftigt. Er ist ein fester Bestandteil des politischen Verteidigungsbündnisses der sozialistischen Brüderländer: des Warschauer Vertrages. Den 40. Jahrestag des sowjetisch-polnischen Vertrages begehen unsere Völker in der festen Entschlossenheit, den Sozialismus und Frieden zu schützen und der Menschheit eine nukleare Katastrophe zu ersparen.

A. LEGTSCHAJEW

BIOGRAPHISCHES



ERSTER SEKRETÄR DES ZK DER PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS, VORSITZENDER DES PRÄSIDIUMS DER VOLKSVERSAMMLUNG DER SOZIALISTISCHEN VOLKSREPUBLIK ALBANIEN

RAMIZ ALIA

2. Division. Dann Kommissar seit September 1960 Sekretär der 5. Division.

tär des ZK der PAA, seit

1944–1949 Mitglied des Februar 1961 Mitglied des Sekretariats, dann General- Politbüros des ZK der PAA.

sekretär des Verbandes der Seit 1950 ist Alia Mitglied Antifaschistischen Jugend des Generalrats, seit Sep- Albaniens. 1949–1955 1. tember 1967 stellvertreten-

Sekretär des ZK des Ver- der Vorsitzender des Gene- bandes der Werktätigen ralrats der Demokratischen Jugend Albaniens. Seit Front Albaniens. Seit 1950

1948 Mitglied des ZK der Abgeordneter der PAA.

Volksversammlung, seit No-

1955–1958 war Alia Mi- vember 1982 Vorsitzender nister für Bildung und Kul- des Präsidiums der tur, 1958–1960 Leiter der Volksversammlung.

des nationalen Be- Abteilung Propaganda und Das 11. Plenum des ZK freiungskampfes Mitarbeiter Agitation beim ZK der PAA. der PAA(April 1985) wählte der Politabteilung der Seit 1956 Kandidat des Ramiz Alia zum Ersten Se- 7. Stoßbrigade und der Politbüros des ZK der PAA, kretär des ZK der PAA.

DER GEIST VON BANDUNG

Prof. Rais TUSMUCHAMEDOW

Bandung ist ein kleiner Kurort im Westen von Java. Und wohl kaum wäre er weltbekannt geworden, wenn dort nicht 1955, vom 18. bis zum 24. April, die Konferenz der Länder Asiens und Afrikas stattgefunden hätte. "Das ist die erste interkontinentale Konferenz farbiger Völker in der Menschheitsgeschichte", wie der damalige Präsident Indonesiens, Sukarno, bei der Eröffnung sagte. Die Konferenz war auf Initiative der Führer von fünf asiatischen Staaten einberufen worden, die kurz zuvor die Unabhängigkeit erlangt hatten — Burma, Ceylon (Sri Lanka), Indien, Indonesien und Pakistan.

Unter den 29 Teilnehmerländern der Konferenz (24 asiatische und 5 afrikanische Staaten) waren auch die schon länger unabhängigen Staaten Afghanistan, China, Japan, Liberia und Türkei. Doch zahlenmäßig dominierten die Länder, die sich erst kurz zuvor von der Kolonialherrschaft befreit hatten.

Sie waren nach Bandung gekommen, um gemeinsam einen Kurs der Verteidigung gegen Imperialismus und Kolonialismus auszuarbeiten. Bandung war die politische und diplomatische Antwort der Mehrheit der afro-asiatischen Länder auf die aggressive Politik der imperialistischen Mächte, vor allem der USA, auf die Versuche, sie in militärische und politische Blöcke hineinzuziehen, die damals von Washington und London eifrig zusammengezimmert wurden. Erinnern wir uns, daß gerade in der ersten Hälfte der 50er Jahre solche aggressiven Gruppierungen entstanden wie die ANZUS, die SEATO und der Bagdadpakt (die spätere CENTO). Sie waren sowohl gegen die Welt des Sozialismus als auch gegen die nationale Befreiungsbewegung, gegen eine eigenständige Entwicklung der jungen Nationalstaaten gerichtet. Und obwohl einige asiatische Länder, die an der Konferenz teilnahmen, bereits in Blöcke gepreßt waren, weigerte sich die Bandungkonferenz insgesamt, die Blockpolitik zu billigen.

Die jungen unabhängigen Staaten, deren Vertreter zur Konferenz gekommen waren, betraten erstmals selbständig die Weltarena. Die Konferenz konsolidierte die Stellung der Nationalstaaten in der Weltpolitik. Und darin liegt ihre bleibende historische Bedeutung. Bandung zeigte, wie wichtig Einheit und Geschlos-

senheit zur Erreichung der gemeinsamen Ziele sind.

Diese Ziele bestehen, wie es im Schlußkommuniqué der Konferenz heißt, darin, die Zusammenarbeit für die ökonomische und kulturelle Entwicklung zu fördern, den Kolonialismus zu beseitigen, den Weltfrieden und die Sicherheit zu erhalten und zu fördern.

Die Repräsentanten der meisten Nationalstaaten waren sich dessen bewußt, daß die historischen Perspektiven ihrer Länder untrennbar mit der Entwicklung der internationalen Beziehungen im globalen Maßstab verbunden sind. Heute, bei einem Rückblick, spürt man besonders die Weisheit jener Teilnehmer der Konferenz, die deren Hauptbestimmung im Kampf für den Weltfrieden und die Sicherheit sahen. Der Präsident Ägyptens, Gamal Abdel Nasser, sagte in Bandung: "Das Beste, was die Staaten tun können, ist die Herstellung eines dauerhaften Weltfriedens." Hierbei unterstrich er, damit sei nicht nur das Fehlen von Kriegen gemeint, sondern solche Beziehungen zwischen den Staaten, die "aktive konsequente Bemühungen verlangen, um ein Klima der internationalen Stabilität, der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Gerechtigkeit zu schaffen". Nicht von ungefähr war jener Teil des Schlußkommunikates, der die Überschrift trägt "Deklaration über die Förderung des Weltfriedens und der Zusammenarbeit" — die "Deklaration von Bandung" — nach Überzeugung des indischen Premiers Jawaharlal Nehru der "wichtigste Beschuß der Konferenz". So wurde der "Geist von Bandung" geboren — ein Geist des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Völkern.

Worin kam die Bedeutung Bandungs für den Frieden nun konkret zum Ausdruck?

Erstens darin, daß auf dem Höhepunkt des vom Imperialismus entfesselten kalten Krieges die Konferenzteilnehmer die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung demonstrierten. Hatten ja an der Konferenz gleichberechtigt sowohl kapitalistische Staaten (Türkei, Japan) oder kapitalistisch orientierte Länder (Iran, Thailand) als auch sozialistische Staaten (VR China, DRV) bzw. Staaten, die fortschrittliche soziale

Umgestaltungen durchführten (Ägypten), teilgenommen. Darunter waren sowohl Teilnehmer proimperialistischer Militärblöcke (Pakistan, Thailand, Türkei, Philippinen) als auch prinzipielle Blockgegner (Burma, Indien, Indonesien). Sowohl Monarchien (Afghanistan, Libyen, Nepal, Saudi-Arabien) als auch bürgerliche Republiken und Volksdemokratien waren vertreten. Doch trotz aller Unterschiede vermochten die Konferenzteilnehmer, ihre Positionen abzustimmen und Übereinstimmung in den brennendsten internationalen Fragen zu erzielen. Diese Erfahrungen haben ihre Aktualität auch heute nicht verloren, da durch reaktionärer Kreise die Entspannung schwer gelitten hat und die friedliche Koexistenz ständig unter Beschuß genommen wird.

Zweitens befaßten sich die Teilnehmer von Bandung vor allem mit der Bewahrung des Friedens und der Festigung der internationalen Sicherheit. Sie konstatierten besorgt die "der gesamten Menschheit drohende Gefahr eines Weltkrieges, in dem alle Waffenarten, einschließlich der atomaren und der thermonuklearen, eingesetzt würden". Deshalb riefen sie alle Länder zur Abrüstung auf und dazu, "die Nuklearwaffen unter wirksamer internationaler Kontrolle zu vernichten". Das Kommuniqué von Bandung ist das erste internationale Dokument gegen einen Nuklearkrieg, das von den Staats- und Regierungschefs von Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung angenommen wurde. Bekanntlich hatte die Sowjetunion neun Jahre zuvor eine ähnliche Initiative in der UNO ergriffen. Heute, unter unvergleichlich komplizierteren internationalen Bedingungen, appelliert sie immer wieder an die USA und die anderen Atomkräfte, sich auf einen Verhaltenskodex für Nuklearmächte zu einigen, um den Einsatz von Kernwaffen auszuschließen. Die UdSSR hat bekanntlich auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichtet. Sie ruft die anderen Atomkräfte auf, diesem Beispiel zu folgen.

Drittens bekräftigten die Konferenzteilnehmer, die unter den Bedingungen des verstärkten nationalen Befreiungskampfes zusammenkamen, der damals in sein entscheidendes Stadium trat, eine wiederholt von W. I. Lenin geäußerte These: Die Befreiung der Völker vom Kolonialjoch ist ein Faktor der Festigung des Weltfriedens. Im Kommuniqué von Bandung heißt es: "Freiheit und Frieden sind voneinander abhängig. Alle Völker müssen das Recht auf Selbstbestimmung haben, und Freiheit und Unabhängigkeit müssen so schnell wie möglich allen noch abhängigen Völkern gewährt werden." Fünf Jahre später unterbreitete die UdSSR in der

UNO einen detaillierten Vorschlag, mit dem schändlichen System der kolonialen Unterdrückung Schluß zu machen. Das Ergebnis war bekanntlich die Annahme der historischen Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker durch die UNO im Dezember 1960.

Viertens besteht die welthistorische Bedeutung der Bandungkonferenz darin, daß, ausgehend von den 1954 auf Initiative Jawaharlal Nehrus formulierten "Pancha-Shila" ("Fünf Prinzipien") und gestützt auf Artikel der UNO-Charta, die 10 Prinzipien der friedlichen Koexistenz dort erarbeitet wurden. Später wurden sie dann die "Prinzipien von Bandung" genannt. Sie umfassen: die Achtung vor der Souveränität und territorialen Integrität aller Nationen, Verzicht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten, den Verzicht auf Androhung oder Gebrauch der Gewalt, die Regelung aller internationalen Streitfragen durch friedliche Mittel, die Achtung vor den Zielen und Grundsätzen der UNO-Charta, die Förderung der gegenseitigen Zusammenarbeit der Staaten, die Achtung vor den internationalen Verpflichtungen u. a. Das war die offizielle internationale Anerkennung der historischen Gesetzmäßigkeit der Leninschen Theorie der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Fünftens wurde das Treffen von Bandung zu einer Etappe in der Entwicklung der Nichtpaktgebundenenbewegung — eines allgemein anerkannten und heute einflußreichen Friedensfaktors. Das Bandungtreffen selbst war keine Konferenz der Nichtpaktgebundenen: Sie stellten nur die Hälfte der Teilnehmerstaaten. Darin kam die staatsmännische Weisheit des Vaters der Idee der Nichtpaktgebundenheit, Jawaharlal Nehru, und der anderen Veranstalter der Konferenz zum Ausdruck, die eine feste Antiblockposition bezogen hatten.

Die Sowjetunion begrüßte das in Bandung so deutlich bekundete Streben nach Frieden und Zusammenarbeit. Der XX. Parteitag der KPdSU(1956) betonte, daß die "Pancha-Shila"-Prinzipien, die von der Bandungkonferenz unterstützt wurden, eben "die unter den heutigen Bedingungen beste Form der gegenseitigen Beziehungen von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bestimmen... Wenn alle Staaten diese fünf Prinzipien unterstützen, würde das den Lebensinteressen und Forderungen der Völker entsprechen."

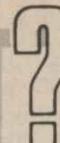
Bedauerlicherweise lehnten nicht nur die USA und ihre NATO-Verbündeten diesen Aufruf ab und ignorieren ihn weiterhin. Bei einem Rückblick auf die internationalen Beziehungen der vergan-

genen 30 Jahre ist zu konstatieren, daß einige Teilnehmer von Bandung, z. B. Japan und Pakistan, den gemeinsam erarbeiteten Forderungen und Prinzipien nicht treu sind. Die Geschichte hat unwiderlegbar die Begründetheit, die Lebenskraft und die Fruchtbarkeit der Prinzipien von Bandung bestätigt. Es sei nur an einige Tatsachen erinnert. Solche Blöcke wie die SEATO und die CENTO, die ihren asiatischen Teilnehmern keinerlei Vorteile brachten, brachen auseinander und gerieten in Vergessenheit. Oder ein anderes Beispiel. An der Bandungkonferenz nahm neben der DR Vietnam das Marionettenregime des Südens teil. Doch das vietnamesische Volk, das die imperialistische Aggression abwehrte, vereinte seine Heimat. Das vereinte sozialistische Vietnam verfolgt aktiv eine Politik der Konsolidierung des Friedens, der Stabilität und der guten Nachbarschaft in Südostasien, was den Beschlüssen von Bandung voll und ganz entspricht.

Werfen wir einen Blick nach Afrika, seinerzeit fast ganz eine koloniale Domäne des Imperialismus. Heute kämpfen 51 unabhängige afrikanische Staaten für die Beseitigung der Überreste des Kolonialismus auf dem Kontinent, für die Befreiung Namibias, gegen die Apartheid in der RSA. Die Geschichte kräftigte die Aktualität der Bandungkonferenz, die Lebenskraft ihrer Entscheidungen und Prinzipien.

Angesichts des jetzigen gefährlichen Standes der internationalen Beziehungen ist noch deutlicher als vor 30 Jahren, daß die Politik der Gewalt, das Setzen auf militärische Überlegenheit nur zur Verschärfung der Spannungen und der Feindseligkeit führt. Wie Staatsmänner vom Format eines Nehru prophezeiten, haben die Unmengen von Waffen niemands Sicherheit gefestigt, sondern nur die Gefahr für alle Länder, darunter die USA, noch akuter gemacht.

In den drei Jahrzehnten seit Bandung haben sich in Asien und Afrika enorme Wandlungen zugunsten der Kräfte des Friedens und des Fortschritts vollzogen. Die meisten Entwicklungsländer haben sich konsolidiert, trotz aller Schwierigkeiten und Probleme, mit denen sie konfrontiert wurden. Die Sowjetunion steht auch heute, wie auf dem März-Plenum des ZK der KPdSU betont wurde, fest auf Seiten der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die den Weg der Festigung der Unabhängigkeit und der sozialen Erneuerung gehen. "Sie sind für uns", betonte Michail Gorbatschow auf dem Plenum, "Freunde und Partner im Kampf für einen dauerhaften Frieden und für bessere, gerechte Beziehungen zwischen den Völkern."



Ich bin auf den Ausdruck "neue Industrieländer" gestoßen. Worum handelt es sich dabei?

A. BUTAWIN
Archangelsk, RSFSR

Zu den "neuen Industrieländern" zählen westliche Wirtschaftsexperten eine Gruppe von Staaten und Territorien der dritten Welt, die sich durch hohe Kennziffern in der verarbeitenden Industrie und im Export von Fertigerzeugnissen auszeichnen. In Brasilien z. B. entfallen 23% des Bruttoinlandsprodukts auf die verarbeitende Industrie, in Hongkong 98%, in Indien 16%, in Singapur 32%. Der Anteil der Fertigerzeugnisse am Export ist noch höher: bei Brasilien 33%, bei Indien 56%, bei Singapur 46%. Auf neun dieser Länder (zu ihnen gehören außerdem Argentinien, Malaysia, Mexiko, Taiwan, Südkorea) entfallen mehr als 70% des Exports von Fertigerzeugnissen der dritten Welt.

Wie sich aus dieser Aufzählung ersehen läßt, ist die Gruppe der "neuen Industrieländer" vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkt heterogen, obwohl alle Länder gewisse Erfolge in der industriellen Entwicklung verzeichnen. Andererseits kann man die britische Kolonie Hongkong und das vom Kuomintang-Regime verwaltete Territorium Chinas — die Insel Taiwan — nicht zu unabhängigen Entwicklungsländern zählen. Auch Länder wie Indien, Südkorea oder Singapur lassen sich kaum auf eine Stufe stellen. Um so weniger kann man davon sprechen, daß sie ein "Entwicklungsmodell" für die dritte Welt darstellen, wie bürgerliche Wirtschaftsfachleute das behaupten.

Indien betreibt erfolgreich eine vom Auslandskapital unabhängige Industrialisierung, während ein großer Teil der verarbeitenden Industrie Südkoreas und Singapurs von Multis kontrolliert wird. Diese Länder stechen auch dadurch hervor, daß die von den Multis stimulierte Industrialisierung nicht auf die proportionale Entwicklung der Wirtschaft, sondern auf ihre Bindung an die Zentren des Weltkapitalismus orientiert sind.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Ständig beschuldigen Sie die USA, das Weltfrüsten anzuepeitschen. Haben die USA in den 70er Jahren aber nicht Zurückhaltung geübt, als sie auf eine Vergrößerung der strategischen Kräfte verzichteten und sie sogar stark reduzierten? Wie es heißt, betraf dieser Abbau auch die verheerendste Waffe, die "schweren" Raketen.

Robert LOCKE
Waterbury, USA



Es diskutiert

der Historiker

Dr. SARIZKI

Ich weiß nicht recht, Mr. Locke, soll ich nun Ihnen oder Richard Perle, dem Assistenten des US-Verteidigungsministers, antworten? Auf einer Konferenz in London versuchte er nämlich vor kurzem, die US-Politik fast in den gleichen Worten wie Sie weißzuwaschen. Hier nur ein Auszug aus seiner Ansprache: "Seit 15 oder mehr Jahren erfüllen wir ein Programm einseitiger Rüstungseinschränkungen, während die Sowjetunion ihr Arsenal an strategischen und nuklearen Gefechtswaffen auffüllt. In Megatonnen ausgedrückt, war der Abbau der US-Streitkräfte sogar noch beeindruckender."

Ich weiß nicht, welchen Eindruck Perles demagogische Behauptung auf der Konferenz machte, Tatsache bleibt jedoch, daß er und andere hochgestellte US-Vertreter solche Reden eigens für Leichtgläubige schwingen. Zu ihnen gerechnet zu werden, finde ich nicht sehr schön.

Da sprechen auch Sie über die "einseitigen Reduzierungen", die die USA in den 70er Jahren durchgeführt haben sollen. Aber jedes militärische Nachschlagewerk belehrt uns eines besseren. Das Pentagon beschloß schon Ende 1965, die ingenieurtechnische Entwicklung der perfektionierten interkontinentalen ballistischen Rakete (ICBM) "Minuteman 3" und der neuen U-Schiff-gestützten strategischen Rakete (SLBM) "Poseidon" zu forcieren. Im August 1968 wurden sie erstmalig getestet, und 1970/71 begann ihre Stationierung. Damit wurde damals das neue Jahrzehnt eingeläutet.

Es war keine gewöhnliche Modernisierung. Wie die Analyse zeigt, öffneten die USA Ende der 60er Jahre einen grundsätzlich neuen und überaus ge-

fährlichen Kanal der Hochrüstung. Sicherlich wissen Sie, daß die "Minuteman 3" und die "Poseidon" erstmals mit einzeln lenkbaren Mehrfachsprengköpfen (MIRV) ausgerüstet waren. Als Folge hatten die strategischen US-Kräfte 1978 zusätzlich 5600–7500 termonukleare Gefechtsköpfe, dazu noch die entsprechenden Beförderungsmittel. Gegenüber 1970 bedeutete das einen Zuwachs auf mehr als das 4fache!

Sie müssen zugeben, Mr. Locke, daß so etwas nicht "einseitige Reduzierung" heißt. Ich will nur daran erinnern, daß die UdSSR mit der Stationierung eines MIRV-Systems erst Mitte der 70er Jahre begann.

Ich muß diese traurige Chronik fortsetzen, um in die von Ihnen erhobene Frage mehr Klarheit zu bringen. Das Pentagon begann 1972 mit der Entwicklung der MX-Rakete, die schon eine neue ICBM-Generation darstellt. Im jenen Jahr starteten zwei weitere militärische Programme: die Cruise Missiles und die Pershing 2. Was daraus geworden ist, wissen Sie, wie ich annehme.

Und hier ein ganz frisches Beispiel, das sich mit den Worten Perles (und mit den Ihrigen) ebenfalls nicht vereinbaren läßt. Am 30. Januar teilte die "Washington Post" mit, daß das Pentagon in den letzten achtzehn Jahren ununterbrochen an einem Raketenabwehrprogramm für die verbunkerten landgestützten strategischen US-Raketen arbeitet. Die Technologie ist dabei einfacher als jene, die in den Star-War-Plänen vorgesehen ist. Übrigens beginnt die Schaffung eines solchen "partiellen Verteidigungssystems" schon in den 90er Jahren. Diese Tatsache, die nun publik geworden ist, ist absolut unmißverständlich: Als die USA 1972 den unbefristeten Vertrag über eine Begrenzung der Raketenabwehrsysteme unterzeichneten, dachten sie nicht daran, ihn zu befolgen.

Wie Sie sehen, können die Tricks von Politikern, die gern mit Wundern arbeiten und in Washington heute so zahlreich sind, nicht die Wahrheit verdrängen: Die USA setzten die Entwicklung und Stationierung neuer militärischer Systeme selbst in den besten Jahren der Entspannung

fort, als sie mit der UdSSR über SALT verhandelten.

Und das letzte. Sie schreiben über "schwere" Raketen. Auch Perle redet von einer beeindruckenden Reduzierung des "in Megatonnen ausgedrückten" nuklearen US-Potentials. Wie steht es darum in Wirklichkeit?

Amtlichen Angaben zufolge haben die USA noch immer mehrere Dutzend "schwere" Raketen vom Typ "Titan" in ihrer Bewaffnung. Die ICBM "Minuteman 2", deren jedes Gefechtskopf ein TNT-Äquivalent von mehr als einer Megatonne hat, ist ebenfalls nicht von der "leichten" Sorte. Aber selbst die "leichten" Raketen "Minuteman 3" tragen eine Nuklearladung, die in ihrer Vernichtungskraft die Hiroshima-Bombe um ein Vielfaches übertrifft. Ich versichere Ihnen, Mr. Locke, die Gesamtleistung der den USA zur Verfügung stehenden nuklearen Ladungen genügt durchaus, unsere Erde vielmals zu vernichten.

Was die "Reduzierungen" betrifft, so haben die USA seinerzeit in der Tat die Stationierung von "Titan"-Raketen eingeschränkt. Doch gingen sie dabei von den Erwägungen der strategischen Zweckmäßigkeit aus. Nach Meinung von US-Experten mußte zur Erhöhung der Effektivität der strategischen Kräfte der Akzent auf die erhöhte Treffgenauigkeit beim Zielanflug und nicht auf die Erhöhung der Leistung der Kernladungen gelegt werden. Viele Experten behaupten, eine Verdoppelung der Treffgenauigkeit komme einer etwa 5fachen Vergrößerung der Leistung der Gefechtsköpfe gleich. Nach einer Revision der Prioritäten ist das nukleare US-Potential keineswegs schwächer geworden.

Abschließend möchte ich noch einmal bemerken: Das Gerede von Washingtons angeblicher "Zurückhaltung" ist ein Märchen, ein weiterer Versuch, die Verantwortung auf die andere Seite abzuwälzen. Heute versuchen einige US-Kreise, das Wesen der erzielten sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen über Gegenstand und Ziele der gegenwärtigen Genfer Verhandlungen in Zweifel zu ziehen. In Washington propagiert man immer wieder die Pläne der Militarisierung des Weltraums. Von welcher Zurückhaltung kann hier die Rede sein, wenn all diese Handlungen darauf hinauslaufen, die Situation bei den Verhandlungen zuzuspitzen?

Ich weiß nicht, Mr. Locke, ob ich Sie überzeugt habe, aber die primitiven Mystifikationen der Washingtoner "Friedensstifter" werden vielen allmählich doch zu bunt.

PRESSEKONFERENZ DES ANTIZIONISTISCHEN KOMITEES DER SOWJETISCHEN ÖFFENTLICHKEIT

Im Pressezentrum des Außenministeriums der UdSSR fand am 9. April 1985 eine vom Antizionistischen Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit für sowjetische und ausländische Journalisten einberufene Pressekonferenz statt. Daran nahmen teil: Generaloberst D. Dragunski, Vorsitzender des Antizionistischen Komitees der sowjetischen Öffentlichkeit, zweifacher Held der Sowjetunion; Prof. S. Siws, erster stellvertretender Vorsitzender des Komitees; Dr. M. Krupkin und Schriftsteller J. Kolesnikow, stellvertretende Vorsitzende; O. Rybaltschenko, Geschäftsführender Sekretär des Komitees; Vizepräsident des Internationalen Auschwitzkomitees, I. Harina, Direktor der staatlichen öffentlichen wissenschaftlich-technischen Bibliothek der UdSSR; Oberst a. D., G. Jelissawezki, Kommandeur des Regiments, das Auschwitz befreite; D. Kłowski, ehemaliger Auschwitz-Häftling, Professor an der Hochschule für Fernmeldewesen in Kuibyschew; Ilona Benasofszki, ehemaliger Häftling des Ghettos in Budapest, ungarische Historikerin; G. Biemann, Publizist aus der BRD; M. Tilewitsch, ehemaliger Häftling des KZ Sachsenhausen, stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift "Za Ruljom"; N. Poljanski, Oberstleutnant des medizinischen Dienstes a. D.; Generalmajor I. Dudtschenko; N. Baranowa, Vizepräsidentin des Internationalen Ravensbrück-Komitees; Generalmajor M. Malyschenko, Teilnehmer an der Befreiung des KZ Treblinka.

Nachstehend Materialien der Pressekonferenz.

D. Dragunski: Der Sieg am 9. Mai 1945 ist einer der entscheidendsten Wendepunkte in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Er wurde um den Preis unglaublicher Anstrengungen, unzähliger Opfer und Verluste errungen; der Weg zu ihm ist von den Tränen der Mütter und Witwen benetzt. Es war nicht nur der Sieg unserer Waffen, es war auch der Sieg der Freiheit und der Demokratie über Willkür und Barbarei, ein Sieg der Vernunft, die über den Wahnsinn triumphierte. Die Geschichte kennt kein anderes Beispiel, das der humanistischen Haltung der Sowjetunion bei der Beseitigung der Folgen faschistischer Besatzung und Schaffung normaler Lebensbedingungen in den befreiten Ländern gleichkäme.

Die zionistische Propaganda, der heutzutage im Westen eine besondere Rolle in der Geschichtsverfälschung zugeschrieben wird, behauptet, die Rettung von Menschen aus den KZs und Ghettos der Nazis sei nicht Bestandteil der Pläne der sowjetischen Militärführung gewesen.

Die Tatsachen widerlegen jedoch solche Behauptungen. Die große Befreiungsmission der Sowjetischen Streitkräfte beinhaltete auch die Rettung von Millionen von Menschen, denen die Vernichtung in den KZs drohte.

Indem die Zionisten die Geschichte verfälschen, versuchen sie, sich Verdienste im Kampf gegen den Faschismus zuzuschreiben, die ihnen in keiner Weise zukommen.

Zeitschrift "Sowjetfrau": Sie selbst waren Häftling des KZ Auschwitz und erlebten alle Grausamkeiten der faschistischen Henker. Was half Ihnen durchzuhalten? Womit verbanden Sie die Hoffnung auf Befreiung?

I. Harina: Für uns, die ehemaligen Häftlinge von Auschwitz, jährt sich die Befreiung aus dem barbarischen Todeslager zum 40. Mal. Vor unseren Augen starben Menschen vor Hunger, an Vergiftungen und den Folgen bestialischer Mißhandlungen. In Auschwitz vernichteten die Faschisten über 4 Millionen Bürger aus 24 Ländern. SS-Ärzte-Sadisten führten sogenannte medizinische Versuche an lebendigen Menschen durch, an Frauen, Kindern und Männern. Täglich wurden von den SS-Leuten 10 000–12 000 Menschen getötet und verbrannt. Man trieb die Häftlinge in Gruppen zu 1500–1700 Personen in die Gaskammern, wo sie mit dem Giftgas "Zyklon B" getötet wurden.

Am schrecklichsten war das Schicksal der Kinder. Nur mit Grauen konnte man in die Augen der ausgemergelten sterbenden Kleinen sehen. Es war, als wenn nur noch die Augen übriggeblieben wären, die uns um Hilfe anließen. Diese qualerfüllten Augen stellten immer wieder dieselbe Frage: "Wofür?"

Was half uns zu überleben? In erster Linie war es die Hilfe, die gegenseitige moralische und seelische Unterstützung der Leidgenossinnen, Kommunistinnen. Dank der Kameradschaft,

Solidarität und gegenseitigen Hilfeleistung gelangten Französischen, Tschechinnen, Deutsche, Polinnen, Russinnen, Serbinnen, Jüdinnen zu sich selbst und zu dem Glauben, daß man überleben kann, den Henkern zum Trotz.

Und selbstverständlich glaubten wir daran, daß die Sowjetarmee die Lagertore öffnen und uns befreien wird. Wir lebten mit dieser Hoffnung. Das zweite Leben begann dann nach dem Krieg: Lernen, Arbeit, Familie, Kinder.

Presseagentur Nowosti [APN]: Sie waren Kommandeur des Regiments, das Auschwitz befreite. Was wurde von der sowjetischen Militärführung unternommen, um das Leben der Häftlinge zu retten?

G. Jelissawetzki: Die 60. Armee beeilte sich, das Gebiet um Auschwitz auf dem schnellsten Wege einzunehmen. Zu dem Zeitpunkt hatten wir bereits viel über die Greuelarten der Faschisten und über die Zustände in den KZs gehört. Das jedoch, was wir dann sahen und von den Überlebenden hörten, läßt sich in keine Worte kleiden.

Die mir unterstehende Einheit befreite den Lagerteil Birkenau (Auschwitz), in dem sich die Gaskammern und die Öfen des Krematoriums befanden. Dort waren auch einige Baracken, in denen die zur Vernichtung bestimmten jüdischen Häftlinge gehalten wurden. Insgesamt gab es aber im Lager sehr viele Baracken, etwa 500. Sie waren gewissermaßen eine sichtbare Verkörperung des teuflischen faschistischen Vorhabens zur Unterwerfung und Vernichtung der Völker.

... Wir unternahmen einen Rundgang durch das Lager. Keine Menschenseele. Überall schneeverwehte Leichen — Frauen, Kinder, Greise, aus unmittelbarer Nähe erschossen. Im Halbdunkel einer Baracke entdeckten wir zermürbte, dem Tode nahe Menschen, die wie in einem Lagerhaus auf dreistöckigen Pritschen lagen. Es waren Juden aus verschiedenen Ländern.

Die geschundenen Menschen mußten schnellstens gerettet werden. Unsere Ärzte, Schwestern, Offiziere und Soldaten leisteten schier Unmögliches. Ohne Schlaf und Essen pflegten sie die Unglücklichen, kämpften um das Leben jedes einzelnen. Leider waren viele nicht mehr zu retten. Unter unvorstellbaren Anstrengungen gelang es dem medizinischen Personal, 2819 Menschen dem Tode zu entreißen.

Bei der Flucht hatten die Faschisten ein Sonderkommando zurückgelassen, das die Lagerhäuser mit den Habseligkeiten der Ermordeten vernichten sollte. Am meisten graute sie der Gedanke, daß Beweise ihrer Verbrechen zurückbleiben könnten. Eine unserer Einheiten zerschlug jedoch die SS-Truppe und löschte in neun Lagerhäusern den Brand. Der Inhalt dieser Lagerhäuser ist jetzt im Auschwitz-Museum zu sehen.

Ein jüdischer Arzt aus Belostock, dessen Eltern, Ehefrau und zwei Kinder direkt vom Transport in die Gaskammern geschickt wurden, hatte namentliche Listen von fast 800 000 ermordeten Häftlingen verwahrt. Auf die Frage, wie er gewagt hätte, solche Listen bei sich zu führen, antwortete der Arzt: "Der große Glaube an den Sieg der Roten Armee über die Faschisten gab uns die geistige Kraft."

Heute verkünde ich laut und wiederholt: Die sowjetischen Offiziere und Soldaten haben alles Mögliche und Unmögliche getan, um die KZ-Häftlinge zu befreien und in das Leben zurückzuführen.

Zeitung "Moskowski komsomolez": Ihre Kindheit verlief in Ghettos und KZs. Wie gestaltete sich Ihr Leben danach?

D. Kłowski: Meine Kindheit verbrachte ich im Ghetto, war zusammen mit meinem Vater in den Todeslagern Stutthof, Auschwitz und Buchenwald. Ich lernte nicht nur die Schrecken der faschistischen "Neuen Ordnung" kennen. Ich erkannte auch das, was mir half, nicht nur die faschistische Hölle zu überleben, sondern auch einen Platz im Leben danach zu finden und den Glauben an die menschliche Güte und Nächstenliebe nicht zu verlieren.

Im KZ hatte ich die Gelegenheit, deutsche, polnische und französische Antifaschisten kennenzulernen. Die Faschisten beabsichtigten, sie alle umzubringen, ebenso wie uns. Und unter diesen unmenschlichen Bedingungen bewahrten sie die Unbeugsamkeit ihres Geistes, halfen den Todgeweihten,retteten die Menschen.

So wurde auch ich gerettet. Anfang 1944 wurde ich aus dem KZ Stutthof nach Auschwitz in das Lager Brzezince überführt. Zu dieser Zeit litt ich schon an einer schweren eitrigen Lungenerzündung, so daß mich nach einer "Aussortierung" die Gaskammer erwartet hätte. Nachdem die arbeitsfähigen Häftlinge in das Arbeitslager der IG Farbenindustrie, Monowitz, verlegt worden waren, konnte ich meine Krankheit nicht länger verheimlichen. Ich kam in das Lagerlazarett, wo ja auch die "Aussortierung" vorgenommen wurde. Alle, die innerhalb von 10 Tagen nicht genesen waren, kamen in die Gaskammer, da die weitere medizinische Betreuung als "unrentabel" galt.

Im Lagerlazarett war jedoch eine aktive kommunistische Untergrundorganisation tätig, geleitet von Stefan Heimann, einem Veteranen der deutschen kommunistischen Bewegung, der nach dem Krieg hohe gesellschaftliche Posten in der DDR innehatte. Er, der polnische Kommunist Leon Stacek, die deutschen Antifaschisten Erich Markowitsch, Ioan Hüttner und andere hielten mich im Lagerkrankenhaus fast acht Monate lang versteckt.

Nur dank dem Sieg der Sowjetarmee blieb ich am Leben. Ich beendete die Oberschule, schloß ein Hochschulstudium ab. Ich habe mich der Wissenschaft zugewandt und bin inzwischen Dr. sc.

Ungarische Telegraphenagentur: Sie befanden sich unter denen, die 1945 von sowjetischen Soldaten gerettet wurden. Woran erinnern Sie sich heute noch?

Ilona Benasofszki: Die Faschisten hatten 70 000 Juden aus ganz Ungarn in das Budapest Ghetto getrieben, einer Art Sammelstelle, von welcher der Weg nur noch in die Vernichtungslager führte — nach Auschwitz oder Mauthausen...

Die Faschisten und ihre einheimischen Handlanger, die Nyilasisten, beförderten etwa die Hälfte aller Ghettoinsassen in die Vernichtungslager... Auch das Ghetto selbst glich einem Todeslager, in dem in anderthalb Monaten 20 000 Menschen umkamen.

Durch den Vormarsch der Sowjetarmee und infolge der Einschließung Budapests wurden die faschistischen Henker daran gehindert, uns aus dem Ghetto zu deportieren. Am Leben bleiben sollten wir aber auch nicht. Im Ghetto kam das Gerücht auf, daß die Faschisten und Nyilasisten alle Insassen vernichten und das Ghetto selbst sprengen wollen. (Diese Absicht wurde übrigens später bei Gerichtsprozessen gegen die Mörder nachgewiesen.)

Die Wachposten an den Eingängen zum Ghetto erhielten den Befehl, ihre Stellungen zwei Stunden vor der geplanten Sprengung zu verlassen und einen eventuellen Vorstoß der sowjetischen Truppen in das Ghetto zu verhindern. Dieser Befehl wurde auch im Ghetto bekannt. Viele schrieben Abschiedsbücher und versteckten diese in den Mauern. Die Gläubigen beteten... Doch nicht die Gebete retteten uns. Die sowjetische Armee durchkreuzte die verbrecherischen Pläne des Feindes und befreite uns, 40 000 zum Tode verurteilte Menschen. Hätte sich der Angriff der sowjetischen Truppen um nur wenige Stunden verzögert, wäre wohl kein einziger am Leben geblieben.

Presseagentur Nowosti [APN]: Gibt es schriftliche Beweise dafür, daß der Sieg über den Faschismus die völlige Ausrottung aller Juden in Europa verhinderte?

S. Siws: Am 20. Januar 1942 wurde in Berlin, Am großen Wannsee 56/58, eine Sitzung durchgeführt, an der Staatssekretäre mehrerer Ministerien und höchste Beamte des RSHA teilnahmen.

Auf der Tagesordnung stand die Frage "der Vorbereitungen zur endgültigen Lösung der Judenfrage in Europa". Den Vorsitz führte der Leiter der Gestapo und des SD, SS-Obergruppenführer Heydrich. Auf dieser Sitzung wurden die grundlegenden Bestandteile des teuflischen Planes ausgearbeitet, der die völlige Vernichtung aller Juden in Europa zum Ziel hatte. Dabei handelte es sich jedoch nur um einen Teil des umfangreicheren Genozid-Planes, der gegen alle "minderwertigen Rassen und Völker", wie die faschistischen "Übermenschen" sich ausdrücken pflegten, gerichtet war.

Das Protokoll der Sitzung enthält u. a. folgende Feststellung: "Bei der Durchführung der Endlösung der Judenfrage in Europa ist mit etwa 11 Millionen Juden zu rechnen." Dann folgt die Verteilung der künftigen Opfer auf die einzelnen Länder. Hier ist das Dokument. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß die Tötung der Juden, entsprechend den Plänen der Nazis, in ganz Europa vorgesehen war, in allen Ländern — ohne Ausnahme. Nicht etwa nur in jenen Ländern, gegen die das faschistische Deutschland Krieg führte, wie die UdSSR und England; auch nicht nur in den ganz oder teilweise okkupierten Ländern wie Polen, Belgien, Holland, Frankreich, Griechenland, Norwegen u. a. — und auch nicht nur in den Ländern der Verbündeten wie Italien, Spanien, Finnland. Nein, in diesen Listen wurden auch die neutralen Staaten geführt, so Schweden und die Schweiz.

Nur der Sieg über das faschistische Hitlerdeutschland hat Millionen von Menschen in Europa das Leben gerettet, und sicherlich nicht nur in Europa.

Es sei auch daran erinnert, daß die Sowjetunion 817 844 von der Sowjetarmee aus den faschistischen Kerkern befreite Bürger verbündeter Länder repatriierte. Darunter: 24 422 Engländer, 22 279 Amerikaner, 294 690 Franzosen, 33 155 Belgier, 32 464 Holländer.

"Zo Gaderekh" und "Al-Attihad" (Israel): Der Sieg der sowjetischen Streitkräfte bei Stalingrad hat die deutschen und italienischen Faschisten gezwungen, die Offensive in Nordafrika einzustellen. Dadurch trug die Sowjetunion dazu bei, daß die arabischen Völker des Nahen Ostens nicht unter die Nazi-Besatzung kamen. Gleichzeitig wurde auch der jüdische Bevölkerungsteil Palästinas vor der Vernichtung bewahrt. Was könnten Sie dazu sagen?

D. Dragunski: Tatsächlich half der Sieg bei Stalingrad den Armeen unserer Alliierten, unter Befehlshaber Montgomery, die Verbände Rommels aufzuhalten und sie vernichtend zu schlagen. Im Ergebnis der Niederlage der Faschisten bei Kursk wurden die arabischen Völker im Mittelmeerraum und die jüdische Bevölkerung Palästinas vor der Gefahr der Nazi-Besatzung bewahrt.

"Literurnaja gasefa": In den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges gehörten Sie Partisanenverbänden an, die in den besetzten Gebieten operierten. Wie halfen die Partisanen und die Bevölkerung den Opfern des Genozids?

J. Kolesnikow: Als Augenzeuge kann ich sagen, daß die verleumderischen Behauptungen der Zionisten über die angeblich "feindliche Haltung der Bevölkerung den Juden gegenüber" völlig absurd sind.

Gestatten Sie mir von einem Einsatz belorussischer Partisanen zu erzählen, an dem ich selbst teilnahm.

Es war das schwere Jahr 1943. Im Dorf Samotewitschi, Gebiet Gomel, hatten die Faschisten und ihre Helfershelfer eine "jüdische Siedlung" eingerichtet. Einige alte Männer halfen den Faschisten dort "Ordnung" zu halten. Angeführt wurden diese Alten von einem ehemaligen Lehrer, der sich rühmte, Zionist zu sein. Ohne Unterlaß predigte er den Insassen, daß jeder Widerstand die Lage für sie selbst und ihre nächsten Angehörigen nur verschlimmern würde. Er versicherte, daß die Besatzungsmacht ihnen kein Haar krümmen, dagegen vorbildliche Arbeit und Unterwerfung mit der Ausreise ins "Gelobte Land" belohnen würde.

Mitflieger hatten die Besatzer jedoch das ganze Ghetto mit Posten umstellt. Das konnte nur eins bedeuten: Die Faschisten bereiteten ein Massaker vor.

Spät in der Nacht überfielen Partisanen die Wachposten und stürmten das Ghetto. Die jüngeren Insassen schlossen sich sofort den Partisanen an. Sie versuchten auch andere zu überzeugen, mit den Partisanen zu gehen... Leider gelang dies nicht bei allen. Nicht wenige glaubten nach wie vor dem "Lehrer".

Am frühen Morgen des nächsten Tages kamen LKWs mit SS-Leuten. Sie erschossen alle Insassen des Ghettos — insgesamt 1246 Menschen.

Bei der Befreiungsaktion hatten die Partisanen 314 der Ghetto-Bewohner gerettet: Frauen, Kinder, Greise, alle der

völligen Erschöpfung nahe. Von einem Rückzug, um den zu erwartenden Strafaktionen der Faschisten zu entkommen, konnte keine Rede sein, da die von Hunger und Schwerstarbeit ausgemergelten Menschen nicht marschfähig waren. Auch standen nicht ausreichend Pferdewagen zur Verfügung. Die Partisanen funkteten einen Lagebericht nach Moskau, und dort wurde beschlossen, die Geretteten über die Frontlinie ins Hinterland zu bringen. Die Flugzeuge landeten nachts. Sie brachten nach und nach alle aus dem Okkupationsgebiet in Sicherheit.

* * *

"Prawda Ukrainskaya" (UdSSR) und "El Mon" (Spanien): In Israel wird die Forderung nach Eingliederung des Metropoliten Scheptizki in die Reihen der frommen Retter der Juden laut. Welche Meinung haben Sie dazu?

M. Krupkin: Seit einigen Jahren versuchen die Zionisten und die ukrainischen Nationalisten, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß sich der Metropolit der Unionskirche, Graf Andrej Scheptizki, um die Rettung der Juden verdient gemacht habe.

Etwa am fünften Tag nach der Besetzung von Lwow, im Anschluß an zweitägige Judenpogrome und Erschießungen bekannter polnischer Gelehrter, wandte sich Scheptizki mit der Aufforderung an die Geistlichkeit und die Gemeinde, die Macht der Faschisten zu unterstützen.

Mit seinem Stellvertreter, Jossif Slipyi, der später Kardinal der Unionskirche wurde, beteiligte sich Scheptizki aktiv an der Formierung der SS-Division "Galizien". Er kollaborierte nicht nur mit den Faschisten, sondern nahm auch an der Plünderung der Kulturschätze von Lwow teil, wobei er besonderen Wert auf Manuskripte und antike jüdische Bücher legte.

* * *

"Sowjetskaja Rossija": Viele Naziverbrecher befinden sich immer noch auf freiem Fuß. Wer hilft ihnen, sich der Gerechtigkeit zu entziehen?

G. Biemann: Vor 40 Jahren ging der 2. Weltkrieg zu Ende. Doch lange nicht alle Naziverbrecher erhielten ihre verdiente Strafe.

Unter ihnen z. B. auch Mengele, jener Sadist, der sich Arzt nannte und als solcher verbrecherische Versuche an Auschwitz-Häftlingen durchführte. Wir haben festgestellt, daß bei uns in der BRD gut getarnte Organisationen existieren, die Kriegsverbrechern, Erzfaschisten und Neonazis Beistand leisten.

Das ist keine Vermutung, sondern eine dokumentarisch belegte Tatsache. Um eine solche Organisation, die sich "Stille Hilfe" nennt, entlarven zu können, mußten wir in sie eindringen. Bereits 1951 gegründet, erwies diese Organisation den Nazis moralische und finanzielle Hilfe, verhalf vielen SS-Leuten zur Flucht ins Ausland. Ohne Unterstützung von Übersee könnte diese Organisation kein Bruchteil dessen verwirklichen, was sie jetzt tut. Darüber besteht kein Zweifel, und die Beweise hierfür sind reichhaltig.

* * *

Radio Moskau: Gehörte die Rettung der KZ-Häftlinge zu den Aufgaben der sowjetischen Streitkräfte?

I. Dudtschenko: An allen Fronten plante das sowjetische Oberkommando ihre Aktionen so, daß das Lagergelände in jedem Fall für Artilleriebeschuß und Luftangriffe ausgespart blieb, um so die KZ-Häftlinge nicht in Mitleidenschaft zu ziehen. Manchmal erschwerte das zwar unsere Kampfhandlungen, doch wichen wir von diesem Prinzip nicht ab. Ich persönlich nahm an der Befreiung des Todeslagers nahe der Ortschaft Demjansk, Gebiet Nowgorod, teil.

Leider fanden wir dort nur wenige Lebende vor. Bei ihrer Flucht hatten die faschistischen Unmenschen fast 10 000 Häftlinge zu Tode gequält und erschossen: Kinder, Greise, Frauen, Kriegsgefangene.

Sender "Frieden und Fortschritt": Im Lager Sachsenhausen befanden sich Häftlinge verschiedener Nationen. Was vereinte sie? Woher erwarteten sie ihre Rettung?

M. Tiljewitsch: Als am 21. April 1945 der Donner sowjetischer Artillerie bereits bis in die Baracken drang, trieben die SS-Leute mehr als 30 000 Sachsenhausen-Häftlinge in Richtung Ostsee, um sie in Lübeck auf Schleppkähne zu verladen und dann zu versenken. Ich bin einer von denen, die diesen Todesweg gingen — ohne Rast, ohne Nahrung. Wer nicht mehr weiter konnte, wurde auf der Stelle umgebracht. Während dieses furchtbaren Marsches fühlte jeder stets aufs Neue, daß er nicht allein war, daß neben ihm Mitkämpfer, Freunde schritten. Das blieb so bis zum letzten Tag. Den ganz Schwachen griffen wir unter die Arme, versuchten sie zu halten, zu ermutigen. So war es auch mit mir, als am 1. Mai meine Kräfte versagten, und zwei meiner Kameraden, die sowjetischen Offiziere, Nikolai Murascko und Pjotr Jermakow, mich buchstäblich weitertrugen. Als ich dann am Morgen zu mir kam, erblickte ich Feldmützen mit dem roten Stern und verstand — das sind unsere! Das ist das Leben!

* * *

"Medizinskaja Gasetta": Sie retteten das Leben verwundeter Soldaten an der Front. Kam es vor, daß die Hilfe sowjetischer Militärärzte auch der Zivilbevölkerung und den Opfern des Nazi-Genozids zuteil wurde?

N. Poljanski: In meiner Eigenschaft als Stationsarzt im Lazarett für Infektionskrankheiten war ich im März 1945 an einem Einsatz beteiligt, den ich mein Leben lang nicht vergessen werde...

Wir kamen in die Ortschaft Gnewin, südlich von Gdansk. Auf einem Gut entdeckten wir eine lange Holzbaracke, darin eine dicke Strohschicht und unter dieser — zwei Reihen von Menschen, die nur noch aus Haut und Knochen bestanden, ordentlich gereiht, unbekleidet.

Wer seid ihr? Antwortet...

Wir wiederholten die Frage auf Deutsch, auf Polnisch, auf Französisch, auf Englisch... Keine Antwort. Die Körper der Liegenden sind jedoch von Insekten-Myriaden bedeckt. Demnach leben sie, denn Leichen ziehen doch keine Insekten an.. Die Diagnose war schnell gestellt — Typhus. Die Rettungsaktion dauerte fast drei Tage. Wir brachten insgesamt 210 Frauen in ein Bad, reinigten sie und legten sie dann in Betten. Doch erst nach zwei bis drei Tagen kamen die Frauen allmählich zu sich. So erfuhren wir, daß sie alle Jüdinnen waren — aus Ungarn, Rumänien, Polen, der Tschechoslowakei.

* * *

"Neue Zeit": Die Zionisten behaupten, in der Sowjetunion

würde der Völkermord Hitlerdeutschlands an den Juden verschwiegen. Was kann dazu gesagt werden?

S. Siws: Es genügt, jedes beliebige sowjetische Geschichtsbuch über den zweiten Weltkrieg durchzublättern, um sich davon zu überzeugen, daß diese Behauptung eine neue antisowjetische Erfindung der Zionisten darstellt. Sie nutzen auch den Umstand aus, daß Tote nicht widersprechen können, und versuchen jetzt, Millionen von Naziopfern jüdischer Nationalität in ihre Reihen einzugliedern. Nur als plume Provokation kann der Versuch gewertet werden, 6 Millionen von Nazis ermordeter Juden am Vorabend des 40. Jahrestages des Sieges über den Hitlerfaschismus den Status Bürger Israels post mortem verleihen zu wollen.

Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde bereits gebilligt. Das Gesetz selbst soll zum 40. Jahrestag des Sieges verabschiedet und veröffentlicht werden. Den Launen zionistischer Gaukler zuliebe sollen gefallene und ermordete Bürger der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, Ungarn, Frankreichs, Belgien, selbst Deutschlands und anderer Länder nun plötzlich zu Bürgern Israels werden. Der Geschichte ist eine vergleichbare Diffamierung des Andenkens der Toten nicht bekannt.

200 000 sowjetische Soldaten, Offiziere und Generale jüdischer Nationalität gaben ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus, für ihr sowjetisches Vaterland. Bis zum letzten Atemzug blieben sie sowjetische Patrioten, und als solche bleiben sie auch in unserem Gedächtnis. Wir werden niemandem erlauben, nach dem Allerheiligsten unserer Familien zu trachten, denen der Krieg ihre Väter, Mütter und Söhne nahm.

Die Zionisten haben an unseren Siegen keinen Anteil.

* * *

"Al Nida" (Libanon): Israel hat das KZ Ansar (etwa 1200 Menschen) auf sein Hoheitsgebiet verlegt. Wie beurteilen Sie dieses Vorgehen?

D. Dragunski: Die barbarischen Handlungen der israelischen Soldateska in Südlibanon sind empörend. Wenn man sich vorstellt, daß in unseren Tagen friedliche Dörfer brennen, daß unschuldige Menschen sterben müssen... Solche Ereignisse lassen Handschrift von Faschisten erkennen.

Ich bin überzeugt davon, daß zahlreiche Länder zu dieser Frage noch ganz entschieden Stellung nehmen werden.

AUF DER STRECKE
Leningrad—Stockholm
VERKEHRT DIE KOMFORTABLE
Passagier- und Autofähre
, „ILJITSCH“

AB LENINGRAD:

vom 19. März dienstags,
vom 6. Mai montags
und donnerstags



AB STOCKHOLM:

vom 22. März freitags,
vom 3. Mai dienstags
und freitags



Die Baltische Seereederei lädt zu einer faszinierenden Reise ein. Komfort, das vielfältige Unterhaltungsprogramm und der ausgezeichnete Service sorgen für Ihre gute Stimmung. Konferenzen, Symposien und Verhandlungen haben hier die besten Erfolgsaussichten (an Bord befinden sich sechs moderne Konferenzräume).

Das Schiff besitzt eine Klima- und eine Schlingerdämpfungsanlage.

VORBESTELLUNG UND ERWERB DER TICKETS:

IN LENINGRAD:

Passagieragentur der
Baltischen Seereederei.
190 000 Leningrad,
Herzenstraße 35.
Telefon: 315 89 86.

IN MOSKAU:

Zentrale Schiffskassen
von V/O Morpasflot.
Moskau, Kalininprospekt 21.
Telefon: 291 93 31.

IN STOCKHOLM:

ScanSov Transport AB,
P. O. Box 7474,
Norrländsgatan 12, S-10392,
Stockholm, Schweden.

INFORMATION FÜR SPEDITEURE!

Die Passagier- und Autofähre „Iljitsch“ befördert preiswert Trailerfrachten zwischen den skandinavischen Ländern und der UdSSR. Sie faßt 30 Trailer oder 345 Pkw.



Informationen über die Transportbedingungen
bei:

ScanSov Transport AB, P. O. Box 7474,
Norrländsgatan 12, S-10392, Stockholm, Sweden

SCANSOV LINE



Numerisch gesteuerte
Senkrechtfräsmaschine



UNGARN STELLT AUS

Mit großem Erfolg fanden Tage der Kultur der Ungarischen Volksrepublik anlässlich des 40. Jahrestags der Befreiung des Landes vom Faschismus in allen Unionsrepubliken der Sowjetunion statt. Das Programm bot Opern- und Theatergästespiele, Auftritte von Gesangs- und Instrumentalsolisten, Festivalfilme, Kunst- und Buchausstellungen.

Das starke Interesse der Besucher fand die Aus-

Spielzeug von „Industrialcoop“ erfreut sich großer Beliebtheit

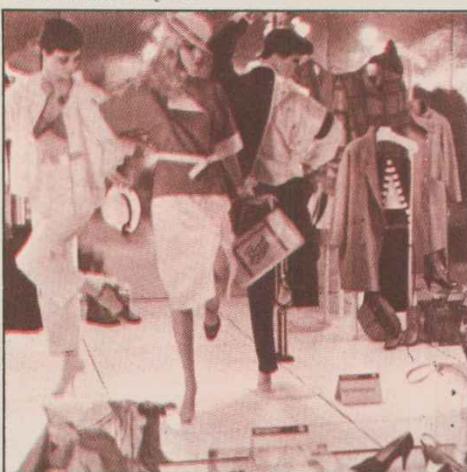
stellung „Ungarn auf dem Weg des Sozialismus 1945—1985“. 18 Tage lang wehten die Flaggen der UVR und der UdSSR vor dem größten Pavillon der Volkswirtschaftsausstellung. 125 Betriebe des Bruderlandes zeigten neueste Erzeugnisse aus Industrie und Landwirtschaft. Berichtet wurde von der Entwicklung der Wissenschaft und Kultur sowie von der ertrefflichen sowjetisch-ungarischen Zusammenarbeit.

Das Leitmotiv im Gä-

stebuch bildeten Eintragungen wie: „Wir freuen uns über die Leistungen der Freunde“, „Es lebe die sowjetisch-ungarische Freundschaft!“, „Weitere Erfolge für das Bruderland Ungarn!“.



Der Computer „Russon“ spricht russisch



Fotos: W. Panow

Textilien und Elektrogeräte des Außenhandelsbetriebs MODEX



Mehr als 200 Arzneimittel produziert „Gedeon Richter AO“